



Wortprotokoll

der 77 Sitzung vom 15. Dezember 2005

Resoconto integrale

della seduta n. 77 del 15 dicembre 2005

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008



SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

SITZUNG 77. SEDUTA

15.12.2005

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 81/05: „Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2006 und für den Dreijahreszeitraum 2006-2008 (Finanzgesetz 2006)“
..... Seite 4

Landesgesetzentwurf Nr. 82/05: „Haushaltsvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2006 und Dreijahreshaushalt 2006-2008“
..... Seite 4

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Benzinpreise - alternative Treibstoffe.
..... Seite 57

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Partikelfilter für Dieselfahrzeuge - Feinstaubbelastung.
..... Seite 61

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Heizkostenscheck - Stärkung der Kaufkraft.
..... Seite 65

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 21, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Dello Sbarba: Es braucht dringend kontinuierliche Lärmmessungen längs der Autobahn.
..... Seite 69

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 81/05: “Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l’anno finanziario 2006 e per il triennio 2006-2008 (legge finanziaria 2006)”
..... pag. 4

Disegno di legge provinciale n. 72/05: “Bilancio di previsione della provincia autonoma di Bolzano per l’anno finanziario 2006 e per il triennio 2006-2008”.
..... pag. 4

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente il prezzo della benzina e i carburanti alternativi.
..... pag. 57

Ordine del giorno n. 5, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente i filtri antiparticolato per gli autoveicoli diesel e l’inquinamento da polveri sottili.
..... pag. 61

Ordine del giorno n. 9, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente l’assegno per le spese di riscaldamento e il rafforzamento del potere d’acquisto
..... pag. 65

Ordine del giorno n. 21, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba, concernente le misurazioni del rumore lungo l’autostrada. . .
.....
..... pag. 69

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 23, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend: Das Land Südtirol ist aufgerufen, Hilfsmaßnahmen für die vom Erdbeben heimgesuchte Bevölkerung Pakistans zu treffen.Seite 72

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì betreffend: Punktezuweisung durch das Wohnbauinstitut.Seite 76

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 14, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend: Kein Motorsportzentrum und keine Panzerübungen in der Frizzi Au.Seite 84

Ordine del giorno n. 23, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente l'intervento della Provincia autonoma di Bolzano in aiuto delle popolazioni colpite dal terremoto in Pakistan. pag. 72

Ordine del giorno n. 6, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente i punteggi Ipes. pag. 76

Ordine del giorno n. 14, presentato dal consigliere Pöder concernente l'opposizione al centro di motociclismo sportivo e ai test dei carri armati a Ischia Frizzi. pag. 84

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Drⁱⁿ VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.08 UHR
(*Namensaufruf – Appello nominale*)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

THALER ZELGER (Sekretärin - SVP): (*Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale*)

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Biancofiore, Ladurner und Mair sowie die Landesräte Berger und Laimer entschuldigt.

Punkt 163 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 81/05: „Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2006 und für den Dreijahreszeitraum 2006-2008 (Finanzgesetz 2006)“ und

Punkt 164 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 82/05: „Haushaltvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2006 und Dreijahreshaushalt 2006-2008“.

Punto 163) dell'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 81/05: “Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2006 e per il triennio 2006-2008 (legge finanziaria 2006)” e

punto 164) dell'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 72/05: “Bilancio di previsione della provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2006 e per il triennio 2006-2008”.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

GIORGIO HOLZMANN

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Heiss sull'ordine dei lavori.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo verde – Grupa vërda): Wir haben alle gesehen, dass vor wenigen Minuten am Landhausplatz ein Fahrzeug des Typs Maserati, ein Sportwagen, präsentiert wurde. Was soll das Ganze sein? Ist der Landhausplatz vielleicht der Platz des zukünftigen Fahrsicherheitszentrums oder handelt es sich um einen Beitrag zur Erhebung des Lebensstandards in Südtirol? Wir bitten solche Aktionen in Zukunft nach Möglichkeit zu unterbinden.

PRESIDENTE: Consigliere Heiss, innanzitutto credo che non sia una questione che riguarda il nostro Consiglio, e nemmeno il piazzale è di proprietà del Consiglio. Se Le è stato segnalato questo fatto, ci saranno delle motivazioni che sono alla base, ma non credo riguardino il Consiglio provinciale che si sta occupando del bilancio. Se Lei ha dei quesiti da porre, li vada a porre all'interessato.

Si è iscritta per intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo verde – Grupa vërda): Danke schön, Herr Präsident! Abwesender Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit der Stelle des Haushaltsberichtes des Landeshauptmannes beginnen, die uns gerührt hat. Ich zitiere: „*Grundsätzlich geht es darum eine Politik zu betreiben, die es jeder Südtirolerin und jedem Südtiroler ermöglicht, sich als Teil einer großen, einer auf allgemeinen Werten basierenden Familie zu fühlen und zwar unabhängig davon, aus welcher sozialer Schicht er oder sie stammt. Jeder Südtiroler soll das Gefühl haben, dass unsere Autonomie ihm zum Vorteil gereicht und dass er an unserem hohen Lebensstandard teilhaben kann. Ohne Ausnahme.*“ Wenn ich das Bild dieser Familie etwas näher unter die Lupe nehme, scheint es mir doch sehr verklärt zu sein. Es stellt eine Familie dar, die total im Konsens lebt, friedlich ist und in der jeder den anderen liebt, wo es keine Interessenkonflikte und es nicht die Notwendigkeit gibt, diese Interessenkonflikte zu managen. Oder man geht eher von der Tatsache aus, dass das Glück dieser Familie so bewerkstelligt wird, weil wir einen gütigen pater familias haben, der für alle denkt und das Beste für alle will. Eine verklärte Vision des Patriarchats. Der pater familias bemüht sich redlich und wenn das jemand nicht einsehen will, braucht es einen sanften Zwang, damit am Ende doch alle zufrieden sind. „Bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt!“, spricht dieser pater familias indirekt. Wir hören das auch in der Haushaltsrede des Landeshauptmannes. Er sagt, dass er sich doch immer bemühe, aber trotzdem gäbe es immer wieder diese Kritikaster da und dort, und er ärgert sich darüber. Das alles hört man aus dieser Haushaltsrede deutlich heraus.

Dieses Familienbild, das der Landeshauptmann von Südtirol in Analogie zur großen Landesfamilie der Südtiroler zeichnet, scheint mir anachronistisch und verklärt zu sein. Ich möchte dazu ein Gegenbild der Familie aufzeigen, wie es mir besser und zeitgemäßer erscheint, das Bild einer Familie, die sich zuerst auf Werte verständigt - es gibt nicht nur einen, der diese vorgibt - einer Familie, die sich darauf verständigt, dass es Regeln gibt, wie diese Werte zu erreichen sind. Diese Regeln gelten für alle, sind

reversibel und können von allen eingefordert werden. Wesentlich in dieser Familie ist auch, dass nicht der gütige pater familias beschließt, was gut ist für alle, sondern dass neben dem pater auch eine mater ihre Ansprüche deutlich machen kann und neben der mater auch mündige Kinder da sind, die ihre Rechte und die Einhaltung der Regeln einfordern können, auf die man sich vorher geeinigt hat.

Was können diese Werte sein, auf die man sich einigen kann? Landeshauptmann Durnwalder sagt: ‚Jeder soll an unserem hohen Lebensstandard teilhaben können.‘ In Ordnung, damit kann ich mich einverstanden erklären. Übertragen wir diesen Grundwert in die Politik, dann kommt es gleich zur Frage: Was heißt das konkret, wenn ich als landespolitisches Ziel die Teilhabe aller am Wohlstand definiere? Ich kenne bereits die Standardantwort: Das heißt, Ressourcen und Lasten gerecht verteilen! Das ist soweit auch noch in Ordnung. Dann aber kommen wir gleich zur großen politischen Diskussion, was der Begriff ‚gerecht verteilen‘ eigentlich heißt. Heißt ‚gerecht verteilen‘, dass alle das gleiche bekommen, oder heißt es, jedem, nach seinem Bedürfnis, die verfügbaren Ressourcen zuzuteilen?

Nehmen wir noch einmal das Bild der Familie her. Es ist klar, dass eine Familie nicht jenen Kindern etwas gibt, die die Fähigkeit, ihr Leben autonom zu gestalten, bereits erreicht haben, sondern dass sie in erster Linie jenen gibt, die Unterstützung notwendig haben, um diese Möglichkeit der eigenen Lebensgestaltung zu erreichen. Das Prinzip ‚Jedem nach seinem Bedürfnis‘, liegt den Entscheidungen der Landesregierung nicht zugrunde. Immer wieder gibt es unliebsame Diskussionen, was ‚gerecht verteilen‘ heißt.

80 Euro Familiengeld für alle ist genau die falsche Antwort auf diese Frage, wenn wir eine Familie bilden wollen, die zum Ziel hat, dass jeder die gleichen Lebenschancen erhalten soll. Eine Familie wird auch darauf achten, dass die Lasten der Familienmitglieder zu gleichen Teilen getragen werden. In die Politik übersetzt heißt das natürlich, dass die Lasten zwischen den Generationen, den Geschlechtern und den Sprachgruppen, gleich verteilt werden müssten. Aber auch da gibt es keine konsequente Haltung von Seiten der Landesregierung. Nehmen wir die Verteilung der Steuergelder, die wir hier wieder austeilen können, her, so wissen wir alle, dass die Lasten eindeutig zu Lasten jener gehen, die eine abhängige Arbeit haben und damit bereits zum Großteil für den Wohlstand des Landes aufkommen.

Eine Familie wird nur dann tatsächlich einen dauerhaften Frieden haben, wenn jeder das Gefühl hat, bei Entscheidungen zu gleichen Teilen mitbestimmen zu können. Die Konflikte müssen offen ausgetragen werden und es muss eine Einigung gefunden werden. Gibt es Regeln, wie diese Konfliktbewältigung stattzufinden hat, dann kann ein dauerhafter Konsens erzielt werden. Auch da sind wir auf politischer Ebene weit davon entfernt, diese Mitentscheidungsmöglichkeit aller zu garantieren. Ich zitiere zwei Problemkreise, einmal die sogenannte Governance zwischen den Institutionen Gemeinde und Land, die eindeutig zugunsten des Landes verschoben ist, und, zweitens, die Mitbeteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, die nicht

gewünscht und nur soweit konzidiert ist, als sie strikt von unserem Autonomiestatut vorgesehen ist. Erinnern wir uns an das hier verabschiedete Gesetz zu den Referenden.

Eine Familie würde sich natürlich in erster Linie darauf einigen, dass man innerhalb der Familie ein angenehmes Umfeld schafft und sämtliche gesundheitliche Gefahren von der Familie fernhält. Das ist eigentlich selbstverständlich. Schauen Sie mir dann auf Landesebene die große Südtirol-Familie an, stelle ich fest, dass man offiziell festgestellte gesundheitliche Gefahren gering schätzt und die Entfernung jener gesundheitlichen Gefahren nicht als Priorität setzt. Landesrat Theiner hat gestern in der Pressekonferenz gesagt, dass 20 % des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger Südtirols vom Umfeld abhängen. Heißt das wirklich, dass man es noch nicht verstanden hat, gegen die gesundheitliche Gefahr, die erwiesenermaßen von der Verkehrsbelastung ausgeht, endlich Maßnahmen zu ergreifen?

Guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Ich habe gerade versucht, Ihr Familienbild etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Ich bin davon ausgegangen, dass Ihr Familienbild, das doch sehr traditionell ist, von einem gütigen pater familias geprägt ist, der für alle sorgt und der natürlich am besten weiß, was den anderen gut tut. Nachdem ich eher der Meinung bin, dass in einer Familie die Familienmitglieder am besten wissen, was jedem einzelnen gut tut, hätte ich gerne eine Gegenfamilie als Grundlage für die Haushaltsdiskussion aufgezeigt. Einige Teile habe ich schon aufgezählt. Eine Familie, wo tatsächlich Frieden herrscht, weil Konflikte ausgetragen werden und man sich um Kompromisse redlich bemüht, wird ohne große Wertediskussionen darauf achten, dass die Kinder zumindest die gleiche Lebenschance wie die Eltern haben, wenn nicht die bessere, und diese Kinder werden wieder auf ihre Kinder schauen. Die Erhaltung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen ist eine Selbstverständlichkeit.

Betrachte ich Entscheidungen der Landesregierung, so sehe ich, dass dieser Aspekt der Familie sehr häufig zu kurz kommt; die langfristige Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung ist keine Priorität. Die Raumordnung und die Verkehrspolitik zum Beispiel stehen hier sicherlich einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Herr Landeshauptmann, es ist eigentlich unbestritten, dass unsere Nachkommen keine Möglichkeit mehr haben werden, irgendwo ein Gebirgsbächlein zu sehen, dessen Wasser nicht abgegraben ist, irgendwo eine Wiese zu sehen, die nicht überdüngt ist, oder irgendwo vielleicht auch noch einen Bär, ein Wildschwein oder ein Schneehuhn anzutreffen. Wenn es nach den Entscheidungen unserer Politik geht, sind die dann bereits ausgerottet.

Herr Landeshauptmann, was passiert in der von Ihnen so idyllisch dargestellten Familie, wenn folgender Fall eintritt? Es ist eine Familie, wo alle Familienmitglieder im Konsens einen Teil des jeweiligen Vermögens abtreten, damit eine Einrichtung zum Wohle aller gebaut wird, zum Beispiel eine Sauna oder eine Wellness-Einrichtung. Dann aber gebärdet sich ein Familienmitglied folgendermaßen: dieses Familienmitglied hält sich an keine vereinbarte Regel und überzieht maßlos das, was vorher inner-

halb der Familie vereinbart worden ist. Dieses Familienmitglied gibt den anderen Familienmitgliedern auch keine Auskunft darüber, warum sich die Ausgaben so ins Maßlose steigern. Dieses Familienmitglied lädt dann bei Fertigstellung dieser Einrichtung seine Freunde ein, um zu feiern, lädt aber die anderen Familienmitglieder, jene, die zur Verwirklichung dieser Einrichtung beigesteuert haben, nicht ein. Dieses eine Familienmitglied feiert im großen Stil und für einen exklusiven Kreis, das Beste ist nur gut genug! Die anderen können sich derweil die Nase an der Scheibe platt drücken, indem sie hineinschauen und den anderen beim exotischen Abendmahl zusehen. Wie denken Sie, wirkt sich das auf diese Familie aus? Glauben Sie tatsächlich, dass alle das Gefühl haben, dass das Familienmitglied richtig gehandelt hat?

Wir sind nicht dieser Meinung. Und genau dasselbe ist bei den Thermen in Meran passiert. Es wurden überhaupt keine Regeln beachtet. Herr Landeshauptmann, ich erinnere noch einmal daran, wie dieses Projekt entstanden ist. Im Landtag wurde ein Artikel verabschiedet, mit dem das Raumordnungsgesetz im Hinblick auf den Bau der Therme Meran außer Kraft gesetzt worden ist, ein weiterer Artikel wurde verabschiedet, mit dem der Landschaftsschutz außer Kraft gesetzt wurde - immer für den Bau der Therme. Es wurde beschlossen, dass die Bürgerinnen und Bürger, d.h. die Besitzer dieser Einrichtung, ihre Meinung mit einer Volksbefragung nicht kundtun dürfen, obwohl dies sich die Bürger sehr wohl gewünscht hätten. Wir haben über die explodierten Ausgaben keine Auskunft erhalten. Trotz dieser doch etwas präpotenten Haltung dieses Familienmitgliedes kam dann doch eine sehr vornehme Einladung für einige wenige von uns. Ich bedaure das alles, weil das die Akzeptanz dieser Einrichtung keinesfalls stärkt! Auch wenn diese Einrichtung schön ist, hat die Bevölkerung dennoch nicht das Gefühl, einen Sprung nach vorne gemacht zu haben.

Zwischen Ihrer idyllischen Familie und dem, was tatsächlich auf Landesebene passiert, klafft einfach eine ganz große Diskrepanz. Es wäre vielleicht doch besser, anstelle des gütigen pater familias, der sich dann auch noch ärgert, wenn ihn nicht alle umjubeln, Regeln und demokratische Mitbestimmung als Basis zu haben. Dann hätte jeder das Gefühl, sich einbringen zu können, jeder hätte die Möglichkeit, sich mit besseren Argumenten durchzusetzen. Aus meiner Sicht wäre das der Weg für Südtirol. Südtirol wird es sich nicht leisten können, die Entscheidungen immer in weniger Hände zu konzentrieren und damit die anderen Menschen, die im Durchschnitt gleich viel „Grips“ haben, wie diejenigen, die die Entscheidungen treffen, von den Entscheidungen auszuschließen. Es wird sich nicht lohnen, wenn wir einen Großteil von klugen Menschen ausschließen, wobei ein ganz großer Teil davon Frauen sind. Dazu komme ich noch später, denn die Frauen kommen in Ihrer Haushaltsrede nur ein einziges Mal vor, und zwar als ‚die Pflegenden‘. Ich zitiere: *‚Die Pflegenden, die die großen Lasten auf sich nehmen müssen, weil sie für die Pflege der Alten immer mehr Zeit investieren müssen, ...‘* Diesem Frauenbild möchte ich dann später ein anderes entgegenstellen.

Herr Landeshauptmann, ein zweiter Grundtenor Ihrer Haushaltsrede ist: *‚Liebe Leute, ich bemühe mich doch sehr um Konsens, aber allen recht machen kann*

ich es nicht. Sie ärgern sich, dass Sie es nicht allen recht machen können, und weil Sie es nicht allen recht machen können, gehen Sie einen Mittelweg. Ich zitiere: *„Einerseits wollen Menschen Mobilität, andererseits wollen sie aber auch gesunde Luft. Was sollen wir da machen? Wir machen einen „behutsamen“ Ausbau der Straßen und bauen parallel die Verkehrsmittel aus.“* Das ist auch ein Grundthema bei anderen Bereichen. Ich habe große Schwierigkeiten mit diesem Zugang. Ich würde mir erwarten, dass die politischen Entscheidungsträger klar wissen, wo die großen Herausforderungen der Zukunft liegen, und sich das Ziel setzen, diese Herausforderungen zu meistern und dann kohärente Schritte zur Erreichung dieses Zieles setzen. Wenn Sie die Straßen ausbauen und die öffentlichen Verkehrsmittel ein bisschen fördern, ist es ganz klar, dass es keine Trendumkehr geben wird, sondern der Verkehr auf der Straße wird weiter wachsen. Im Grunde geben Sie nur dem Trend der Bevölkerung nach. Ich wünsche mir, dass es eine konsequente Linie in eine Richtung gibt, dass wir ein Ziel als prioritär ansehen und dann alle Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles setzen. Eine Maßnahme dafür und eine Parallelmaßnahme, die diesem Trend entgegensteht, heben sich sozusagen auf und wir haben keine Lenkungsfunction. Ich möchte diesen Gedanken noch etwas ausweiten. Das ist ein Grundtenor der Südtiroler Politik, nämlich ein bisschen da und auch ein bisschen dort. Das führt vor allem auf jene Zeit zurück, wo das Geld noch für alle da war. Wir investieren viel in Straßen, ein bisschen in öffentliche Verkehrsmittel, wir investieren viel in die Methanisierung und ein bisschen in die alternative Energie, wir investieren viel in die traditionelle Landwirtschaft und ein bisschen in die biologische Landwirtschaft. Für alle ein bisschen, aber eine Lenkung für die Zukunft, um in der Zukunft zu überleben, z.B. in der Landwirtschaft, in der Verkehrspolitik usw., wird dadurch nicht erreicht.

In Zeiten der knapper werdenden Haushaltsmittel kann man sich eine solche Politik nicht mehr leisten! Wie könnte eine kohärente Politik aussehen? Ich zitiere noch einmal kurz das Beispiel Schweiz. Die Schweiz hat im Jahre 1995 mit einer Volksbefragung beschlossen, in 10 Jahren den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Eine große Mehrheit war dafür. Dann hat man schrittweise die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels gesetzt, z.B. die Einführung der Schwerverkehrsabgabe, die Ablehnung von weiteren Straßenausbauten, den Ausbau der Infrastruktur. Diese stimmt dann auch, weil die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene garantiert ist. Herr Landeshauptmann, die Schweiz ist heute das einzige Alpenland, das über 50 % des Güterverkehrs auf der Schiene abwickelt. Wenn das auf dem Brenner auch passiert - wo wir heute 15 % haben -, können wir über den Ausbau der Infrastrukturen nachdenken. Solange das nicht garantiert ist, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen, ist es eine falsche Investitionspolitik, weil sie die Verkehrspolitik ersetzt. Das kann nicht stimmen!

Sie haben gestern zu Recht dem Kollegen Seppi widersprochen, was die unterschiedlichen Mautgebühren von Italien und Österreich betrifft. Ich bin auch Ihrer Meinung. Selbstverständlich ist die Preispolitik eine der wesentlichen Maßnahmen der

Lenkungs politik im Verkehr. Kollege Seppi müsste das doch aus anderen Bereichen auch kennen, nämlich, dass die Lenkung aus der Brief tasche die effizienteste Lenkung ist!

Ich möchte hier noch drei Themen ansprechen, die mir als die wesentlichen für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung erscheinen. Das sind die Themen Verkehr, Raumordnung und Energie. Die ökologisch nachhaltige Entwicklung ist gleichzeitig die Basis für eine soziale, nachhaltige Entwicklung. Mein Kollege Riccardo Dello Sbarba wird ausführlich zum Verkehr Stellung nehmen. Wenn Vizepräsident Holzmann es erlaubt, würde ich in der Zwischenzeit dem Landeshauptmann einige Sachen erörtern. Einmal ist das der alpenquerende Verkehr, was auch immer das ist. Die Konzentration auf die Transitproblematik ist eine falsche, denn wir wissen, dass ein großer Teil des Verkehrs, den wir als Transit bezeichnen, Quell- und Zielverkehr von Südtirol ist. Also, die Lastwagen starten oder kommen hier in Südtirol an. Es ist nur ein sehr kleiner Teil, der Südtirol durchquert. Ich zitiere aus der Grazer Verkehrsstudie, die im Auftrag der Südtiroler Landesregierung erstellt wurde. Es handelt sich hierbei um Daten, gemessen an der Luftmessstation in Schrambach, südlich von Brixen, und betrieben von der Agentur für Umwelt- und Arbeitsschutz. ‚Die Luftmessstation registrierte im Jahr 2004 deutliche Grenzwertüberschreitungen des Jahresmittelwertes von NO₂, nämlich 67 Mikrogramm anstatt die als Grenzwert festgesetzten 40 Mikrogramm, und weiters eine Überschreitung der maximal zulässigen Anzahl von Tagen mit durchschnittlicher Konzentration für PM10. Es waren 46 Tage, an denen dieser PM10-Grenzwert überschritten wurde, wobei die Grenzwerte nur 35 Tage überschritten werden dürften.‘ Dann nennt diese Grazer Studie eine Reihe von Maßnahmen, was man dagegen ergreifen könnte. Diese gehen von Fahrverboten für besonders umweltbelastende Fahrzeuge bis hin zu Nachtfahrverboten, Mauterhöhungen usw. Diese Studie begegnet dem Nachtfahrverbot mit Skepsis. Dazu möchte ich aber kurz von der Tagung in Luzern berichten, an der ich kürzlich als einzige politische Vertreterin Südtirols teilgenommen habe und wo Vertreter aller Alpenländer, der Schweiz, von Frankreich, Slowenien usw. präsent waren. Ich möchte kurz erläutern, was dort von allen Experten zum Nachtfahrverbot gesagt wurde. Das Nachtfahrverbot kann, rein von der Luftproblematik gesehen, insofern problematisch sein, dass dann am Morgen sämtliche LKW's zugleich starten und durch die Emission negative Luftschadstoffwerte erreicht werden. Es hängt aber absolut davon ab, wie lange das Fahrverbot gilt. Ein Fahrverbot bis 8.00 Uhr hätte zum Beispiel überdurchschnittliche Auswirkungen auf die Luftqualität. Die Betrachtung des Nachtfahrverbotes muss erweitert werden. Es geht nicht nur und ausschließlich um Luftwerte, sondern auch um die Lärmproblematik. Herr Landeshauptmann, Sie sollen es wissen, bei der internationalen Tagung in Luzern wurde gesagt, dass Südtirol bei der Erhebung der Lärmbelastung in seinen engen Alpentälern säumig ist, und alle haben dies bedauert. Alle waren sich einig, dass die Lärmbelastung vom gesundheitlichen Standpunkt aus mindestens gleich problematisch ist wie die Luftbelastung. Aus der Perspektive der Lärmbelastung ist logi-

scherweise ein Nachtfahrverbot mehr als sinnvoll, damit die geplagten Anrainer zumindest die Nachtruhe gewährleistet haben.

Wenn wir die Verlagerung von der Straße auf die Schiene wollen, dann werden wir dafür sorgen müssen, dass die Schiene konkurrenzfähiger ist, nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit, sondern dass das rollende Lager auf der Autobahn unterbrochen wird. Das ist selbstverständlich dann gegeben, wenn ein Nachtfahrverbot eingeführt wird. Das rollende Lager kann nicht mehr Tag und Nacht funktionieren und wenn die Firmen darauf angewiesen sind, dass ihre Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt geliefert sein muss, dann werden sie auf den Zug umsteigen. Das ist das entscheidende Element der Konkurrenzfähigkeit für die Schiene und für ein eindeutiges Ja zum Nachtfahrverbot, das in der Grazer Studie ambivalent beurteilt wird.

Einen kleinen Satz zu den Bemühungen des Landes zur Aufwertung des öffentlichen Nahverkehrs. Es ist gut, dass man endlich die Zeichen der Zeit erkannt hat, aber es rächen sich die großen Versäumnisse der letzten 10 Jahre. Ich habe mir dazu die Unterlagen herausgesucht. Es ist ziemlich beschämend, mit welcher Kaltschnäuzigkeit in den Jahren von 1995 bis 2003 sämtliche Anträge von uns abgelehnt worden sind, die darauf abgezielt haben, bereits damals Waggons für Züge anzukaufen und diese im Konsens mit RFI auf der Südtiroler Strecke einzusetzen. Damals hätte man zugreifen müssen. Diese Waggons jetzt zu verlangen, wo man genau weiß, dass sie nicht zur Verfügung sind, weil sie damals nicht bestellt wurden, ist natürlich nur eine Alibihaltung. Man hat hier wirklich lange Zeit geschlafen, weil man die Durchführungsbestimmung nicht umgesetzt hat, nämlich die eigene Kompetenz nicht wahrgenommen und Rollmaterial nicht zeitgerecht angekauft hat und die Bahnhöfe, bzw. Bahnsteige jämmerlich hat vergammeln lassen. Die Gelder stehen schon lange zur Verfügung, aber immer noch haben Mütter mit Kinderwägen und Alte mit Koffern riesige Probleme, wenn sie irgendwo zwischen Meran und Bozen aussteigen müssen, weil sie sozusagen Stabhochsprung machen müssen, um vom Zug auf den Bahnsteig zu gelangen. Herr Landeshauptmann, ist das wirklich notwendig? Alle reden vom großen Erfolg der Vinschger Bahn. Dazu beigetragen haben erstens die Pünktlichkeit und, zweitens, die bequeme Zusteigmöglichkeit. Warum kann man das bei den Bahnhöfen zwischen Meran und Bozen nicht auch machen? Es rächt sich auch, dass man in die Infrastruktur der Eisenbahn nichts investiert hat; denken wir nur an die Schabser Schleife, an die Begradigung der Strecke Meran-Bozen usw.

Ich möchte hier noch zum Thema Raumordnung sprechen. Der Zusammenhang zwischen Verkehr und Raumordnung ist evident. Bei der letzten Tagung in Luzern wurde gesagt, dass gerade im Alpenbereich, wo der Boden knapp ist, die Raumordnung, die bei jeder Entscheidung auch auf das Verkehrsaufkommen achtet, einfach die Hauptvoraussetzung zur Verkehrsvermeidung ist. Gestern habe ich vom Kollegen Pardeller gehört, es soll Kaufhäuser außerhalb der Stadtzentren - sozusagen auf der Grünen Wiese - und selbstverständlich mit kostenlosen Parkplätzen geben. Das kann ich von der Preisentwicklung her gut heißen, aber bitte vergessen wir nicht parallel zu

dieser Problematik, dass an bestimmten Wochentagen selbstverständlich tausende von Autos diese Gratisparkplätze anpeilen müssen. Das ist nur ein eklatantes Beispiel, wie eng die Raumordnung mit der Verkehrsproblematik zusammenhängt.

Ich lese in der Tageszeitung ‚Alto Adige‘, dass Landeshauptmann Durnwalder am Montag angekündigt hat, dass man der Spekulation in der Raumordnung endlich Einhalt gebieten muss. Ja wunderbar! Es hatte allerdings den Anschein, als ob sich der Landeshauptmann bei jemanden darüber beklagen würde, ein schlechtes Raumordnungsgesetz gemacht zu haben. Ich weiß genau, wer dieser Jemand ist, nämlich der Südtiroler Landtag auf Vorschlag der Landesregierung und mit Beschluss der SVP-Mitglieder in diesem Saal! Es geht hier um eine Raumordnung, die völlig aus den Fugen geraten ist! Nur, Herr Landeshauptmann, jetzt zu sagen, dass die Bürgermeister schuld daran seien, finde ich eigentlich ein starkes Stück. Ich zitiere den Landeshauptmann: ‚*Schuld sind die Bürgermeister, weil sie ihren Freunden nicht Nein sagen können.*‘ Was können die Bürgermeister tun, wenn es nicht klare Gesetze, in denen gesagt wird, was getan und was nicht getan werden darf. Es ist unsere Aufgabe die Gesetze so zu formulieren, dass sie in der Auslegung eindeutig sind! Hier aber ist gerade das Gegenteil passiert. Über 10 Jahre lang hat man die Gesetze bewusst so zweideutig formuliert, dass sie den Freunden entgegenkamen, wenn sie dann aber auch andere beanspruchten, sagte man, dass dies Spekulation sei. So kann eine Gesetzgebung auf Dauer nicht funktionieren!

Ich fasse kurz meine Forderungen zur Raumordnung zusammen und hoffe, dass die von Landesrat Laimer angekündigte Reform nicht wieder die tausendste Reform der Reform ist, wo wieder nur einige wenige zum Zug kommen, und das alles unter dem Anschein, die Spekulation einschränken zu wollen. Eine Reform heißt, dass man das Benedikter-Gerüst endlich entsorgt, weil es eh schon nicht mehr vorhanden ist. Dieses Gerüst besteht nur mehr aus Ausnahmen zu den Ausnahmen. Es braucht einen neuen Entwurf, in welchem zum einen den Zonen klar eine Funktionszuweisung zugeschrieben wird und zum anderen in jenen Zonen, wo Bauverbot herrscht, dieser auch beachtet wird. Dazu ein Beispiel: in der Mehrzahl der Südtiroler Gemeinden sind jene Zonen, wo Bauverbot herrscht, die am meisten verbauten Zonen. Es handelt sich dabei um das landwirtschaftliche Grün, wo alles möglich ist. Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel, um zu zeigen, wie unsere Raumordnung verkommen ist. Jüngst habe ich einen Beschluss der Gemeinde Algund gesehen, wo man mit Zustimmung der Landesregierung eine Wohnbauzone in landwirtschaftliches Grün umwandelt, weil dann bestimmte Erweiterungsmöglichkeiten für ein Hotel bestehen. Also, im landwirtschaftlichen Grün kann ich Hotels erweitern, dort wo Bauen vorgesehen ist, darf ich es nicht. Absurder geht es wohl nicht!

Es braucht ein Raumordnungsgesetz, mit besonderem Augenmerk auf die Beratung und Entwicklung einer Baukultur. Ich meine hier Baukultur in umfassendem Sinn, nämlich für die Wohnbauten, Gewerbe-, Tourismus- und Sportzonen. Landauf, landab wird beklagt, wie verkommen, zwischen Kitsch und Graus, hier alles in die

Gegend gestellt wird. Das Bewusstsein für ein schönes Landschaftsbild ist leider völlig abhanden gekommen, weil ausschließlich die Quadratmeter des Kubaturgewinns zählen und nicht mehr die harmonische Einbettung in die Landschaft. Es braucht ein Gesetz, mit dem gewährleistet wird, dass Schützenswertes erhalten bleibt. Das Denkmalflegengesetz wäre auch zu reformieren, aber auch der Ensembleschutz wäre zu institutionalisieren. Es ist schon eigenartig, dass man in Südtirol für alles einen Beitrag bekommt, aber beim Ensembleschutz seit 10 Jahren noch nicht imstande war, den Artikel 26 des Raumordnungsgesetzes, der Beiträge für Ensembleschutz vorsieht, zu aktivieren, weil es dafür immer noch keine Durchführungsbestimmung gibt!

Landesrat Laimer hat einen kurzen Anflug an Mut gezeigt, als auch er endlich nach 10 Jahren und auf Druck von vielen Seiten die Reform der Baukommission vorgeschlagen hat, weil es jedem Menschen einleuchtet, dass in einer Baukommission Fachleute sitzen müssen. Überall müssen Fachleute sitzen. Wenn man operiert wird, ist es einem recht, von einem Arzt operiert zu werden, und genauso ist es einem bei der Baukommission recht, dass Beurteilungen von Bauwerken ein Architekt, ein Kunsthistoriker bei denkmalgeschützten Bauten oder ein Landschaftsarchitekt macht und nicht ein Feuerwehrhauptmann oder der Vertreter der Ärztekammer. Es scheint mir absurd, dass wir überall nach Professionalität rufen und gerade in dem Bereich, wo die Kritik massiv ist, Fachleute in der Minderheit sein sollen. Ich bitte den Landeshauptmann, uns zu erklären, ob im Reformgesetz zur Raumordnung auch die Reform der Baukommission vorgesehen ist.

Die wesentlichen Bereiche für die nachhaltige Entwicklung sind Verkehr, Raumordnung und Energie. Seit der Rückkehr des Landesrates Laimer von der Klimakonferenz werden wir täglich mit der Meldung, wie gut Südtirol im Bereich der Energie dastehe, konfrontiert. So ganz richtig sind diese Erfolgsmeldungen aber nicht. Warum nicht? Weil man beim offiziell angegebenen Energiekonsum einen wesentlichen Bereich ausgeklammert hat - das war bereits ein Fehler des Energieplans -, nämlich den Energieverbrauch durch den motorisierten Verkehr, der immerhin 30 % des Energieaufwandes ausmacht. Dann ist es natürlich leicht zu sagen, dass von dem restlichen Energieverbrauch 40 % durch alternative Energien abgedeckt würden. Das ist einfach eine Unredlichkeit, die bei einer verantwortungsbewussten Vorausschau in die Zukunft nicht sinnvoll ist! Sagen wir, wie es wirklich ist und versuchen dann auch, die Zukunft zu planen!

In der Einleitung des Verkehrsplanes des Landes Südtirol sagen die Fachleute, dass sie mit diesem Verkehrsplan das Kyoto-Protokoll nicht erfüllen können. Wir stimmen jenem Teil, der 30 % der Energie frisst, sozusagen zu, sodass wir, das Land Südtirol, das Kyoto-Protokoll nicht erfüllen. Deshalb würde ich die Erfolgsmeldungen, die Landesrat Laimer jetzt von sich gibt ein bisschen mit Skepsis betrachten.

Selbstverständlich kann Südtirol aufgrund seiner Kollokation mitten in den Alpen einen großen Teil der Energie für Strom mit Wasserkraft herstellen. Das ist nicht die Folge einer vorausschauenden Energiepolitik, sondern die Folge einer geo-

graphischen Gegebenheit. Allerdings, und das stimmt, ist die Wasserkraft nicht klimarelevant, es ist eine positive Energie, aber wir wissen alle, dass eine übertriebene Ausbeutung der Wasserkraft dem Ökosystem irreversible Schäden zufügt, und wir wissen auch alle, dass es in den Alpentälern nur mehr einen ganz kleinen Teil von unverbauten Fließgewässern und Bächen, deren Ufer nicht begradigt und eingeschnürt sind, gibt. Insofern sollten wir hier gemeinsam mit den Alpenländern beschließen, dass zumindest dieser geringe Teil - es dürfte nicht mehr als 5 %, in Südtirol noch weniger sein - im Sinne der nachkommenden Generationen erhalten bleibt. Die Erfahrung, die ich bei der Bürgerversammlung anlässlich der Diskussion zu den großen Wasserkraftwerken in Franzensfeste gemacht habe, ist, dass man ganz einfach den Worten der Landesregierung nicht mehr glaubt, wenn versprochen wird, dass Restwassermengen eingehalten und ökologisch Pionierarbeit betrieben würde. Ich zweifle nicht daran, Herr Landeshauptmann, dass die Techniker und Fachleute in Franzensfeste eine gute Arbeit gemacht haben, aber ich sage Ihnen, dass die Leute das nicht mehr glauben. Welchen Grund gibt es dafür? Einer der Gründe ist, dass man ganz einfach mit Landesregierungsbeschluss in Forst/Töll die Restwassermenge halbiert hat. Wie kann man auf der einen Seite der Bevölkerung sagen, dass bei der Freilegung der Restwassermenge natürlich die beste Lösung getroffen würde, wenn es parallel den Beschluss gibt, im Forst/Töll-Kraftwerk entgegen dem Autonomiestatut, entgegen der Vereinbarung mit dem Staat und entgegen dem Wassernutzungsplan ganz einfach die Restwassermenge zu halbieren? Das macht die Landesregierung unglaublich! Dadurch werden auch alle tatsächlich guten Projekte als nicht glaubwürdig empfunden.

Ich habe gehört, dass gestern im Parlament dieser ‚Maxi-emendamento‘ genehmigt wurde und somit die Konzessionen für Südtirol für 10 Jahre, auf nationaler Ebene bis zum Jahre 2040 verlängert sind. Dazu möchte ich etwas klarstellen, weil Landesrat Laimer einem immer das Wort im Mund umdreht. Wir Grünen sind dafür, dass die Konzessionen im Lande bleiben und dass sie von südtiroler öffentlichen Betrieben ausgeübt werden. Aber, Herr Landeshauptmann, wenn ich heute parallel dazu lese, dass sich die SEL, entgegen allen Versprechungen von Landesrat Laimer, jetzt am Jahresende auch für den Erhalt der auslaufenden Konzessionen der Etschwerke bemühen wird, dann ist das wieder so ein Beitrag zur Unglaubwürdigkeit! Man verspricht uns hier hoch und heilig, nur eine große Holding mit der SEL, den Gemeinden und den Stadtbetrieben - dazu zählen die Etschwerke - zu machen und sich selbstverständlich nicht an der Ausschreibung für jene großen Wasserkonzessionen, die andere öffentliche Betriebe in Südtirol innehaben, zu beteiligen. Damit haben wir aber unsere großen Probleme. Bei der letzten Debatte über die Doppelzügigkeit der Landesregierung bezüglich der Erneuerung der Konzessionen, hatte ich mit Landesrat Laimer ein heftiges Wortgefecht. Damals hatte ich Landesrat Laimer gefragt, warum er den Artikel, der die Möglichkeit der Verlängerung der laufenden Konzessionen vorsieht, nicht abschaffe - das Land Südtirol kann die Konzessionen an die scheidenden Konzessionäre verlängern -, wenn parallel dazu ein Gesetz gemacht wird, laut dem die Erneue-

zung der Konzession ausgeschrieben wird. Das ist doppelzünftig! Ich lese jetzt, dass man im Grunde genau das Gleiche tun will, wie man bei der SEL Edinson im Vinschgau getan hat, nämlich mit dem sonst so verhassten Konzessionär ins Geschäft kommen. Man will sich bei der ENEL und EDISON einkaufen, um andere Südtiroler Betriebe auszutricksen, in diesem Fall die Etschwerke. Diese Sache als Autonomie zu empfinden, kann ich nicht. Ich denke, es wäre gut, wenn die Konzessionen in Südtiroler Hände, vor allem in öffentliche Betriebe käme, um eine Kontrolle zum Wohle der Allgemeinheit zu haben. Deshalb verstehe ich nicht, warum man jetzt wieder, genauso wie bei SEL Edison, einen Handel mit EDISON und ENEL eingehen will. Das ganze Gewäsch - ich entschuldige mich für den Begriff, muss ihn aber anwenden - von der autonomen Energieversorgung, fällt wie ein Kartenhaus zusammen, wenn ich weiß, dass man im Grunde bereit ist, die staatlichen Unternehmen zu 50 % im Land zu dulden, Hauptsache wir, die SEL, übernehmen den Rest. Man sollte sich darum bemühen, dass Stadtwerke und andere Gemeindebetriebe in den Genuss der Konzession kommen. Eine gemeinsame Holding und das Land als Konzessionsvergeber sollten dafür sorgen, dass bei der Vergabe der Konzession die ökologischen Kriterien eingehalten werden, und sollten indirekt versuchen, ihre öffentlichen Betriebe zu unterstützen. Das wäre eigentlich unser Wunsch der Entwicklung.

Herr Landesrat Saurer, ich möchte mich noch kurz zur Schulreform äußern. Gestern habe ich den Ordnungsruf des Herrn Pahl vernommen. Ich teile nicht dessen Meinung. Ich war auch nicht unter den Protestierenden, Herr Pahl, aber ich teile insofern die Meinung der Schüler, dass es schon angebracht wäre, irgendwann einmal institutionell über die Schulreform zu reden. Im letzten Finanzgesetz haben wir die Mittelschulreform festgelegt, ohne Diskussion, weil es zwischen 3.00 und 4.00 Uhr am Morgen war. In diesem Finanzgesetz ist die Implementierung der Schulreform in der Oberstufe vorgesehen. Aber wir Abgeordnete haben keine Ahnung von den didaktischen Zielrichtungen, von den Ressourcen, die man zur Verfügung stellt, und von den ganz konkreten Auswirkungen dieser Oberschulreform, mit der sich die Oberschullehrer seit einem Jahr herumplagen, zum Beispiel welche Oberschulen zusammengelegt werden, wie sich die Reform auf die Arbeit und auf die Stellenerhaltung auswirken wird usw. Herr Pahl, so ganz unrecht haben die Schüler nicht! Sie sollten der erste sein, der hier im Landtag um Auskunft über diese wichtige Entscheidung der Südtiroler Politik ersucht. Ich ersuche darum Landesrat Saurer, demnächst, vielleicht in Form einer Anhörung oder auch in Form eines Treffens in der Gesetzgebungskommission einmal ausführlich über die Schulreform zu diskutieren, damit wenigstens wir informiert sind. Es sollten auch die Lehrer und Direktoren informiert sein und, entschuldigen Sie, Herr Pahl, ich bin der Meinung, dass auch die Schüler ein Recht haben, Informationen zu bekommen. In Sinne des Bildes einer Familie, die ich vorher beschrieben habe, können sie dieses Recht auch einfordern, nämlich Informationen über ihr Schicksal zu bekommen und mitentscheidungsberechtigt zu sein an dem, was sie in Zukunft betreffen wird. Ich möchte an Herrn Pahl den Wunsch herantragen, diese ste-

rile Diskussion über die Pflege der Hochsprache so zu erweitern, dass man die Pflege der Hochsprache doch einfach als Pflege der Kommunikationsfähigkeit zwischen den Jugendlichen sieht. Dann wäre ich auf seiner Seite. Man sollte versuchen, die Jugendlichen in die Lage zu versetzen, mit ihrer Umwelt auf der jeweils sprachlich richtigen Ebene zu kommunizieren. Das ist wesentlich für unsere Jugendlichen, nämlich, dass sie ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren und mitteilen dürfen. Herr Pahl, Ihr Ruf nach Zucht und Ordnung ist genau das Gegenteil von dem, was diese Fähigkeit fördert, denn wenn die Jugendlichen nur brav sitzen und zuhören dürfen, werden sie nie imstande sein, sich selbst auszudrücken. Deshalb ist eine politische Betätigung der Jugendlichen laut meinem Weltbild absolut wünschenswert und förderlich für die Kommunikationsfähigkeit.

Es hat in dieser Haushaltsrede des Landeshauptmannes einige Neuigkeiten gegeben. Die erste Neuigkeit ist die stilistische. Ich nehme nicht an, dass der Landeshauptmann über Nacht einen neuen Stil entwickelt hat, er hat aber sicher den Schreiber gewechselt, und wir können ihm zu diesem neuen Stil nur ein Kompliment aussprechen. Dann, der Landeshauptmann stellt das erste Mal Fragen. Er weiß nicht immer nur Antworten, sondern er stellt auch Fragen. Fragen sind richtig, nur sollten sie dann auch tatsächlich bei der Beantwortung berücksichtigt werden, aber die Antwort ist eine Stereotype in Form des Finanzgesetzes: Es geht gleich weiter wie bisher.

Dann gibt es noch zwei negative Neuigkeiten: Die Frauen kommen in der Haushaltsrede des Landeshauptmannes nicht mehr vor. Zumindest seit 1995 war es Gepflogenheit, in jeder Haushaltsrede eine kleine Passage einfließen zu lassen, wonach man sich für die Chancengleichheit der Frauen einsetzen wolle. Es ist zwar nichts passiert, aber es war zumindest politisch korrekt, etwas zu schreiben. Jetzt kommen die Frauen nicht mehr vor, ausschließlich - wie bereits vorher gesagt - in der Passage als ‚Pfegende für die Alten unserer Gesellschaft‘. Das ist nicht die Rolle, die ich in Zukunft ausschließlich den Frauen zuschreiben wollte. Die nächste negative Neuigkeit ist, dass das Verhältnis der Sprachgruppen untereinander keine Zeile mehr wert ist. Landeshauptmann Durnwalder ist 1988 als der lächelnde Landeshauptmann für alle angetreten und man hat in ihn die Hoffnung gesetzt, dass mit ihm in den Jahren nach 1988 ein Qualitätssprung im Verhältnis der Sprachgruppen zueinander eintreten würde. Die Ereignisse rund um die Wahl des Bürgermeisters von Bozen zeigen, dass das nicht passiert ist, im Gegenteil! Sie zeigen, dass wir uns auf dünnem Eis bewegen und dass dieses jeden Augenblick brechen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass ein gutes Verhältnis zwischen den Sprachgruppen eigentlich ein Schwerpunkt für die Zukunft sein würde. Aber da kommt in der Haushaltsrede nichts mehr vor!

Für die weitere, die fünfte Neuigkeit bin ich dem Landeshauptmann dankbar. Es ist nicht gerade eine Neuigkeit, sondern er hat eine Linie fortgesetzt, die ich schätze, nämlich es gibt im Bericht kein einziges Wort mehr, das gegen Ausländer hetzen würde. Er stellt sich gegen eine Mode, die auch innerhalb der Volkspartei zunehmend grassiert, in der einige zu den bekannten Parolen der Freiheitlichen und neuer-

dings auch der Union stehen und glauben, auf den modernen Zug aufspringen zu müssen, nachdem man genau weiß, dass man mit einigen wenigen Parolen eine Reihe von Wählerstimmen bekommt. Ich hoffe, dass diese konsequente Haltung der Landesregierung und des Landeshauptmannes fortgesetzt wird. Ich bin dankbar dafür, dass man für den leichten Populismus nicht anfällig ist, der sonst in Südtirol aber auch in diesem Landtag zunehmend grassiert. Danke schön!

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Urzì, bitte!

URZÌ (AN): La relazione che ci è stata sottoposta dal presidente Durnwalder è pesante, molto più importante rispetto ad altre che abbiamo avuto occasione di seguire nel recente passato e che spesso erano un insieme di buoni e anche di qualche cattivo proposito, ma senza alcuna riflessione a monte e soprattutto senza nessuna riflessione sul futuro dell'autonomia.

Questa relazione che il presidente Durnwalder ha svolto di fronte all'aula, qualche interrogativo lo pone, ma soprattutto incomincia a porre le premesse per alcune riflessioni che riguardano oltre al presente anche il futuro di questa nostra autonomia, le linee di sviluppo dell'economia altoatesina, i rapporti con l'Europa, anche se sono diversi i punti in cui emerge una schizofrenicità che non può essere non rilevata. La relazione è schizofrenica nel momento in cui si affronta la sfida del nostro tempo, ossia quella del risparmio del contenimento della spesa pubblica, ma poi si contestano radicalmente anche i termini delle proposte, dell'iniziativa molto importante in questo settore, delle radicali politiche che sono state avviate da parte del Governo. Si accenna alle opportunità offerte dall'Europa, ma poi alla stessa Europa si imputa sostanzialmente la più grave limitazione a quella che fino a poco tempo fa sembrava una inarrestabile espansione troppo autoreferenziale dell'autonomia. Peraltro lo stesso presidente Durnwalder arriva a sostenere ciò che sino a poche settimane fa poteva essere impensabile, ossia che non dobbiamo considerarci, proprio noi che ci siamo sempre calati in questo ruolo, l'ombelico del mondo. Evidentemente si paga questa politica di estrema autoreferenzialità.

Ma la relazione è schizofrenica anche quando si accenna al sistema impazito dei contributi pubblici che ha viziato il mercato tanto da renderlo dipendente dall'ente pubblico, ma poi come prima misura di risparmio, e questo è un paradosso che è già stato rilevato, ma che merita di essere ulteriormente sottolineato, si accenna al risparmio nel settore dei sussidi casa. Sì, abbiamo detto bene, dei sussidi casa. Ancora una volta i sacrifici sono richiesti alla fascia più debole della nostra società.

La relazione è ancora schizofrenica quando si riconosce la crisi economica che sta attraversando una fascia sempre più ampia di popolazione, ma non si propone una misura di sostegno reale che sia una rispetto a questa fascia di popolazione che può essere definita povera e sempre più povera. La Provincia sostanzialmente si tira fuori dall'imbarazzo che è legato a questa serie di condizioni che sono preoccupanti

per la qualità stessa dell'autonomia altoatesina, e appare paradossale che a fronte di un bilancio che si assesta attorno ai 4.864 milioni di euro, si pianga l'invito da parte del Governo a razionalizzare la spesa, a contenerla, a rivederla, a reconsiderarla. Questo passaggio ha l'opportunità di essere sottolineato in tutta la sua estensione e gravità.

Ho potuto ascoltare la relazione quando si sofferma su un passaggio che testualmente, cito le parole del presidente Durnwalder: "*A Roma hanno trasferito ad altri il peso del debito*". Credo che tutto ciò debba essere interpretato. Sostanzialmente la lettura che possiamo ricavare è quella di un'autonomia chiusa in se stessa, molto viziata da una condizione di privilegio che è andata maturando e che oggi fa difficoltà a porsi in relazione con i soggetti istituzionali in primis che la circondano, che sono costituenti tutti la repubblica.

La relazione si sofferma anche su alcuni passaggi che attengono il ruolo dell'autonomia altoatesina in rapporto alle istituzioni nazionali, in rapporto al Governo, allo Stato, e si fanno con delle espressioni che tradiscono una indelicatezza per lo meno istituzionale. Si svolgono delle argomentazioni che tirano in ballo fin anche i roditori, quando si accenna ad una serie di politiche avviate dallo Stato che mirano a responsabilizzare le diverse regioni italiane e si dice che non ci si vuole unire a quel coro di roditori che è chiamato a strappare il possibile dallo Stato e mantenere a sé quello che è possibile mantenere. Ho parlato di indelicatezza istituzionale, perché riferirsi alle istituzioni, alle altre regioni italiane, allo Stato e al Governo nei termini in cui ci si riferisce, evidentemente tradisce un errato senso del rispetto delle forme e dei ruoli che attengono i diversi livelli istituzionali. Poi questo aver tirato in ballo la famiglia dei roditori pesa ancora maggiormente, perché tutto sommato la Provincia il ruolo che ha già giocato in passato più che quello del roditore è stato quello del parassita. Credo che sia frainteso il ruolo della Provincia nel contesto della gerarchia delle istituzioni che costituiscono la repubblica, ma secondo un principio che si fatica ancora a recepire, che è quello della sussidiarietà su cui si fonda la nuova Costituzione, il nuovo assetto che l'Italia ha voluto darsi anche attraverso le riforme che a tutti sono note, che qui vengono liquidate con alcune considerazioni sprezzanti.

A pagina 8 della relazione si cerca di dare un senso a questo tipo di intervento come quello delle relazioni fra i diversi livelli istituzionali e si afferma testualmente: "*chi pretende di dirci dove e quanto dobbiamo risparmiare, interferisce indebitamente nella nostra autonomia e mina la nostra indipendenza*". Fra l'altro c'è una contraddizione in termini, perché successivamente si afferma con chiarezza che con lo Stato si deve, anzi si dovrà necessariamente negoziare la somma complessiva da economizzare. Quindi da una parte si contesta il fatto della quantificazione del risparmio che dovrà essere garantito, in una parte successiva ci si dimentica di ciò che si è affermato e si conferma ciò che è palese, ossia che con lo Stato ci deve essere una sostanziale intesa sull'assunzione delle diverse responsabilità ai diversi livelli delle istituzioni e si afferma di condividere ciò che è lapalissiano, ossia che anche l'autonomia

altoatesina deve giocare il suo ruolo, deve fare la sua parte, deve contribuire, nel rispetto della responsabilità che a tutti è attribuita, al risanamento dei conti pubblici.

Il presidente Durnwalder si sofferma su questo concetto, parlando di interferenze indebite della nostra autonomia, che minano la nostra indipendenza. Ed è questo forse il punto centrale dal quale c'è la necessità di partire per una breve riflessione, che tocca peraltro anche il tema che non a caso ricorrentemente riaffiora nelle relazioni politiche importanti nel corso dell'anno qui in provincia in sede di discussione della manovra finanziaria. Anche in Regione solo pochi giorni fa quando si trattava del bilancio regionale il tema della collaborazione transfrontaliera, del cosiddetto Euregio, delle politiche di sviluppo di questa autonomia nel senso indicato dall'attuale maggioranza e dalla SVP è stato oggetto di dibattito. Quando si fa riferimento al concetto di indipendenza evidentemente si spiega tutto e si dà corpo al valore autentico delle parole che vengono usate. Sostanzialmente si ribadisce di fronte al livello centrale delle istituzioni nazionali che ogni tipo di intervento rispetto l'autonomia altoatesina, fosse anche quello di invito al risparmio, deve essere considerato una mina rispetto non all'autonomia di per sé, ma all'indipendenza. Siccome le parole hanno un valore e un senso, noi glielo attribuiamo. D'altronde in questo quadro si riesce anche a spiegare il valore e il senso delle polemiche che non a caso il presidente Durnwalder ha richiamato a pag. 3 in relazione al potere estero delle regioni e quindi anche delle procedure che molti anni fa portarono alla creazione di uno sportello della Provincia autonoma di Bolzano, comune al Land Tirol e anche alla provincia di Trento, all'estero, nel cuore dell'Europa, a Bruxelles. Cosa è rimasto di tutto ciò, chiede il presidente Durnwalder riferendosi a manifestazioni di indignazioni che seguirono quella inaugurazione. Dice che non è rimasto nulla, è rimasto solo un ufficio che opera bene, e devo dire che ha anche sostanzialmente ragione, perché è rimasto di quel tentativo che precedeva proprio sul concetto di rivendicazione che ricordiamo le parole del presidente Andreotti allora, dell'indipendenza dello spazio comune transfrontaliero tra Trentino e Land Tirol, è rimasto, di tutta questa grande ambizione, uno sportello, un ufficio informazioni, un ufficio per la promozione delle lobby a livello europeo, concetto assodato, comune e generalizzato ad ogni livello. L'Europa è un'enorme macchina burocratica, l'economia, le imprese, le istituzioni dell'Alto Adige come quelle del Trentino e del Land Tirol hanno bisogno di una adeguata rappresentazione nel cuore dell'Europa, hanno bisogno di un sostegno, di un punto di riferimento. Cosa è rimasto di tutto quello? La bolla di sapone se ne è andata via ed è rimasto semplicemente uno sportello, fra l'altro comune per risparmiare sulle spese di gestione. Quindi evidentemente avevano un senso le polemiche di allora in riferimento al valore che a suo tempo fu attribuito a quel tipo di iniziativa. Ricordiamo ancora una volta le parole del presidente Andreotti che si riferì alla volontà di creare una sede diplomatica della Provincia di Bolzano, della Provincia di Trento e del Land Tirol nel cuore dell'Europa. Oggi la sede diplomatica è solo nei miraggio di qualcuno, esiste uno sportello al servizio della

nostra impresa, della nostra economia, delle nostre prospettive e del nostro impegno a livello comunitario.

Tutto ciò ci impone anche una grande vigilanza, perché se è vero come è vero che nei discorsi programmatici politici qualificanti come quello che ha accompagnato la presentazione della legge finanziaria riaffiora il concetto dell'indipendenza rivendicata rispetto al resto del Paese, ebbene c'è la necessità di mantenere alta una vigilanza che a suo tempo ha prodotto questa riqualificazione dell'iniziativa in sede europea e che oggi deve garantire un presidio rispetto all'ordinato rapporto che l'autonomia altoatesina deve veder garantito rispetto al resto dello Stato. Non a caso riaffiora costantemente la questione dell'approvazione da parte del Parlamento italiano del protocollo aggiuntivo all'accordo di Madrid. In questa relazione il riferimento non c'è ma lo facciamo noi. Per essere chiari, c'è la necessità di sottolineare come è opportuno che anche le prossime iniziative legislative che otterranno l'accoglimento nell'ordinamento nazionale dei principi che hanno ispirato l'Accordo di Madrid e il protocollo aggiuntivo all'Accordo di Madrid si inseriscano in un contesto armonico, che ciò non sottintenda il rafforzamento del concetto, che in ogni caso riaffiora; dell'indipendenza della Provincia di Bolzano rispetto a tutto e a tutti, ma che preveda un rafforzamento del ruolo dell'autonomia in un contesto più generale ma non privo di un rapporto organico.

Credo che l'essersi sostanzialmente chiusi nel rivendicare il diritto a non rinegoziare con lo Stato le misure del contenimento della spesa pubblica, uso parole del presidente Durnwalder, sottintenda un atteggiamento singolare, anche se è lo stesso presidente Durnwalder che dopo aver posto questa condizione afferma come effettivamente un intervento debba essere svolto. Dice che anche la Provincia autonoma di Bolzano paga l'aumento a dismisura una spesa che rischia nel tempo, se non controllata, di impazzire, e quindi le misure sono necessarie, anche se poi, dopo aver svolto questa riflessione, non va alla radice stessa del problema che è sostanzialmente quello della politica dei favori, dei contributi a pioggia che la Provincia ha garantito per tanti anni e continua a garantire. Non è stato messo in discussione questo sistema oggi e da qui in avanti. E' stata avviata una riflessione che è di per sé un fatto positivo, perché dimostra come l'autonomia altoatesina da una condizione infantile si stia avvicinando ad uno stato adolescenziale per cui comincia a porsi in discussione in rapporto al mondo esterno, incomincia a porsi qualche interrogativo su come poi poter regolare il proprio rapporto con il mondo esterno da qui in avanti.

Lo stesso presidente Durnwalder poi non può trattenere a lungo delle osservazioni che sono critiche rispetto alla politica dei sostegni pubblici. Affronterà questo tema quando parlerà di economia, di politiche sociali, senza però dare una risposta credibile e che possa soprattutto essere riferita ad un progetto organico di misure atte ad incominciare ad affrontare in termini di assoluta consapevolezza e serietà il problema che pure è stato posto in uno slancio intellettuale di onestà che gli riconosciamo. Il problema è che quando a tutto questo, come abbiamo accennato prima, si ri-

sponde solo annunciando la possibilità di ridurre o sospendere, come già ha ricordato il collega Minniti nel suo intervento di ieri, il sussidio della casa, evidentemente si sbaglia bersaglio. Anche perché nella stessa relazione si accenna ad un aumento che può essere considerato importante e pericoloso di questo tipo di contribuzione, anzi chiamiamolo sussidio, parola che spiega molto bene il valore anche morale di questo tipo di intervento della mano pubblica. Si sostiene che questo tipo di sussidio è aumentato del 50% in solo pochi anni. Questo non può essere considerato solo un mero dato statistico, freddo, anonimo, quasi inutile. Deve essere considerata la rappresentazione, in termini plastici mi verrebbe da dire, di un disagio sociale che è stato più volte affrontato, al quale il nostro gruppo politico con una serie di iniziative ha tentato di dare delle risposte, di proporre una riflessione pubblica, affinché possa essere affrontato in un testo organico e non solamente attraverso un riconoscimento come questo è stato svolto dal presidente Durnwalder nella sua relazione, senza poi far seguire sostanzialmente alcuna conseguenza sul piano pratico. Al contrario invece si sostiene una politica degli investimenti da parte dell'ente pubblico. Qualcuno ha definito tutto questo la politica della speculazione nel mercato totale attraverso società private a capitale pubblico. Su questo potrebbero essere spese tante parole. Quando si accenna per esempio alla ricerca di una indipendenza anche economica attraverso l'autonomia energetica della Provincia di Bolzano ancora una volta si tradisce questo atteggiamento sostanzialmente autoreferenziale, scollegato rispetto agli interessi e alle necessità di un contesto più ampio che è anche quello nazionale, ma forse, come qualcuno ha già avuto l'ardire di sottolineare nel passato, si nasconde dietro questa foglia di fico dell'autonomia economica della Provincia di Bolzano una massa di interessi delicati e complessi che nel tempo potranno delinearci in maniera più completa e adeguata.

D'altronde la politica, a proposito di politica nel mercato privato, ha talvolta mostrato il suo vero lato, la debolezza sul piano squisitamente economico, se è vero come è vero che questo è un tema rispetto al quale la Provincia autonoma di Bolzano non può sentirsi estranea. I finanziamenti ad esempio concessi all'Air Alps costituiscono, così come in altri ambiti, sostegni a società a capitale anche privato, forme non di incentivazione dell'economia locale, ma forse di sussidio sine die a questo o l'altro servizio, tanto più quando si tratta di società che non hanno sede in provincia di Bolzano e dalle quali quindi non potrà mai esserci un ritorno in termini finanziari rispetto a gli oneri fiscali che queste società sono obbligate a versare.

La critica rispetto al vizio dell'economia locale di essersi adagiata sulla politica dei contributi pubblici - un tempo si chiamavano contributi a pioggia, oggi la pioggia si sta diradando ma i contributi sono rimasti - la critica a questo tipo di economia adagiata sulla politica dei contributi è giusta, ma chi ha generato questo sistema che alcuni hanno definito perverso?

E' anche inadeguato il riferimento solo parziale che è stato fatto a questa o quell'impresa, senza citarla, anche perché ci nascondiamo una realtà che è molto più complessa e grave, se è vero come è vero che negli ultimi anni l'Alto Adige ha rinun-

ciato ad un patrimonio, in termini di risorse e anche in termini fiscali, di aziende che rappresentavano l'Alto Adige, che erano un po' i testimonial della provincia di Bolzano sul mercato in Italia e all'estero. Citiamo gli stabilimenti trasferitisi altrove, talvolta al di là del confine, in Austria, solo a poche centinaia di metri o a pochi chilometri, della Loaker, la Zuegg, possiamo citare la Finstral, potremmo citare un lunghissimo elenco di aziende alle quali l'Alto Adige ha rinunciato per non aver saputo programmare nel tempo lo sviluppo sul territorio, uno sviluppo adeguato che certo deve far leva sull'innovazione tecnologica che finalmente, anche se tardivamente, la Provincia ha compreso, ma che deve far leva anche sulla capacità di garantire uno sviluppo industriale adeguato in termini anche di produzione, uno sviluppo che non c'è stato per effetto di una politica del controllo urbanistico, sia nei centri urbani che in periferia, che ha privilegiato un settore dell'economia altoatesina rispetto a quei settori che potevano costituire, anche in termini di immagine, una sorta di riferimento ideale e positivo per la provincia di Bolzano. Oggi è un patrimonio che potremo considerare per questa parte perduto. Si accenna alla necessità di sviluppare una politica di sostegno all'innovazione, allo sviluppo dell'impresa, ma puntando ad un profilo diverso e riconoscendo soprattutto la limitatezza delle disponibilità economiche che l'autonomia è in grado di mettere a disposizione, per questo tipo di impresa, in raffronto ai parametri nazionali e internazionali. Si tratta di una strada tutta in salita che si è cominciato a seguire oggi, che vorrebbe portare l'Alto Adige ad un livello di innovazione sensibile e importante rispetto al contesto globale in cui si colloca, ma è una strada tutta in salita che si intende oggi finalmente e, riteniamo, giustamente privilegiare, ma che non riesce a compensare ciò a cui ormai la Provincia ha rinunciato.

Un accenno lo vorrei fare, anche se non compare nella relazione, ma come punto di riflessione che dovrà essere necessariamente ripreso prossimamente dagli assessorati competenti della Provincia, che è quello relativo allo sviluppo di aziende che hanno sede fiscale in provincia di Bolzano, ma che hanno stabilimenti di produzione piuttosto che di lavorazione fuori dai confini della provincia. Si tratta di un settore che la Provincia non ha adeguatamente curato nel tempo, ed è un po' un paradosso perché si tratta di quelle aziende che producono un gettito fiscale, che quindi garantiscono la partecipazione alla creazione della disponibilità economica della Provincia autonoma di Bolzano, ma che non hanno goduto nel tempo lo stesso sostegno economico di cui hanno goduto le imprese con sede fiscale in provincia di Bolzano, ma anche con stabilimenti in provincia. Si tratta di casi particolari, su cui c'è da avviare una riflessione attenta, anche perché piuttosto si è privilegiato il contrario, il sostegno ad aziende che hanno sede fuori dalla provincia di Bolzano, ma hanno investimenti piuttosto che attività in provincia di Bolzano. Il paradosso lo abbiamo già spiegato in precedenza. Il paradosso è che per questo tipo di azienda la ricaduta fiscale positiva è per altri enti spesso anche all'estero, per le aziende che abbiamo citato in precedenza, quindi con sede fiscale in Alto Adige ma con strutture fuori confine di Bolzano, la ricaduta posi-

tiva in termini fiscali sarebbe invece per l'autonomia. Eppure sono stati applicati pesi diversi, misure diverse.

Da queste brevi considerazioni sulla relazione nel suo complesso passo ad alcune annotazioni riguardo alla legge la finanziaria che ci è stata proposta, e che la relazione accompagnatoria del presidente Durnwalder intendeva introdurre per inquadrare nel giusto contesto. Non posso esimermi di riferirmi alla signora presidente in quanto presidente del Consiglio provinciale, quindi in quanto massima rappresentante della dignità e del ruolo del Consiglio provinciale in quanto assemblea legislativa, in quanto principale organo di rappresentanza dell'autonomia altoatesina, per rappresentare la situazione, anche paradossale, che si è venuta a determinare con la presentazione che ha creato anche molte ilarità per certi versi in molti ambiti dell'amministrazione provinciale, dell'articolo 14. Esso prevede misure a sostegno della rottamazione dei motorini a due tempi, prevede lo stanziamento di una somma, l'erogazione di 300 euro per ogni motorino per il quale è stata prevista la rottamazione, in modo da poterlo sostituire con un motore meno inquinante. A parte le considerazioni già svolte dal collega Minniti che bene ha fatto a ricordare che con 300 euro si riconosce al cittadino un contributo veramente molto modesto rispetto alla spesa complessiva - ma questo è un capitolo a parte e ne parleremo poi nel corso del dibattito sull'articolato - c'è un problema sostanziale. Da settimane, da mesi sul territorio è stata avviata una campagna per la rottamazione dei motorini attraverso l'affissione sui manifesti, i giornali, Internet e ogni altra forma di comunicazione. Si è detto alla gente: buttate via il vostro motorino, prendete le carte conseguenti, andate a comprarne uno nuovo, venite da noi, vi riconosceremo un aiuto e un sostegno economico. Lo si è fatto in totale assenza di una autorizzazione di legge che prevedesse la legittimità di questa promozione, che peraltro è della stessa immagine della Provincia, non è solo un'azione positiva in termini di riqualificazione ambientale. Lo si è fatto in assenza di una disposizione di legge che prevedesse l'autorizzazione di spesa, quindi si è sostanzialmente fino ad oggi ingannato i cittadini sul fatto che esistessero delle disponibilità accantonate per poterli aiutare a sostenere il costo di una riconversione del loro motorino, rottamazione e conseguente acquisto di un motorino nuovo. Al contrario possiamo parlare di una autentica truffa. Ci sono dei precedenti illustri. Quando si applicò la tassa sul nonno, si promise, si fecero campagne attraverso l'opinione pubblica più generale, ma non c'erano i soldi. I soldi devono essere ancora stanziati, la spesa deve essere ancora autorizzata. Dal primo novembre 2005, 365 cittadini fino a ieri si sono presentati con le loro carte in mano agli uffici della Motorizzazione civile, hanno presentato la loro documentazione, hanno già rottamato il loro motorino, ma non ci sono ancora i soldi. Nessuno si è premurato di accantonare il denaro necessario per pagare queste quote. Signora presidente, mi sono riferito a Lei perché questo è un metodo che deve essere censurato, deve essere considerato non solo illegittimo su un piano squisitamente tecnico, ma deve essere considerato immorale su un piano squisitamente politico, perché l'autonomia ha delle sue regole, l'assemblea legislativa ha un suo compito, che

è quello di autorizzare la spesa, di autorizzare interventi di un tipo piuttosto che di un altro, di legittimare la Giunta provinciale in una azione, anche nobile come quella della rottamazione di un motorino. Non si può solo invertire i ruoli, in cui la Giunta provinciale si sente proprietaria in termini quasi privatistici non solo del bilancio della Provincia, ma si sente proprietaria dell'autonomia nel senso più ampio e completo del termine, quindi decide di disporre nei termini che ritiene più opportuni sulla base di quelli che io definisco "pagherò". Sono cambiali consegnate ai cittadini che rottamano i propri motorini e in cambio gli viene consegnato un "pagherò", un foglio di carta in cui si dice: state calmi, perché prima o poi faremo la legge in cui approveremo l'autorizzazione di spesa. Ma se, poniamo il caso, peraltro nel passato situazioni di questo tipo si sono verificate a sorpresa, il Consiglio provinciale domani dovesse bloccare l'articolo 14, chi andrà a dire a quei 400 cittadini che hanno rottamato il proprio mezzo che non se ne fa più nulla, che è stato uno scherzo? Signora Presidente, mi appello a Lei affinché possa intervenire a tutela del ruolo, della dignità dell'assemblea legislativa, affinché ciò non accada mai più. Non doveva accadere oggi, ma oggi bisogna riparare immediatamente a questo gravissimo danno d'immagine dell'autonomia altoatesina, del Consiglio provinciale e di sostanza, perché si sono ingannati, truffati 400 cittadini della nostra provincia, che sulla buona fede che hanno riconosciuto alla Giunta provinciale hanno rottamato il loro mezzo. Fino ad oggi non ci sono i soldi per dare quello che a loro è stato promesso. E' un fatto di una gravità inaudita. Noi faremo la nostra parte per rimediare a questo, garantendo l'approvazione di questa misura, ma è un fatto grave, quindi mi appello a Lei, signora presidente, affinché il Suo intervento possa garantire il ripristino delle condizioni normali di rapporto fra la Giunta provinciale e il Consiglio provinciale. L'organo centrale, primo dell'autonomia altoatesina è il Consiglio provinciale, Lei ne è il garante, quindi a Lei mi appello.

Ci sarebbe molto altro da dire, ma rinvio il dibattito sulla discussione articolata, sulla politica delle sponsorizzazioni, che è una politica discrezionale. Si consegna anche in questo caso all'organo esecutivo, anzi al presidente della Giunta provinciale la possibilità di riconoscere soldi, traduco perché così ci si capisce, a questo o quello, per fare un'azione di sponsoring, di sostegno all'immagine pubblica della Provincia. Nel passato si è tradotto questo per esempio nell'assegnazione di tanti soldi, decine di migliaia di euro in contanti, a volte anche di più, centinaia di migliaia di euro a privati piuttosto che a società, perché sui singoli cappellini dei componenti questa società, piuttosto che sulla maglietta del privato, piuttosto che nella parola, perché si è intervenuto anche su questo nei contratti di sponsorizzazione, nella parola spesa in privato dal destinatario del contributo si dovesse ficcare qua o là comunque l'Alto Adige. Il più delle volte, a dire la verità, è purtroppo il "Südtirol" e non l'"Alto Adige", nel senso che questi contratti hanno previsto addirittura ciò che alcune persone che sono destinatarie di questi soldi, dovevano dire in pubblico. Non so se qualcuno ha avuto occasione di leggere questi contratti. C'è scritto quello che la persona che riceve 30 mila, o 40 mila euro deve dire, c'è scritto cosa deve dire. Questo a rappresentazione della

qualità della genuinità della rappresentazione dell'Alto Adige verso l'esterno! L'atleta piuttosto che la persona eccellente lo sceglie una sola persona. Con questa legge che andremo ad approvare autorizzeremo il presidente della Giunta provinciale a consegnare un cachèt a questo e quello, e gli si dice come deve vestirsi, che cappello deve indossare, dove deve andare e quando deve parlare. Avremo un numero di automi, come ne abbiamo già avuti nel recente passato, il cui ruolo va oltre quello della semplice promozione dell'immagine pubblica dell'Alto Adige ma soprattutto si creano le condizioni potenziali di una distorsione del principio del concetto stesso della promozione dell'immagine pubblica dell'Alto Adige. Su questo ci sarebbe molto più da dire e molto più da fare, soprattutto per creare dei limiti, delle condizioni minime che questo tipo di contratto deve soddisfare per poter essere scritto.

Prima di concludere voglio soffermarmi su un passaggio, un po' per contraddire benevolmente la collega Kury, riferito agli immigrati. La collega Kury diceva che questa relazione non affrontava il problema. No, il problema lo affronta, lo inserisce in una certa ottica, in un certo quadro, non fa demagogia ma perché tutta questa relazione, come la collega Kury ha detto, si vede che è scritta da una mano diversa rispetto al passato. Questo lo possiamo dire, al presidente Durnwalder che ha tanti compiti e doveri non gli si può chiedere di scrivere 30 pagine tutte in un soffio. D'altronde nel passato abbiamo avuto autorevoli esempi, ricordo che si parlò anche del contributo eccellente, sul piano squisitamente giornalistico, del giornalista ex segretario della SVP, ricordo che il collega Pöder sollevò la questione in relazione alla scrittura di una relazione per suo conto, peraltro prima delle elezioni, dando per scontato che comunque sarebbe stato eletto, a conferma di un sistema che funziona da tempo in provincia di Bolzano, riferendoci a ciò che abbiamo detto prima sulla motorizzazione, per cui si dà tutto per scontato. Il bene pubblico è considerato come un bene privato e quindi si danno per scontati i passaggi successivi, così come si riconosce al Consiglio provinciale il semplice ruolo notarile. Si riconosce alle elezioni un semplice fastidio, un semplice "incidente" fra una legislatura e l'altra. Ma torniamo al nostro ragionamento. Si scorge in questa relazione che c'è una mano diversa. I toni sono diversi, questo tentativo di fare delle riflessioni nell'autonomia c'è, si passa da un infantilismo che si riteneva cronico ad una fase di elaborazione di un pensiero, qualche preoccupazione anche per il futuro, e questo è molto positivo. Non posso esimermi dal sottolineare questo tipo di soddisfazione personale, che è anche politica, rispetto al superamento di una fase ancora embrionale che sembrava fossilizzare delle riflessioni ad un livello elementare. Invece si va oltre, si guardano delle prospettive e si pone anche la questione relativa all'immigrazione in Alto Adige, ma in termini sobri e sicuramente fonte di ispirazione per successive considerazioni che dovremo affrontare, entro brevissimo tempo, anche perché risulta la volontà della Giunta provinciale di elaborare anche una norma più complessa su questa materia che prevede tutta una serie di passaggi. Nella relazione accompagnatoria al bilancio si affronta solo ed esclusivamente il tema legato alla presenza degli immigrati nella scuola. Devo dire che ho sommato, per riuscire a

leggere correttamente questo passaggio, le dichiarazioni del presidente Durnwalder rese alla stampa nei giorni scorsi alle dichiarazioni che ho potuto leggere dalla relazione, per cercare di comprendere anche la finalità di questo tipo di interessamento al mondo degli immigrati in termini non demagogici in rapporto a particolari contesti sociali, e quindi in questo caso la scuola. Nella relazione si afferma che non si può considerare la scuola come una palestra di approccio con la società locale da parte degli immigrati, ma che essa va considerata invece come un luogo di educazione e di formazione, e io condivido questa affermazione. Si devono porre nella condizione migliore i ragazzi immigrati di apprendere le lingue prima di costituire un ostacolo, una volta inseriti nella scuola, ai processi educativi in corso, per le classi in cui sono inseriti. E' vero, ed è un problema che coinvolge soprattutto la scuola in lingua italiana, che la presenza così significativa talvolta di cittadini stranieri in determinate situazioni scolastiche del gruppo linguistico italiano, soprattutto in periferia, ma non solo, ricordiamoci, anche nei grossi centri urbani, non solo costituisce un rallentamento al processo in corso per tutti, perché ovviamente si deve aiutare chi è più svantaggiato, e la scuola ha fatto il suo compito fino in fondo, con grande intelligenza, capacità di tutto il corpo docente e anche grande senso di responsabilità dei ragazzi che frequentano la scuola. Attenzione, perché se il ragionamento rimane sospeso a questo e porta alla conclusione che il presidente Durnwalder ha indicato, ossia creiamo dei luoghi di educazione linguistica separati per questi ragazzi, poi li metteremo successivamente un po' di qua e un po' di là nelle scuole dei diversi gruppi linguistici, sicuramente si può fare il bene da una parte, ma si va ad incidere in maniera estremamente complessa e radicale sulla possibilità stessa per la scuola italiana, soprattutto in periferia, di sopravvivere a se stessa. Oggi sappiamo che una percentuale elevata di studenti nella scuola in lingua italiana è immigrata, è straniera, non dalla Germania o dall'Austria, ma da paesi rispetto ai quali la lingua italiana, così come la lingua tedesca, è veramente lingua straniera nel senso pieno e assoluto del termine. Si tratta di ragazzini albanesi piuttosto che ragazzini di altre parti del mondo, che hanno la necessità di un'assistenza, di un appoggio importante, ma che garantiscono paradossalmente allo stesso tempo la sopravvivenza delle istituzioni scolastiche in periferia. Ne siamo consapevoli, abbiamo anche affrontato in maniera seria e responsabile questo problema nel passato tentando di provocare un approccio positivo della Provincia di Bolzano al problema in una visione globale affinché potesse essere delineata una prospettiva di sviluppo, ad esempio la strutturazione della scuola in lingua italiana sempre più in una forma di insegnamento plurilingue in modo da aprirsi anche ad un interesse che va oltre il semplice gruppo linguistico italiano. Ma se la risposta a queste nostre preoccupazioni è la non risposta che viene offerta nella relazione accompagnatoria al bilancio dal presidente Durnwalder, se si dice togliamo questi ragazzini dalla scuola in lingua italiana e mettiamoli in una scuola di educazione linguistica, con questa azione senza una riflessione a monte adeguata condanniamo la scuola italiana della periferia a morte certa, a chiusure certe di numerose strutture scolastiche. Dobbiamo fare attenzione a porre il problema che

esiste in una giusta ottica. Giustissimo pensare a creare una consapevolezza linguistica delle lingue provinciali fra i ragazzini immigrati, quindi giustissimo porre questi ragazzini nella consapevolezza anche di un bilinguismo reale esistente sul territorio altoatesino, quindi non solo della lingua italiana ma anche tedesca - questo era il senso delle dichiarazioni del presidente Durnwalder nei giorni scorsi agli organi di stampa - ma attenzione, perché se limitiamo l'approccio al problema solo a questo, quindi creare una struttura di educazione linguistica esclusiva per gli immigrati, introduttiva rispetto al loro inserimento nelle istituzioni scolastiche, rischiamo di creare immediatamente nella sua prima applicazione, ma anche nella sua seconda applicazione. Considerato un flusso che potrà determinarsi verso la scuola in lingua tedesca, considerata la consapevolezza plurilingue da parte di immigrati nel loro primo approccio con il nostro territorio, potremo creare un pesantissimo riflesso per la scuola in lingua italiana, soprattutto in periferia. L'approccio deve essere serio, non strumentale, non demagogico, però bisogna fermarsi a riflettere ed evitare soluzioni che possono sembrare affascinanti di primo acchito ma che rischiano, se non affrontate in termini di correttezza, di trascinare in un baratro un presidio di cultura e di identità per la cultura di lingua italiana quali le scuole sono.

Arrivo alla conclusione. La relazione del presidente Durnwalder è stata ampia, ha spaziato su temi per ciascuno dei quali sarebbe anche opportuna una riforma di settore organica, però ha mancato talvolta di coraggio e in altri passaggi è anche vuota in termini di contenuti e di proposte. Un aspetto positivo che possiamo non rimarcare è l'ampiezza delle vedute, l'approccio corretto con i temi, la sostanziale volontà di porre i temi all'ordine del giorno, però bisogna affrontarli i temi, non lasciarli solo all'ordine del giorno e in sospeso. Non corrisponde la qualità della relazione con la qualità della manovra finanziaria che non contiene molto, qualcosa che è distonico rispetto alla relazione. La si apprezza questa relazione anche per l'assenza di riferimenti a temi che possono essere considerati di forte valenza emotiva, sottende chiaramente una serie di tematiche, una dimensione legata ai rapporti fra i gruppi linguistici, ma questo è ovvio in questa terra, in questa autonomia. Ma non si affrontano temi con un approccio provocatorio, e questo è un aspetto positivo. Attenzione, ci fermiamo qua, non si fraintenda eccessivamente il senso di queste parole, perché una manovra finanziaria, l'assunzione di un impegno politico rispetto alla propria cittadinanza, alla collettività da parte della Giunta provinciale presuppone anche il coraggio delle scelte, la forza, il valore delle opzioni. Questa finanziaria in questo senso è debole. Salviamo solo la volontà che viene espressa di aprire un confronto sui temi. Non salviamo l'iniziativa legislativa che viene messa in atto per tutte le argomentazioni già svolte ieri dal collega Minniti, che abbiamo tentato di integrare con qualche altra considerazione particolare, e non si fraintenda quindi questa posizione. La relazione rimane buona, ma non è accompagnata da un buon impegno politico in termini di concretezza da parte della Giunta provinciale.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Dello Sbarba, bitte!

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Signora Presidente del Consiglio, egregio Presidente della Giunta provinciale, care colleghe e cari colleghi, la relazione del presidente Durnwalder sul bilancio di previsione per l'anno finanziario 2006 enuncia una serie di nodi cruciali di fronte ai quali il Sudtirolo si troverà nei prossimi anni. La dimensione globale in cui ci troviamo proiettati, lo spostamento sul piano europeo di un numero sempre maggiore di decisioni, il cambiamento demografico, l'invecchiamento della popolazione, il rapido aumento di cittadine e cittadini immigrati, il futuro di vacche un po' più magre per il nostro bilancio provinciale, tutto questo viene nominato dal Landeshauptmann, ma non trova alcuna risposta che indichi una visione, un progetto diverso da quello di una cauta, buona amministrazione dell'esistente.

Un colpo al cerchio e uno alla botte sembra essere la ricetta della relazione: si deve risparmiare ma non si deve penalizzare nessuno, si deve proteggere l'ambiente ma anche sviluppare l'economia, si deve sostenere l'impresa ma anche questa deve assumersi le proprie responsabilità, la sanità va riformata ma ancora nulla è deciso. Tutto giusto, forse, ma tutto troppo generico. C'è un proverbio tedesco che dice che il diavolo si nasconde nei particolari. Ebbene, mi propongo, caro presidente, di entrare nei particolari di un solo aspetto della Sua relazione, uno solo ma fondamentale e capace di mutare per sempre l'economia, la società, il paesaggio e l'ambiente della nostra terra: il Tunnel di Base del Brennero.

La questione è discussa da anni in Sudtirolo, ma nelle ultime settimane il dibattito ha preso ben altro tono grazie all'opposizione che dall'altra parte delle Alpi un'intera valle del Piemonte, la Valle di Susa, ha manifestato contro un altro tunnel che è la fotocopia del nostro. Molti sudtirolesi di tutte le lingue della nostra provincia hanno seguito sui mass media la protesta di quella valle. E molti sudtirolesi, ne sono sicuro, si sono riconosciuti nelle parole, nelle preoccupazioni, nelle proteste di quella gente piemontese che è del tutto simile alla nostra.

Io ho incontrato molti di questi cittadini della val di Susa nel corso di un grande convegno a Torino dedicato proprio ai progetti di alta velocità ferroviaria, sabato scorso: è gente laboriosa come la nostra, gente di una montagna molto vicina a una grande città, gente legata alla natura ma che da decenni lavora nelle fabbriche e negli uffici del capoluogo regionale, gente costretta a viaggiare ogni giorno da pendolare sui mezzi pubblici e purtroppo anche su quelli privati, gente che ha costruito un fitto tessuto di piccole e medie imprese che hanno salvato l'economia della valle, gente che lavora nel turismo, negli hotel, nei ristoranti, nei caroselli della neve di Courmayeur che si prepara alle olimpiadi. Gente locale e insieme globale, che ha le mucche in stalla e all'ultimo piano l'agriturismo dove ospita turisti provenienti da mezzo mondo.

Insomma: gente come la nostra, che con parole semplici e vicinissime al nostro sentire rigetta un progetto di tunnel che è il gemello del nostro.

La gente di questa piccola valle, coi sindaci di tutti i partiti, sia del centrodestra che del centrosinistra, è riuscita a portare sul palcoscenico nazionale ed europeo la follia del progetto italiano dell'Alta Velocità, l'assurdità della politica delle grandi opere, la domanda sulle vere distorsioni del nostro sistema dei trasporti, sulle vere strozzature delle nostre ferrovie, sul rischio di investire tutto nella chimera di megatunnel e rimandare così la vera soluzione dei problemi per altri 20 anni. In val Susa sono state sollevate questioni con le stesse parole e con gli stessi argomenti con cui queste da almeno 15 anni in Sudtirolo vengono sollevate dai Verdi, dalle associazioni ambientaliste, dalle iniziative civiche e da tutte le persone che hanno a cuore non solo la nostra natura e il nostro ambiente, ma le nostre ferrovie, la nostra mobilità, la nostra economia. E qualche domanda credo dovremmo tornare a porcela anche noi.

La stessa mia sensazione di analogia, di vicinanza tra le due situazioni e tra i due tunnel, la sensazione che in Piemonte e in Sudtirolo si sollevino gli stessi problemi e si usino perfino le stesse parole, deve averla sentita come me anche la collega Rosa Thaler, la quale l'ha espressa a voce alta quando, parlando delle promesse non mantenute con la sua Bassa Atesina, ha affermato: "Allora faremo anche noi come in valle di Susa". Vediamole, dunque, le analogie, perché questo è il modo per capire meglio in che situazione anche noi ci troviamo.

I progetti sono identici. In Piemonte, come anche al Brennero è progettato un tunnel a doppia canna, qui di 56 km e là di 52,7, in entrambi i casi con diversi cunicoli di accesso, un cunicolo pilota sottostante, gallerie di comunicazione ogni 350 metri. Insomma: due tunnel fotocopia attraverso i quali dovrebbero passare - tra 15-20 anni - forse - ma di questo dubito fortemente - 400 treni al giorno - uno ogni 3,6 minuti, a 300 chilometri all'ora.

Comprese le tratte di accesso, i costi ufficiali credo sottostimati, sono di 20 miliardi di euro qui da noi e di 17 miliardi sulla Torino-Lione. Identiche sono persino le sigle delle società inizialmente costituite per la realizzazione: GEIE-BBT qui, GEIE-Alpetunnel là. GEIE: Gruppo Europeo di Interesse Economico, davvero un ottimo nome, per cominciare. E naturalmente i progetti preliminari sono in entrambi i casi stati presentati da ITALFERR a nome di RFI. In entrambi i casi sono state poi costituite società transfrontaliere di diritto europeo.

In entrambi i casi è previsto traffico misto di merci e passeggeri, e su questo punto cominciano, qui come là, i problemi. Tutti sanno infatti che i convogli merci viaggiano a una velocità ben inferiore di quella passeggeri e che dunque ad ogni passaggio di un treno passeggeri la tratta va liberata per un lungo periodo di tempo. Questo significa perdita di capacità di trasporto merci. Ma non è solo questo il problema del traffico promiscuo: l'alta velocità è fatta per treni leggeri, tipo TGV francese. Far passare sugli stessi binari anche treni merci da 1000 tonnellate significa rendere obbligatori continui lavori di manutenzione, dato lo sconquasso che un treno merci induce

sui binari e le strutture. Non a caso il TGV francese viaggia solo di giorno: la notte è dedicata solo alla manutenzione. Non a caso nei paesi del mondo in cui il trasporto merci per ferrovia funziona – innanzitutto in America, dove oltre il 60% delle merci viaggia in treno - esistono linee dedicate solo ai treni merci. La manutenzione che una linea promiscua richiede ridurrà ancora di più la capacità della ferrovia di smaltire traffico merci. E dunque rischia di ridimensionare di molto, nei fatti, l'obiettivo proclamato di spostare le merci dalla gomma alla rotaia.

Anche la motivazione delle due opere è identica: il Brennero sarebbe il "collo di bottiglia" del "Corridoio 1" tra Berlino e Palermo, il Frejus quello del "Corridoio 5" tra Lisbona e Kiev. Le previsioni di traffico a dir la verità in entrambi i casi sono abbastanza aleatorie e scommettono, in entrambi i casi, e con le stesse identiche parole, sull'Oriente come nuovo protagonista dell'economia mondiale. Qui forse conviene soffermarci, perché riguarda gli scenari del futuro, la visione del Sudtirolo e del mondo che vogliamo.

I porti del Sud Italia, si dice nello studio preparatorio al Tunnel del Brennero, *"potranno smaltire una parte non indifferente del futuro traffico container transoceanico proveniente dall'Asia, sottraendolo - attenzione a quest'ultimo verbo: SOTTRAENDO! - ai porti del mare del Nord"*. A patto che poi questo "traffico conquistato" possano poi avviarlo per ferrovia verso l'Europa del nord, passando facilmente le Alpi. L'obiettivo proclamato non è dunque quello di ridurre il traffico, ma anzi di attrarne sempre di più, di catturare traffico, di sottrarre traffico, di accaparrarsi traffico, insomma di attirare verso di noi sempre più merci facendo della penisola italiana un'unica piattaforma logistica portacontainer. Questa visione, non voglio nasconderlo, è comune sia al centrodestra che a una parte importante del centrosinistra, subalterno in questo alla cultura industrialista e al mito dello sviluppo indefinito tipici di un secolo fa. C'è una mentalità da gabellieri dietro questo ragionamento: l'idea di arricchirsi facendo pagar pedaggio a chi passa sulla nostra strada. E' un'idea medievale applicata al 21° secolo: alla faccia della modernità! Ed è un'idea che non fa i conti con la realtà moderna, nella quale è chi è attraversato a pagare il prezzo maggiore, e chi attraversa a guadagnarci. Da una parte intere popolazioni vedono crollare la propria qualità della vita, i territori vengono rovinati, le valli - da noi soprattutto la val d'Isarco e la Bassa Atesina, ma attenti a quel che diventerà il fondovalle della Pusteria, con quel che state facendo alla strada -le valli, dicevo, si trasformano in corridoi di transito, e dall'altra c'è una élite, che magari vive altrove e che si gode i frutti di questo disastro.

Come si fa a non sentire anche in Sudtirolo i primi chiari segni di una spaccatura sociale profonda tra chi vive nelle valli-corridoio e si sente cittadino di serie B e chi vive invece al riparo dei comprensori più laterali, sopraelevati e turistici, tra chi muore di traffico e chi vive del traffico! Se la SVP riflette bene sulle proprie perdite elettorali, su dove e quando esse sono avvenute, potrà disegnare la mappa di un disagio sociale e umano, di una sensazione di disuguaglianza, di cittadinanza amputata che si

respira in tanti luoghi del nostro Sudtirolo. E' piuttosto discutibile che questo concetto di sviluppo da gabellieri, quest'idea del "più merci in movimento = più ricchezza", sia desiderabile. E' un modello che punta ad annullare – perché li scarica sulla collettività, sull'ambiente, sulle generazioni future - i costi del trasporto e facendo così incentiva il trasferimento delle produzioni là dove c'è lavoro a minor prezzo e a minor protezione.

Non vorrei, cari e care componenti della Giunta provinciale che siete presenti, che su quei treni ad alta velocità – se mai dovessero passare - se ne partano dal Sudtirolo attività economiche e posti di lavoro per spostarsi dove produrre costa meno, dove non si pagano le tasse e i contributi, dove si inquina a piacimento!

E' d'accordo il nostro Sudtirolo con questo modello di società? E' d'accordo con questo modello il Sudtirolo che ha aderito all'Alleanza per il clima, che ha aderito all'Alleanza per il suolo, che si fa notare nel mondo per la bioarchitettura? Io non posso crederlo. Non parlo citando questo modello del futuro, ma del presente. Questo modello di sviluppo fondato sulla delocalizzazione e sui trasporti a prezzi stracciati è già tra noi.

Il Trentino-Alto Adige è la regione che ha il più grande distretto mondiale di produzione delle mele, eppure da qualche anno nei nostri supermercati sono in vendita mele cinesi a un prezzo inferiore a quelle locali. In quali condizioni vengano prodotte e trasportate, è facile immaginarsi. E in Sudtirolo tutti conoscono quella rinomata azienda - la stessa che ha messo le tende natalizie sulla stazione - che fabbrica in Cina angeli di terracotta che poi vende nei nostri mercatini di Natale come prodotti tipici locali a migliaia di turisti arrivati da tutta Italia in migliaia di bus e automobili facendo ore di fila in autostrada. E' questo il mondo che desideriamo? No. Il mondo desiderabile è quello che bandisce i troppi trasporti motivati dalla speculazione e dal profitto e riduce i viaggi a quelli davvero indispensabili, usando per questi i vettori ecologicamente più opportuni. E qui torniamo di nuovo al treno.

Non vorrei che ci fossero dubbi su questo punto: spostare le merci – le merci che non si può fare a meno di trasportare, intendo, che sono molte meno di quelle attuali - dalla strada alla rotaia è un nostro comune obiettivo, un comune obiettivo di noi Verdi e di voi Giunta provinciale. Ma il problema è come farlo. Il problema è che bisogna domandarci se il modo migliore per farlo sia quello di costruire il megatunnel per l'Alta Velocità sotto le Alpi.

Prima di decidere una simile follia bisognerebbe farci qualche domanda. Bisognerebbe domandarci per esempio, perché oggi i 5 maggiori valichi ferroviari a doppio binario attraverso le Alpi siano utilizzati solo per un 30% delle loro reali capacità: il Brennero per il 33%, il Frejus per il 37%, il Sempione per il 14%, il Gottardo per il 60%, il Tarvisio per il 18%. Dal Brennero passano oggi dai 100 ai 120 treni al giorno, per un totale di 10,7 milioni di tonnellate all'anno, a fronte di una capacità potenziale di 300 treni al giorno e di 59 milioni di tonnellate all'anno. La "Cipra", la Commissione internazionale per la protezione delle Alpi, ha pubblicato uno studio proprio nel settembre scorso nel quale si dimostra che portando al 60% l'utilizzo dei

valichi ferroviari esistenti si potrebbero trasportare 150 milioni di tonnellate l'anno, qualcosa di più di tutto ciò che oggi attraversa le Alpi sia su gomma che su rotaia. Questi dati dimostrano che quel che manca non sono i binari sui valichi, ma una politica coerente dei trasporti a favore della ferrovia. Se in America le merci viaggiano a 60 km/h – e il sistema funziona benissimo e le merci arrivano in poco tempo a destinazione – mentre in Italia viaggiano a 18 km/h, non è perché da noi i binari siano pieni di convogli che si muovono a passo d'uomo, ma perché i treni merci stanno fermi per giorni e notti nelle stazioni!

Tutti sanno che le strozzature non stanno sulle nostre montagne, ma intorno ai nodi delle città, nelle interconnessioni tra linee, nella inefficienza e inaffidabilità della gestione. Tutti sanno da quanti anni dura lo scandalo – e ancora oggi dura, nonostante i lavori in corso da tempo – di un solo binario tra due città come Verona e Bologna. Tutti sanno che in tutti i paesi avanzati a chiunque carichi le proprie merci sul treno è offerto un monitoraggio in tempo reale, grazie al quale egli può in ogni momento sapere dove si trova la sua merce. Ciò esiste ovunque, meno che in Italia: qui si sa quando la merce parte, ma non quando arriva e mentre viaggia nessuno riesce a dirti dove diavolo si trova. Per spostare le merci dalla strada alla rotaia non ci vogliono più binari sui monti, ma una nuova politica dei trasporti e anche, anzi soprattutto, una politica delle tariffe e dei pedaggi che avvantaggi la rotaia sulla strada! Tutti sanno che in Italia le merci viaggiano in autostrada perché specialmente in Italia – ma la malattia è europea - si praticano pedaggi a prezzi stracciati. La parte italiana dell'autostrada del Brennero ne è l'esempio più chiaro e lei lo ha ricordato, caro Presidente: 60 centesimi al km nel tratto austriaco, 9 nel tratto italiano. Ma è l'intera autostrada del Brennero che è una delle meno care d'Europa: per viaggiare da Monaco a Bolzano un Tir paga 91 euro. Per un viaggio di analoga lunghezza tra Basilea e Como paga 163 euro, da Ginevra a Milano 192. Finché dura questa politica, non c'è speranza che le merci prendano il treno - tunnel o non tunnel.

Un esempio interessante – e forse sconosciuto in Sudtirolo - ce lo fornisce la nuova linea del Tarvisio, finita nel 2000 con tutti i più moderni standard di trasporto merci ferroviario: pendenza massima 15m per mille, sagoma adeguata, velocità di 140-180 km/h (cioè la stessa velocità che avranno i merci che passeranno sotto il tunnel di base del Brennero) una ferrovia, insomma, quella del Tarvisio, che avrebbe dovuto vincere la battaglia contro la strada assorbendo l'aumento dei transiti dovuto all'apertura dei mercati dell'Est europeo. Ma le cose non sono andate così: nonostante la nuova efficientissima linea, tra il 1995 ed il 2002 il traffico ferroviario merci al Tarvisio è diminuito del 14%. La strada, invece, continua a crescere in media del 15% all'anno. E questo anche perché, nonostante il potenziamento della ferrovia, la strada continua a costare molto meno. Del resto, di quanto sia importante per il treno una politica che avvantaggi o svantaggi la strada, ce ne siamo accorti quando l'Austria a fine 2003 è stata costretta a cancellare il sistema degli ecopunti. Subito dopo, in poche set-

timane, il transito merci su ferrovia è crollato dal 30% al 24%, l'”autostrada viaggiante” (i Tir caricati sui treni) si è svuotata, la gomma è passata dal 70% al 76%.

La realtà è che le merci corrono sul vettore meno caro e lungo gli itinerari meno cari. Per trasferire le merci sulla rotaia e distribuirli meglio su tutte le trasversali non servono altre mega-infrastrutture, ma un'altra politica e un ammodernamento delle linee storiche. Basterebbe fare questo e si farebbe in meno tempo, con benefici subito percepibili e con meno spesa. Lo so, Presidente: anche Lei ha chiesto nella sua relazione pedaggi più cari per i tir. E su questo ha il nostro pieno consenso, anzi, su questo lei è diventato d'accordo con noi che lo diciamo da sempre. E lo so, Presidente, che Lei è d'accordo con noi anche sulla necessità di rendere più efficienti possibili le linee storiche. Ma so che voi, care componenti e componenti della Giunta provinciale dite: facciamo entrambi, il megatunnel e le linee storiche, un colpo al cerchio e uno alla botte. Su questo, caro Landeshauptmann, Lei si trova in questo Consiglio provinciale in buona compagnia - l'abbiamo sentito negli interventi di ieri - con Minniti, con Seppi e - suppongo - con la collega Biancofiore. E a livello nazionale si trova in compagnia di personaggi come l'ingegner Pietro Lunardi che ha qualche interesse nel campo delle costruzioni, con l'onorevole Maurizio Gasparri, con l'onorevole Brunetta, i quali dicono che bisogna fare i megatunnel e le linee storiche, il ponte sullo Stretto e l'alta velocità, gli inceneritori e i nuovi centri siderurgici, le centrali nucleari e i collettori solari, un po' come nella relazione del Presidente: tutto e il contrario di tutto. La pratica, purtroppo, ci dice che con una finanza pubblica miserevole come quella dell'Italia non si può fare tutto, ma si deve fare una scelta. Non “et-et”, ma “aut aut”. O si investe nel pozzo senza fondo dei tunnel di base e dell'alta velocità, o si investe nella rete ferroviaria; o si bucano i monti, o si fa manutenzione a valle. E' qualcosa che già sta avvenendo. Mentre i ministri su tutte le televisioni nazionali cantano le lodi dell'Alta Velocità al Brennero e in val di Susa, la legge finanziaria in corso di approvazione al parlamento taglia alle ferrovie 1200 milioni di euro per investimenti e 570 milioni di euro per la manutenzione ordinaria. Evviva alle pulci! Cancella i soldi per il piano di sicurezza promesso dopo l'incidente di Crevalcore, cancella i soldi per 800 nuovi bus urbani ecologici promessi dopo le misure anti smog dello scorso anno, cancella 30 milioni di euro per i passanti ferroviari di Torino e di Milano. In compenso mette a disposizione 600 milioni di euro per ridurre le imposte e le accise sul gasolio per l'autotrasporto. Questa è la politica!

Chi scava le grandi gallerie per far contenta la lobby del cemento, manda in rovina le ferrovie e se ne infischia delle persone che quotidianamente salgono sul treno. Dalla parte opposta, la Provincia di Bolzano ha dato il suo bell'esempio con la nuova ferrovia della Venosta, vincendo - spinta dalla pressione della popolazione venostana - la scommessa di una linea che per le ferrovie italiane era solo un “ramo secco”. La Venosta non è stata una “grande opera”, ma l'esempio di una paziente, delicata, leggera, meticolosa opera di recupero di uno storico patrimonio. Perché non dire con orgoglio che questo della Venosta è il modello in piccolo di quello che serve

all'intera rete ferroviaria italiana ed europea? Perché non assumere la "cura venostana" come la bussola per orientare le scelte della nostra Provincia? E non vedete, care colleghe e cari colleghi, che il Tunnel di Base del Brennero è l'esatto opposto della nostra piccola, efficiente, capillare e apprezzata ferrovia della Venosta?

Prima di mettere mano a grandi opere, prima di gettare decine di miliardi di euro nel pozzo senza fondo dei megatunnel, prima di forare le montagne e assediare le valli con cantieri infiniti, bisogna sottoporre l'intera rete ferroviaria italiana a una drastica "cura venostana". Se si riuscisse a raggiungere l'obiettivo indicato dalla Cipra, almeno raddoppiare l'utilizzo dei 5 valichi ferroviari esistenti, saremmo in grado di affrontare con serenità i prossimi 20-30 anni. E resterebbe ancora un 40% di capacità non utilizzata.

Dunque, faccio una proposta di compromesso a chi dice che servono sia i tunnel di base che gli investimenti sulla rete esistente: bene, però prima adeguiamo e sfruttiamo al massimo la rete esistente, e poi, fatto questo, vediamo se servono ancora le gallerie sotto le Alpi. Il Brennero è tra i valichi con le migliori condizioni. Lavori di ammodernamento sono stati già effettuati, altri sono previsti a brevissimo tempo. Le pendenze massime sono state portate entro i parametri europei, sotto il 20 per mille. Sulla linea hanno fatto la loro comparsa le nuovissime locomotive Siemens multi-tensione, basta una sola di queste motrici per portare velocemente al valico un treno di 400 mila tonnellate. Per capire la potenzialità che abbiamo a disposizione basta il confronto col Frejus: tra Bussoleno e Bardonecchia la pendenza media è del 22 per 1000 e, pur usando tre vecchie motrici E-633, i treni, riescono a salire al valico a una velocità di 100 km/h con un convoglio di 1.000 t. Il nostro Brennero, con pendenze minori e locomotive più moderne, potrebbe fare molto meglio. Altra dimostrazione che le strozzature non sono sui valichi, per lo meno non sul nostro.

Puntare sul Tunnel di Base al Brennero significa gettarsi in un'avventura senza ritorno, con vantaggi tutti da dimostrare. I tunnel di base in progetto in Italia hanno infatti un'altra cosa in comune: la mancanza di un'attenta valutazione costi-benefici. C'è anzi chi dubita che benefici ce ne siano. Qualche settimana fa, la "Tiroler Tageszeitung" ha reso noto lo studio che la società svizzera "Prograns" ha elaborato per conto della società austriaca per il Tunnel di Base del Brennero, dunque per conto di chi il tunnel lo vuole costruire. Ebbene, a fronte di 4300 Tir che passano oggi quotidianamente sull'autostrada, la "Prograns" calcola che nel 2025 saranno 6516 se il tunnel non verrà costruito e 6483 se il tunnel sarà costruito. La differenza tra i due scenari è di 33 Tir al giorno. Venti miliardi di euro per risparmiare 33 Tir? C'è qualcosa che non funziona.

Come non funziona la mancanza ancora totale di un modello credibile di finanziamento, mentre continua il balletto delle previsioni sui costi. La BBT-SE, la società europea del Tunnel del Brennero, parla di 4,8 miliardi di euro. Karel van Miert, coordinatore del "Corridoio 1", parla di 7,4 miliardi, includendo il costo del denaro per finanziare l'opera. Il ministro dei trasporti austriaco Hubert Gorbach parla di 9 mi-

liardi. Max Herry, esperto di trasporti di Vienna incaricato di uno studio sul transito merci dai governi di Svizzera, Austria e Francia, ha parlato di 15 miliardi. E queste sono valutazioni che riguardano solo il Tunnel, mentre per le tracce d'accesso la stima ufficiale - per ora - è di 12 miliardi di euro. L'esperienza dice poi che cammin facendo i prezzi lievitano circa del 30%. La circonvallazione di Innsbruck è costata il 70% in più del previsto. I Tunnel del Gottardo e del Löttschberg stanno costando 1/3 di più del previsto. E lì siamo in Svizzera!

Su una cosa, invece, la nostra situazione sudtirolese è assolutamente diversa da quella di molte altre, a cominciare dal Piemonte: qui noi abbiamo l'autonomia speciale. Qui il governo - chiunque sia - non può passarci sopra la testa, come ha fatto in val di Susa dove ai pareri dei sindaci sul progetto di Alta Velocità non è stato risposto neppure con una ricevuta di ritorno. Qui lo statuto di autonomia e le competenze riconosciute alla Provincia impongono allo Stato l'intesa: senza intesa, senza il sì della Provincia, il Tunnel non si fa. Noi abbiamo questa fortuna: ebbene, usiamola!

Fino ad ora i poteri dell'autonomia speciale sono serviti a proteggerci un po' di più, a imporre una Valutazione di Impatto Ambientale più seria e partecipata, a ricevere risposte, a portare diverse modifiche nel progetto in questo o quel punto, in questo o quel cantiere. Tutto bene, ma esistono prescrizioni e prescrizioni. Quelle di dettaglio verranno certo rispettate, anche perché indicano soluzioni quasi sempre più razionali. Ma il problema sono le prescrizioni di fondo. Che vengano rispettate quelle, ho qualche dubbio.

Una delle richieste più importanti della Provincia riguarda la realizzazione contemporanea del Tunnel e della tratta di accesso Sud, da Fortezza a Verona, una richiesta più volte ripetuta in sede politica e sui giornali, che però non ho ritrovato ieri nella relazione del presidente Durnwalder. L'ho cercata, ho letto e riletto, ma non l'ho trovata. Durnwalder ha detto: *“Anche le tratte di accesso devono essere ampliate in modo da assorbire la capacità del tunnel, evitando di creare nuovi colli di bottiglia”*. Ha aggiunto poi: *“i disturbi per la popolazione devono essere ridotti al minimo, fatto che significa che le tratte di accesso dovranno essere costruite in sotterraneo”*. Ma Durnwalder non ha detto quando queste tratte di accesso debbano essere costruite, e questo fa la differenza! Il Presidente era stato più chiaro ad ottobre, al convegno internazionale Ibet all'Accademia europea. Ecco che cosa aveva detto in quella sede: *“Non siamo interessati quindi solo al tunnel di base del Brennero, ma anche ed in modo particolare alle tratte di accesso sud. E' importante a questo riguardo la contestuale realizzazione dell'intera linea, giacché avrebbe poco senso costruire il tunnel di base senza le nuove vie di accesso”*.

Queste sono parole un po' più chiare, sulle quali altrettanto chiaramente, nello stesso convegno, il responsabile della linea Verona – Brennero di Rfi, ingegner Antonio Ciaravolo, ha versato una abbondante doccia fredda ribadendo per l'ennesima volta che i tempi previsti dal progetto sono: Tunnel nel 2015, tratta d'accesso sud non prima del 2030, se si troveranno i soldi che non si trovano intanto neppure per il tun-

nel. La cosa è stata riconfermata qualche giorno fa in un vertice a Trento, da cui l'assessore alla mobilità Thomas Widmann è tornato con in tasca l'elenco dei lotti prioritari: Tunnel, Fortezza-Ponte Gardena e circonvallazione di Bolzano, annunciandolo ai giornali senza forse neppure accorgersi della fregatura che ci avevano rifilato. Se n'è accorta invece la collega Rosa Thaler che infatti ha subito dichiarato: "Se è così, noi faremo come in val di Susa!".

E tuttavia anche in tutta questa storia degli annunci e contro-annunci c'è qualcosa che non funziona, il Landeshauptmann che all'Ibet dice una cosa e qui in aula un'altra, questo far finta di non capire tra Stato e Provincia, questo gioco delle parti tra Ferrovie e Giunta provinciale, questo rassicurare, ma lasciarsi sempre la scappatoia. C'è qualcosa che non va e dato che il diavolo si nasconde nel particolare, in questi giorni mi sono andato a ristudiare le carte. Ed eccolo qui, il diavolo, nascosto proprio nella delibera di approvazione della Valutazione di Impatto Ambientale approvata dalla giunta provinciale "ad unanimità di voti legalmente espressi". A pagina 3 si dice: "*La pianificazione delle due tratte complementari dovrà avvenire contemporaneamente a quella delle tratte prioritarie, anche qualora la realizzazione avvenisse in una seconda fase*". E a pagina 12, punto 23: "*Contemporaneamente con il progetto definitivo per la circonvallazione di Bolzano deve essere presentato anche un progetto di massima per il tracciato nella Bassa Atesina*". Ecco dunque la scappatoia lasciata aperta dalla stessa Giunta provinciale al Governo: qui è chiaro che i tempi sono sfalsati. Nel primo caso quando si ammette che le tratte di accesso possono essere realizzate in una seconda fase e, nel secondo caso, quando si chiede solo un progetto di massima nel momento in cui viene presentato quello definitivo per Bolzano, che è una delle tratte prioritarie. Ma quanto tempo passa da un progetto di massima e la costruzione effettiva? Ciaravolo, sicuro che gli atti ufficiali approvati dalla Giunta provinciale non lo obbligano in alcun modo, risponde: il 2030, quasi vent'anni dopo. E chissà cosa succederà anche allora.

Io credo che questa commedia debba finire, che alla gente bisogna dire la verità. O la Giunta provinciale riconferma la delibera che ho citato e che è dell'ottobre 2003, e allora però deve parlare chiaro con la popolazione della val d'Isarco e della Bassa Atesina e dire chiaramente che ha ragione Ciaravolo, che prima entrerà in funzione il tunnel e poi, 15 anni dopo se va bene, la tratta di accesso - col rischio però che a qualcuno venga in mente, come a Rosa Thaler, di dire: "E allora faremo anche noi come in val di Susa" - oppure la Giunta provinciale riformula il suo giudizio del 2003, o se preferite possiamo anche dire: chiarisce ulteriormente, precisa meglio il suo orientamento, visto che sono passati due anni, visto che dal Governo non arrivano le attese risposte, visto che le incertezze sui tempi e i finanziamenti non sono state dissipate, visto che la popolazione ha preso più coscienza dell'opera e non accetterebbe mai ritardi, visto che in val di Susa è scoppiata la rivolta, visto che non ci sarà più - speriamo - Berlusconi, insomma, trovate voi i motivi che ritenete più opportuni, ma l'importante è che si dica che condizione perché la Provincia rilasci la sua necessaria

intesa sul progetto, per esempio in sede di parere del Cipra, è che il Tunnel e la tratta di accesso sud entrino contemporaneamente in esercizio e che siano fatte come la Provincia le ha richieste. Questo mi pare il minimo della decenza, dopo le promesse pubblicamente fatte per tranquillizzare la popolazione.

Per il resto, i nostri dubbi sul quel tunnel di base dentro cui la Giunta provinciale si è cacciata non sono cancellati. Il nostro dubbio è che si scavi solo per scavare, per fare un favore a un'industria delle costruzioni che si basa su cemento e tondino, alla faccia – caro assessore Frick, cara assessora Gnechi - della decantata innovazione e della ricerca. Il nostro dubbio è che questi “buchi” sotto le Alpi resteranno cattedrali nel deserto, non sposteranno le merci dalla gomma alla rotaia, sottrarranno soldi al resto della rete ferroviaria e rinvieranno le soluzioni di altri 20 anni. Il nostro dubbio è che si trasformeranno in una catastrofe finanziaria e che i buchi nei monti diventeranno presto buchi nei conti. Se fosse per noi, la strada sarebbe un'altra: la sospensione dei progetti di tunnel di base ad alta velocità, un piano straordinario per il pieno utilizzo delle ferrovie storiche, con le necessarie protezioni ambientali, una tassa sul traffico pesante su gomma su tutta la rete stradale e autostradale, sul modello della Svizzera, la dichiarazione delle Alpi come "zona sensibile", con misure aggiuntive di protezione ambientale e limitazione dei transiti ai sensi della "Convenzione delle Alpi" e del "Libro bianco sui trasporti dell'Unione Europea". Solo dopo questa “cura venostana” - e comunque non prima che i valichi storici siano utilizzati almeno al 60% delle loro capacità - avrà senso tornare a chiederci se ci serve ancora una galleria di base ad alta velocità.

Mi avvio a concludere.

Sehr geehrter Landeshauptmann, ich glaube zu wissen, was Sie gerade denken. Sie werden mir antworten: „Ich bin mit vielen dieser Überlegungen schon einverstanden! Unsere schöne Natur, unser schönes Land, ich bin der erste, der das alles retten und schützen will“. Ich vertraue Ihnen, lieber Landeshauptmann. Und ich glaube auch - und bin froh darüber - dass es zwischen uns, was solche wichtige Sachen und Werte anbelangt, nur einen kleinen Unterschied gibt, nur einen dünnen, leichten, winzigen, geringen Unterschied, zum Glück!

Aber, wie gesagt, sehr verehrte anwesenden Mitglieder der Landesregierung, der Teufel steckt im Detail.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Holzmann, bitte!

HOLZMANN (AN): Non sarà un intervento molto lungo in quanto hanno già preso precedentemente la parola entrambi i colleghi del mio gruppo consiliare, però volevo fare alcune riflessioni in particolar modo sulla relazione del presidente della Giunta e su alcuni aspetti dell'economia e dei rapporti fra i gruppi linguistici in Alto Adige.

La situazione economica è sostanzialmente buona, ma ci sono all'orizzonte degli elementi di grande incertezza che caratterizzano un po' tutto l'occidente e che sono determinati dall'ingresso di nuovi Paesi che potendo contare su dei costi di manodopera molto bassi, sulla mancanza di garanzie sociali e sindacali, sulla mancanza di presupposti giuridici per quanto riguarda la tutela dei lavoratori e gli aspetti pensionistici, riescono, sul mercato globalizzato, a mettere in difficoltà le nostre aziende. Da alcuni anni molte aziende hanno chiuso le proprie sedi anche nella nostra provincia e si sono trasferite all'estero. Per noi è stata una perdita di risorse, di posti di lavoro, talvolta una perdita anche dal punto di vista economico perché hanno delocalizzato anche le sedi sociali e legali, e anche una perdita di cultura industriale. Ovviamente il settore più colpito è l'industria, ma altrettanta incertezza abbiamo per quanto riguarda il futuro di una parte di cultura dell'Alto Adige. Quando questi Paesi riusciranno ad acquisire la capacità di meccanizzarsi ulteriormente, faranno paura anche sui mercati europei con una vera e propria invasione dei prodotti.

Di fronte a questa situazione che non dipende da noi sarebbe importante cominciare a pensare come attrezzarci per il futuro. Nella relazione il presidente della Giunta provinciale dice che il turismo è il settore trainante, più importante della nostra economia, però non possiamo pensare di non difendere oggi la nostra industria che per molti anni è stata un po' messa sotto accusa in quanto era un'industria quasi esclusivamente italiana, oggi non lo è più, e che necessita di un approccio più pragmatico e anche più attento alle situazioni che si stanno lentamente evolvendo. Se i fenomeni della globalizzazione, della delocalizzazione verso paesi con basso costo di manodopera è un problema con il quale facciamo fatica a confrontarci, abbiamo però anche un fenomeno interno che ci riguarda da vicino e per il quale speriamo che per il futuro ci possano essere degli strumenti più agili di intervento. La provincia di Trento ad esempio da molti anni ha istituito una società che colma un vuoto e che è in grado di intervenire nel settore economico, in particolar modo nell'industria, rilevando aziende, risanandole e reimmettendole sul mercato. Noi non abbiamo uno strumento di questo tipo e invece soffriamo anche della concorrenza della vicina provincia di Trento per quanto attiene i costi dei terreni. Il caso della Intermeas di Caldano è emblematico, e che la Provincia di Trento venga "a fare la spesa" allettando e blandendo le aziende che sono qui di trasferirsi da loro è un fenomeno che ci preoccupa, ma per il quale possiamo trovare delle soluzioni. Se non possiamo impedire che uno trasferisca in Cina la propria produzione, come ha fatto Senfter, Thun e molte aziende molto più piccole, o in paesi dell'est, possiamo certamente attrezzarci perché le nostre aziende non vadano a finire nella vicina provincia di Trento. E questo significa intervenire sulle strutture, sui servizi, sui costi dei terreni attraverso gli strumenti urbanistici. Oggi abbiamo una situazione per cui i prezzi dei terreni da noi sono enormemente più alti rispetto altre realtà anche più avvantaggiate dal punto di vista di collocazione geografica. Pensiamo ad esempio alla provincia di Verona, che è vicina agli assi principali del traffico e del trasporto e che si è attrezzata da molti anni per sostenere un certo tipo di sviluppo. Noi

non pensiamo all'Alto Adige industrializzato, però pensiamo ad un Alto Adige dove i settori economici siano equamente distribuiti, dove non ci sia il rischio di basarsi su pochi settori che nel momento in cui dovessero entrare in crisi, determinerebbero dei contraccolpi gravissimi sull'economia. Un'economia sana deve essere gestita tenendo presente che ogni settore possa essere sviluppato insieme agli altri.

Credo che il turismo sarà una risorsa anche per il futuro, se saremo in grado di preservare, razionalizzare, conquistare nuovi mercati. Anche l'artigianato ha un suo spazio, però i settori più a rischio sono l'industria e l'agricoltura. Su questo forse qualche ulteriore riflessione andrà fatta per evitare di trovarci all'improvviso di fronte ad un problema certamente grosso.

Nell'affrontare questo ragionamento un po' generale sull'economia, non posso non rilevare anche la necessità di ulteriori infrastrutture. In questi anni è stato fatto molto. L'aeroporto è certamente un'opportunità molto importante, un'altra opportunità, anche se qualche volta viene vista erroneamente solo come luogo di studi è certamente l'università, che può fornire sviluppo, può essere un motore anche per l'economia, può fondersi anche con l'economia per progetti di comune interesse, quindi può essere un luogo attivo e non solo un luogo dove gli studenti vanno a studiare come era concepita fino a qualche anno fa.

Vorrei rivendicare anche a noi il merito di questa realizzazione, perché la battaglia per l'università l'abbiamo condotta per 20 anni, con alterne fortune, ma con un atteggiamento molto ostile per molto tempo. Poi si è compreso finalmente che l'università poteva essere una straordinaria opportunità per tutta la popolazione e anche per la nostra economia, quindi è stata realizzata. Altrettanto potremmo dire per l'aeroporto, per altre strutture importanti per la viabilità. Pensiamo alla Mebo. Purtroppo in Consiglio abbiamo le solite "cassandre" che rispetto a queste realizzazioni hanno espresso sempre pareri contrari, contrari alla Mebo, contrari alle varianti intorno ai centri abitati, contrari al tunnel di base del Brennero, all'aeroporto, contrari ad ogni cosa, ad ogni soluzione che portasse ad un maggiore sviluppo, ad un minor peso di determinate linee di traffico su una parte della popolazione. Mi riferisco anche al collega che mi ha appena preceduto nel suo intervento. Noi siamo invece dell'idea che gestire le linee di comunicazione pubbliche e private sia un compito abbastanza arduo e che ogni soluzione comporta comunque degli svantaggi per qualcuno. Certamente l'approccio nostro è ben diverso rispetto a coloro che non vorrebbero far nulla e che sono contrari tanto agli aerei quanto alle automobili e agli autotreni ma anche ai treni. Da questo punto di vista pensare di creare in Alto Adige un clima come quello che si è creato in val di Susa per quanto riguarda il nostro progetto del tunnel di base del Brennero, è quanto meno azzardato. Le situazioni sono molto diverse, e comunque vanno tenuti presente anche gli interessi nazionali di sviluppo di un intero Paese, anzi in questo caso di più paesi, perché non è un problema solo italiano, coinvolge più Paesi a nord dell'Italia e anche quelli che da sud accedono ai mercati europei. E' una grande opera che porterà benessere innanzitutto all'Alto Adige dove la maggior parte dei la-

vori verranno realizzati, quindi ci sarà un indotto molto importante per un considerevole periodo di tempo, ma sarà un'opera di grande rilevanza in futuro per tutte le comunità.

Per quanto riguarda il discorso più generale sull'economia, lamentiamo una certa incertezza in questi ultimi anni nel settore commerciale, con una politica un po' ambigua fra la difesa strenua e ad oltranza del piccolo commercio e la guerra ad oltranza alla grande distribuzione non alimentare. E' evidente che il mercato si propone e si impone. Se è vero come è vero che migliaia di nostri concittadini si recano oltre confine o a sud di Bolzano per accedere alle grandi strutture di vendita, è chiaro che l'Alto Adige da questo punto di vista non può rimanere un caso a sé stante, anche se pure noi siamo convinti della necessità di preservare un certo tessuto di commercio che si è sviluppato in maniera armonica con gli insediamenti urbanistici, che contribuisce al controllo del territorio, che contribuisce a svolgere un servizio importante per la popolazione non soltanto dal punto di vista commerciale. Ma è anche importante consentire un moderato sviluppo di strutture di vendita non soltanto alimentari ma di grandi dimensioni per contenere all'interno della provincia questa corsa agli acquisti che si sviluppa al di fuori dei nostri confini ormai da diversi anni. Ci pare di cogliere qualche segno di inversione di tendenza da parte della Giunta provinciale. Valuteremo in un prossimo futuro se queste tendenze si manifesteranno in maniera concreta.

Dicevo prima che il problema urbanistico coinvolge da vicino l'economia. I costi dei terreni sono veramente eccessivi, ma certi costi non coinvolgono soltanto il tessuto economico ma anche quello sociale. Comprare una casa in Alto Adige o affittarla è molto più caro rispetto alla vicina provincia di Trento, e questo deriva soltanto dal fatto che i costi per l'acquisizione delle aree sono notevolmente più alti rispetto ad una provincia che ha molte analogie con la nostra e soprattutto è a noi vicina. Quindi le linee urbanistiche che la Giunta provinciale si è data devono essere riviste, in particolar modo per quanto riguarda i comuni maggiori. Da anni sosteniamo la necessità che i comuni maggiori dovrebbero avere una maggiore autonomia urbanistica per poter individuare dei modelli di sviluppo tali da soddisfare le loro aspirazioni di crescita e sviluppo. Oggi non è così, anzi assistiamo ad un atteggiamento un po' remissivo da parte dei comuni nei confronti dell'amministrazione provinciale, perché in ultima analisi essa ha l'ultima parola sull'approvazione degli strumenti urbanistici dei comuni. Si tratta di una impostazione un po' verticistica che per lo meno, per quanto riguarda i quattro o cinque comuni maggiori dell'Alto Adige, potrebbe essere rivista in maniera un po' più estensiva.

Tra i motivi di soddisfazione che hanno caratterizzato alcune nostre battaglie ce n'è un'altra che mi piacerebbe ricordare in questa sede e che ci ha visti protagonisti per più di dieci anni: la trasformazione delle quattro aziende sanitarie in un'unica azienda al fine di razionalizzare i servizi e ridurre i costi. Ebbene, questa nostra idea di cui siamo stati gli unici promotori per molto tempo pare diventi realtà. Qui in questa sede vorrei congratularmi con l'assessore Theiner che ha creduto in questo progetto e

lo sta portando avanti. Sarebbe un grossissimo passo in avanti non soltanto nella riduzione dei costi, in quanto si ridurrebbe una parte di personale, soprattutto nei livelli più alti, ma per razionalizzare anche le strutture ospedaliere che oggi sono male utilizzate. Non ha senso mantenere reparti operatori negli ospedali più sperduti del territorio, perché purtroppo i medici chirurghi non devono avere solo una conoscenza teorica ma soprattutto una manualità, che si acquisisce con il numero di interventi. Se una persona deve subire un intervento chirurgico di un certo tipo non si rivolgerà all'ospedale di San Candido che di quegli interventi ne fa quattro in un anno, ma si rivolgerà più volentieri all'ospedale di Bolzano, dove ne vengono fatti 300 in un anno. E' chiaro che la qualità dell'intervento è molto diversa nelle strutture, ma quando si tratta di intervenire su un corpo umano poco importa che questo intervento venga fatto davanti alla porta di casa.

L'altro aspetto che volevo curare era quello dei rapporti fra gruppi linguistici. Certamente sono migliorati in questi anni, però rimane ancora un nodo politico grosso da risolvere. Da molti anni il gruppo linguistico italiano viene rappresentato nei posti di governo dalla minoranza e non dalla maggioranza degli italiani. Questo è un elemento negativo che non rende possibile il perfetto riconoscimento della comunità italiana con l'autonomia e la sua gestione e determina quel fenomeno che viene riconosciuto con il termine di "disagio". Questo si è manifestato anche in occasione delle recenti elezioni comunali, dove praticamente i partiti del gruppo linguistico tedesco si sono coalizzati, anche attraverso resistenze, per impedire che la maggioranza degli italiani potesse scegliere il proprio sindaco. Questi fatti che esamineremo in altra sede sono negativi per quanto riguarda lo spirito di collaborazione fra i gruppi linguistici.

Noi in questa occasione lanciamo due parole d'ordine per il futuro. La prima, costruire un tavolo di confronto con il gruppo linguistico italiano, affinché i problemi che ci sono vengano valutati non solo attraverso la mediazione dei partiti che fanno parte delle Giunte che rappresentano spesso una vera e propria minoranza all'interno del gruppo linguistico italiano, ma che questo confronto venga allargato anche a coloro che rappresentano il gruppo linguistico italiano in forma maggioritaria. L'altra sfida che vogliamo lanciare per il futuro, dopo aver lanciato alcune parole d'ordine che si sono realizzate, l'ultima è quella dell'unificazione delle quattro aziende sanitarie locali, è la lotta alla burocrazia. Noi crediamo che si possa razionalizzare, semplificare, rendere più trasparente il rapporto fra cittadino e provincia, che le leggi possano essere più comprensibili e semplici da applicare, che si possano razionalizzare le procedure, ridurre il personale, quindi ridurre i costi, liberare maggiori risorse da destinare ad altri capitoli del bilancio. In particolare a noi piace che la Provincia trovi in futuro per i servizi che deve dare al cittadino, soprattutto in termini di sanità e assistenza, maggiori risorse.

PRÄSIDENTIN: Es ist jetzt bereits nach 13.00 Uhr, deshalb unterbreche ich jetzt die Sitzung. Wir fahren um 15.00 Uhr fort.

ORE 13.02 UHR

ORE 15.06 UHR

(Appello nominale – Namensaufruf)

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Comunico ai colleghi del Consiglio che la consigliera Martina Ladurner ha partorito oggi, prematuramente, una bambina. Faccio gli auguri da parte di tutto il Consiglio a Lei e alla bimba.

Nell'ambito della discussione generale ai disegni di legge provinciali n. 81/05 e 82/05, ha chiesto la parola la consigliera Kury, a cui ricordo che ha ancora pochi secondi a disposizione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke schön, Herr Präsident! Ich nütze die 10 Sekunden, um den Landeshauptmann zu ersuchen, in seiner Replik explizit auf das Kapitel 12105 einzugehen. Es gibt hier 4,9 Mio. Euro, die - wie ich es verstehe - zu Gunsten des Flughafens gehen. Ich ersuche Sie um genaue Auskunft, weil hier ein Gesetz zitiert ist, welches eine sogenannte Bevorschussung regelt, allerdings nur formal, weil in Wirklichkeit der entsprechende Vertrag dann so ist, dass man einen Vorschuss auszahlen kann. Wenn allerdings das Geld vom Staat nicht zurückkommt, dann kann die Gesellschaft das Geld behalten. Für uns ist es doch sehr wichtig zu wissen, ob hier Gelder für die Flughafeninfrastruktur und Betreibergesellschaft vorgesehen sind. Danke!

PRESIDENTE: La parola al consigliere Baumgartner.

BAUMGARTNER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshauptmann ist am Anfang seines Berichtes auf die Grundsätze eingegangen, die unsere Politik begleiten sollen und die vor allem auch von der EU anerkannt und respektiert werden sollten. Für uns ist das deshalb so wichtig, weil wir nur dann überleben und eine Zukunft haben können, wenn diese Grundsätze auch eingehalten werden. Der Landeshauptmann zählt sie auf, es

sind vier: einmal die ländliche Entwicklung, sozusagen die Verhinderung der Landflucht, dann die Verteilung der lokalen Wirtschaftskraft auf viele kleine Zentren, die Arbeitsplätze in der Peripherie und viertens die Lebensqualität im ländlichen Raum. Es ist richtig, dass diese Punkte für uns lebensnotwendig und Grundlage für alle Bereiche sind. Es ist für mich ein Anliegen, mich hier zu Wort zu melden, weil gerade ein Bereich in dieser Sache zwar angesprochen worden ist, aber sicherlich einer Ergänzung bedarf. Es geht um den Bereich Handel.

Der Handel ist im Augenblick in aller Munde und ich fühle mich berufen, über dieses Thema meine Meinung zu sagen, denn seit 10 Jahren setze ich mich damit auseinander und war immer der Überzeugung, dass dieser Bereich nicht nur für sich alleine gesehen werden darf, sondern darüber hinaus auch seine soziale und gesellschaftspolitische Bedeutung niemals zu kurz kommen darf.

Ich bin sehr froh, wenn der Landeshauptmann in seinem Bericht sagt, dass es gar nicht in Frage komme, dass ins landwirtschaftliche Grün große Strukturen gepflanzt werden. Das ist sehr positiv und auch wichtig. Ich möchte diesen Teil in Richtung landwirtschaftliches Grün und auf die Zonen außerhalb der Städte ausweiten, nämlich auf die Gewerbegebiete. Ich möchte aus der Sicht der Betroffenen, der Kaufleute selbst, sprechen, wie für sie die Situation im Handel überhaupt ist. Vielen Betrieben und Kleinbetrieben, vor allem den Nahversorgern steht das Wasser buchstäblich bis zum Hals. Das ist nicht neu, das ist schon seit geraumer Zeit so. Die Krise im Handel ist international. Weil wir wissen, wie es großen Betrieben wie z.B. dem Unternehmen CONSUM in Österreich, jetzt dem Unternehmen KARSTADT QUELLE in Deutschland ergangen ist bzw. ergeht, wissen wir auch, dass die Krise im Handel keine zufällige Sache ist, sondern dass sich diese Entwicklung schon seit geraumer Zeit hinzieht. Was machen wir in Südtirol mit dieser Situation? Wenn wir wissen, dass diese Krise vor allem die kleinen Betriebe und die Kleinstbetriebe in besonderer Weise betrifft, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie man diesen Betrieben unter die Arme greifen kann. Südtirol hat Tradition, wenn es darum gegangen ist, die kleineren und mittleren Strukturen am Leben zu erhalten. Denken wir an die Zeit, wo der Bereich Gastgewerbe in Krise war. Sicher kann sich jeder von euch noch erinnern, wie man das damals gelöst hat. Damals wurde die Hilfe zugunsten der „unverschuldet Verschuldeten“ sehr viel kritisiert. Aber man hat damit das kleinstrukturierte Gastgewerbe in Südtirol praktisch gerettet. Damit setzte man eine Entwicklung in Gange, von der wir heute noch profitieren. Oder wäre es damals besser gewesen zu sagen, dass es die kleinen Betriebe doch nicht schaffen und man deswegen große internationale Konzerne aus Österreich oder Deutschland holen müsse? Das wäre ein Riesenfehler gewesen.

Denken wir an die Entwicklung in der Landwirtschaft. Wir hätten die Landwirtschaft sich selbst überlassen können, aber auch das wäre ein Riesenfehler gewesen. Damals haben wir die richtige Entscheidung getroffen und haben diese Bereiche unterstützt, weil wir ja auch von diesen abhängen. Wenn wir die Landflucht verhindern und

dafür sorgen wollen, dass die Arbeitsplätze draußen in der Peripherie erhalten bleiben, müssen wir diese Strukturen unterstützen. Wieso soll das alles für den Handel nicht gelten? Es wäre ein Riesenfehler, das Problem Handel in Südtirol zu lösen, indem man große Strukturen aufstellt. Damit würden wir hunderten von Betrieben das Wasser abgraben, hunderte Betriebe wären dem Tode geweiht. Das sind Traditionsunternehmen und Betriebe, die Südtirol zu dem gemacht haben, was es heute ist. Das sind diejenigen, die in den Gemeinden und Dörfern auch dafür gesorgt haben, dass ein Dorfleben stattfindet. Wie gesagt, das gilt nicht nur für den Handel, sondern für alle Bereiche!

Ich verstehe oft nicht, wieso wir glauben, die Problematik nur mit riesengroßen Betrieben und dem Aussiedeln in die Peripherie lösen zu können. Andere Länder haben das so gemacht, aber nicht immer mit gutem Erfolg. Man kann die Betroffenen, die damals und heute politische Verantwortung getragen haben und tragen, fragen und sie werden sagen, dass sie das eigentlich nicht so gewollt haben oder dass die anderen damals Fehler gemacht hätten. So geht es nicht, so können wir das Problem nicht lösen!

Es ist scheinbar nicht nur ein Problem der Betriebe, sondern auch der Konsumenten bzw. der Preisgestaltung. Jeder, der von Wirtschaft etwas versteht, weiß, wovon die Preise abhängen. Die Preise hängen von Angebot und Nachfrage ab, von den Betriebskosten, Mieten, Strom, Personalkosten und von der allgemeinen Wirtschaftslage, vom Umstand, ob es Arbeitslosigkeit gibt oder keine, ob es sich um ein armes oder reiches Land handelt. Ein reicheres Land hat natürlich höhere Preise. Ein Land mit hohem Tourismusaufkommen hat auch höhere Preise. Das ist automatisch, das geht Hand in Hand. In den Großstädten und Tourismuszentren Europas findet man sehr hohe Preise. Wir haben das Glück, eine gute Ausgangsposition und eine ausgezeichnete Wirtschaftssituation zu haben, es gibt keine Arbeitslosigkeit und das hat seinen Preis. Damit will ich überhaupt nichts rechtfertigen, sondern nur analysieren. Wenn wir nicht analysieren, werden wir höchstwahrscheinlich auch die falschen Entscheidungen treffen. Wenn man in die Strukturentwicklung politisch eingreift, muss man vorher wissen, wo die Probleme sind, wohin man will und wie man das Problem bereits an der Wurzel lösen kann. Das ist wohl unsere Aufgabe. Glauben Sie, dass wir durch eine Strukturbereinigung mit der Auslöschung von hunderten kleinen Betrieben in Südtirol, bei gleichzeitiger Ansiedlung von großen Betrieben und Einkaufszentren, das Preisproblem lösen würden? Wir werden es nicht lösen, das können Sie mir glauben, da habe ich genug Erfahrung! Glauben Sie nur nicht, dass der Einkaufstourismus in Griff zu bekommen ist, indem man Einkaufszentren außerhalb der Städte ansiedelt. Das funktioniert nicht. Und wie wir alle wissen, haben wir nicht so viel Grund und Boden zur Verfügung. Wie oft wird kritisiert, dass in Südtirol zu große Projekte gemacht werden? Im Handel ja, in anderen Bereichen nicht? Das frage ich mich. Auch hier gibt es Gründe zu sagen, dass wir Grund und Boden nicht zur Genüge haben, und folglich brauchen wir auch keinen Grund mehr, um die Fehler anderer nachzumachen. Außer wir wollen das größte Einkaufszentrum von ganz Europa errichten. Wenn wir

das größte von ganz Europa haben, dann kommen alle zu uns, weil es eine Attraktion ist, aber nur für die ersten zwei bis drei Jahre. In Amerika hat man das gemacht. Ich habe zwei Zentren besucht. Edmunton Mol war damals das größte Einkaufszentrum von Amerika, alle gingen dorthin und es gab dort sehr wohl Tourismus. Dann aber wurde das Einkaufszentrum Mol of Amerika in Indianapolis errichtet, und so ging es weiter und jedes hat nach der Anfangsphase den Reiz des Neuen schon bald verloren. In Europa gibt es das Einkaufszentrum Oberhausen, das lange Zeit das größte war. Es ist das modernste und das größte und alle glauben, dorthin zu müssen. Gleichzeitig aber veröden die Städte und die Peripherien. Sie werden entvölkert, sie werden vernachlässigt und schon bald gibt es dort keine Nahversorgung und keine Arbeitsplätze mehr!

Meines Erachtens ist die Lösung, für die bestehenden Strukturen bessere Voraussetzungen zu schaffen. Wir brauchen Sonderprogramme, so wie wir es auch in anderen Bereichen, in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe, gemacht haben. Die bestehenden Strukturen sind zu stärken. Die Fremden hereinzulassen, kann nicht die Lösung sein. Ich versuche gar nicht diese Problematik, zu verniedlichen. Aber so zu tun, als ob wir mit großen Strukturen, mit Einkaufszentren das Problem lösen könnten, ist mir zu kurzfristig. Noch ein letzter Gedanke zu diesem Thema, weil ich mich in diesem Bereich genügend fortgebildet habe, nämlich 10 Jahre lang. Einkaufszentren können nicht von den kleinen Kaufleuten selbst gemacht werden. Das ist in der Welt noch nirgends gelungen, nicht in Europa und nicht in Amerika. Diejenigen, die Einkaufszentren verwirklichen sind große Baufirmen, Immobiliengesellschaften, internationale Konzerne. Wenn diese in Südtirol wären, brauchen Sie nicht zu meinen, dass diese ihre erwirtschafteten Gewinne wieder in Südtirol investieren würden. Diese Unternehmer würden auch die Steuern nicht in Südtirol, sondern in der Schweiz, in Liechtenstein und anderswo zahlen.

Ich glaube, dass sehr wohl zu überlegen und darauf zu achten ist, was wir in diesem Bereich tun. Wenn ich sehe, wie die ganze Preisdiskussion abläuft, dann habe ich oft den Eindruck, dass jemand dahintersteht und von Macchiavelli gelehrten Tricks hundertprozentig beherrscht.

Nun zu anderen Themen, die hier angesprochen wurden und wichtiger Bestandteil des Berichtes des Landeshauptmannes sind. Der Brennerbasistunnel: Liebe Kolleginnen und Kollegen, logisch könnten wir sagen, das passt noch nicht und jenes funktioniert noch nicht, es gibt noch Probleme und folglich machen wir es nicht. So geht's aber nicht! Wenn jemand in der Politik Verantwortung trägt, muss er große Ziele, eine Idee und eine Überlegung haben. Interessanterweise haben wir ja alle die gleiche Vorstellung, alle wollen wir die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene. Wenn wir diese Verlagerung wollen, dann müssen wir alles dafür tun, dass sie auch stattfinden kann. Sie können nicht einfach sagen, weil die Züge nicht pünktlich sind, weil die Organisation nicht perfekt ist, weil man sich nicht sicher ist, wie der Brennerbasistunnel finanziert wird, bauen wir ihn nicht. Dann muss man

auch konsequenterweise gegen die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene sein. Die Verantwortlichen in der Politik müssen sagen, dass das ihr Oberziel ist, dass sie den Tunnel wollen und auch bauen werden. Man will die Verlagerung von der Straße auf die Schiene und folglich muss alles dafür getan werden! Ich weiß, dass man das nicht alles an einem Tag machen kann, aber das wird sich sukzessiv ergeben. Wir wissen, wo es heute Probleme gibt.

Wir wollen nicht nur die Umfahrung von Brixen, ich hörte sogar den Vorschlag, die Umfahrung von Bozen und Trient sei erwünscht. Ja glauben Sie, dass es nicht notwendig ist, das Eisacktal, das Unterland und das Wipptal zu umfahren? Die Betroffenen dort sollten offensichtlich zusehen, wie noch mehr Züge durch das Eisacktal, das Unterland und das Wipptal fahren, und Sie sagen, es würde schon reichen, wenn man Bozen und Trient umfahren würde. Mit dem geben wir uns nicht zufrieden! Deswegen sind wir in die Offensive gegangen. Wir wollen den Brennerbasistunnel und wir wollen auch bei der Ausführung des Baues mitreden. Deshalb ein Kompliment an die Landesregierung in dem Moment, wo sie sagt, dass man den Brennerbasistunnel will, ihn auf eine bestimmte Art und Weise will und dass man alles dafür tun wird, dass er gebaut wird. Das ist verantwortungsvolle Politik, nicht einfach nur zu sagen, dass das eine oder andere nicht passt und deswegen die Sache erst gar nicht gemacht wird, obwohl die Verlagerung von der Straße auf die Schiene notwendig wäre! Das ist mir alles viel zu kurzfristig. Ich glaube auch, dass diese Diskussion endlich einmal aufhören muss! Es kann nicht sein, dass man sich den Ball immer hin und her schiebt.

Innovation, wer macht die Innovation? Glauben wir nicht, dass das eine Universität oder die EURAC macht, oder wer auch immer! Diese tragen sicher auch dazu bei, aber in erster Linie müssen sie die Betriebe selbst machen. Das ist entscheidend und folglich ist es höchste Zeit, dass wir hier eine Koordinierung finden und die Voraussetzungen schaffen, dass die Innovation, Forschung und Entwicklung in unserem Lande so abläuft, dass sie auch erfolgreich sein kann. Da müssen alle an einem Strick ziehen und sich alle gegenseitig unterstützen. Das ist mit diesem Haushalt gewährleistet. Es nützen alle Strukturen nichts, wenn man nicht gleichzeitig auch in der Lage ist zu koordinieren und die Voraussetzungen zu schaffen, dass der eine den anderen unterstützt.

Immer wieder wird das Verhältnis zwischen der öffentlichen Hand und den Privaten angesprochen. Es gibt gewisse Dinge, die können und sollen die Privaten gar nicht machen, weil es öffentliches Interesse ist. Die Bereiche Wasserversorgung, Gesundheit usw. wollen wir niemals den Privaten überlassen, weil dann die einen oder anderen sicher zu kurz kämen. In Südtirol werden gewisse Dinge so und nicht anders gemacht, weil sie strategisch wichtig und entscheidend für die Entwicklung des Landes sind. Ein Beispiel ist das Thema Energie, über das hier sehr oft diskutiert wurde. In Südtirol hat niemand die finanziellen Mittel, die Energieversorgung so weit als möglich zu übernehmen. Wir, die öffentliche Hand, müssen autark werden und den Grundstoff, den wir heute zur Verfügung haben, selbst in die Hand nehmen. Es ist strategisch

wichtig, dass das Land den Bereich Energie, die Wasserkraft in eigene Hände bekommt. Das ist so auch gerecht und wenn das so ist, dann hat die öffentliche Hand die Aufgabe, das auch zu bewerkstelligen. Ich weiß, dass das nicht einfach ist. Diejenigen, die hier die Verhandlungen geführt haben und die Verantwortung tragen, müssen sich immer wieder kritisieren lassen, weil sie nicht immer alles genau sagen würden. Auch von unserer Seite wird immer wieder nachgefragt und ich glaube, dass man den Zuständigen freie Hand lassen muss, damit die Voraussetzung geschaffen werden können, dass sie mittel- und langfristig diesen Teil lösen und klären können. Deshalb ist es auch wichtig, dass man hier eine klare Linie vorgibt und die Übernahme der öffentlichen Hand unterstützt.

Wenn wir zum Beispiel das Burgenland hernehmen, so wissen wir, dass der gesamte Wellness-Bereich eigentlich von der öffentlichen Hand aufgebaut wurde, weil keine anderen Mittel da waren. Hier und das ist es eben notwendig, dass die öffentliche Hand hilft, einen Wirtschaftsbereich aufzubauen, der dann aber wieder privatisiert wird. Das ist in vielen verschiedenen Ländern immer wieder passiert und ist auch richtig so. Dass die öffentliche Hand die Therme in Meran errichtet hat, sehe ich deshalb als richtig, weil dieser Bereich einfach wieder auf die Beine gestellt werden musste und zu unterstützen war. Die öffentliche Hand muss aktiv werden, um gewisse Bereiche aufzubauen und zu unterstützen.

Im ganzen Bereich Sanität und Pflegeversicherung braucht es ein Konzept, das auch umgesetzt werden kann. Es wurden bereits viele wichtige Schritte gemacht. Es ist endlich an der Zeit, die Fragen zur Sanitätsreform und Pflegeversicherung ausdiskutieren, abzuschließen und nächstes Jahr alles umzusetzen.

Sowohl der Bericht des Landeshauptmannes als auch der Haushalt sind eine sehr gute, zukunftsweisende Sache. Der Bericht enthält viele Dinge, die in die Zukunft weisen, und deshalb finde ich ihn sehr positiv. Ich erwarte mir, dass diese Dinge auch von meinen Kolleginnen und Kollegen mittel- und langfristig gesehen werden. Danke schön!

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich werde versuchen, so gut wie möglich auf die aufgeworfenen Themen einzugehen, wobei ich selbstverständlich nicht auf jede Frage antworten kann.

Ich beginne mit der Finanzautonomie. Wir brauchen und wollen die Finanzautonomie, und das ist nicht nur leeres Geplänkel. Allerdings ist es so, dass bei dieser Regierung sicher keine Finanzautonomie zu erreichen ist. Eine Finanzautonomie ist nur dann realistisch, wenn der Föderalismus in Italien endlich umgesetzt wird. Das bedeutet, dass alle Regionen – sowohl jene mit Normalstatut, als auch jene mit Sonderstatut – die Finanzautonomie bekommen. Es wird in allernächster Zeit eine Reform durchgeführt werden müssen, und dabei wird es auch so sein müssen, dass auch die Gemeinden eine Finanzautonomie bekommen. Natürlich kann man das nicht voraus-

sehen, denn wir kennen diese Regierung ja mittlerweile sehr gut, und deshalb kann man nicht wissen, was dann effektiv kommen wird.

Von vielen Rednern wurde gesagt, dass gespart werden muss. Wir müssen versuchen, in ausgewogener Form für die verschiedenen Bereiche Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie sich entsprechend entfalten können. Kollege Pardeller hat gesagt, dass es beim Personal keine Einsparungen geben darf. Wir werden sicher niemanden entlassen, aber wir werden auch beim Personal Einsparungen vornehmen müssen, und zwar in der Form, dass bestimmte Bedienstete, die in Pension gehen, nicht mehr ersetzt werden. Es wird überprüft werden, ob es in dieser oder jenen Abteilung möglich ist, den einen oder anderen Mitarbeiter einzusparen. Wenn es sich um einen Bereich mit drei Mitarbeitern handelt, dann wird es natürlich keine Einsparungen geben, aber wenn es um einen Bereich mit 400 Mitarbeitern geht, dann muss es möglich sein, Einsparungen zu machen. Der Staat verlangt 1 Prozent an Personaleinsparungen, und ich glaube, dass das bei uns durchaus möglich ist.

Einige Kollegen haben gesagt, dass wir einfach in den Tag hineinregieren würden, ohne ein Ziel vor Augen zu haben. Jeder, der meinen Bericht und das Koalitionsprogramm dieser Amtsperiode mit etwas gutem Willen und Objektivität gelesen hat, muss zugeben, dass wir sehr wohl sehr klare Ziele haben, unabhängig davon, um welchen Bereich es sich handelt. Wir haben klare Vorstellungen. Das gilt auch für den Sanitätsbereich. Sie wissen, dass wir bereits versucht haben, im Bereich der Organisation der Sanitätsbetriebe entsprechende Änderungen vorzunehmen, damit wir doch etwas einsparen können. Auch im Bereich der Energie gibt es sehr klare Vorstellungen, und zwar nicht nur bezüglich der Übernahme von Kompetenzen. Wir würden uns sicher nicht weiß Gott wie ins Zeug legen, wenn wir nicht wüssten, dass dabei bestimmte Vorteile für die Bevölkerung herauschauen. Wie gesagt, jeder, der den Bericht objektiv und sachlich gelesen hat, sieht sehr wohl, dass klare Konzepte vorhanden sind. Das gilt auch für die ländlichen Entwicklungspläne und für die Vorbereitung für 2013, Kollege Heiss. Hier sind wir auf dem richtigen Weg! Natürlich wird nicht alles von heute auf morgen gehen, aber wir wissen ganz genau, was wir wollen, und deshalb werden wir uns bemühen, in diese Richtung zu gehen, und zwar mit kleinen Schritten, denn alles auf einmal geht eben nicht.

Es wurde auch gesagt, dass zuviel von der EU geredet würde. Wir müssen von der EU reden! Kollege Heiss, Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt, dass derjenige, der von der Sünde rede, auch gesündigt habe. Wir müssen bei unseren Forderungen schon Realisten sein! Wir glauben immer wieder, dass wir nur auf den Tisch schlagen müssten, und schon würden Rom und Brüssel zittern. So ist es nicht! Wir müssen uns selbst einschätzen können und wissen, wer wir sind. Wir sind tüchtige Leute und haben fleißige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber wir sind nicht so groß, um glauben zu können, dass sich die ganze Welt nach uns richtet. Wir werden auch schauen müssen, was um uns herum geschieht. Das gilt für den Verkehr, für die Wirtschaft und auch für die Politik. Wenn wir glauben, den Verkehr in Europa aufhalten zu

können, dann werden wir uns täuschen. Wir werden uns eingliedern und schauen müssen, was wir für unsere Verhältnisse tun können. Als sensibles Gebiet können wir von Seiten der EU schon entsprechende Berücksichtigung verlangen. Wenn wir sagen, dass bei uns die Dinge so liegen, dann können wir Verständnis erwarten. Wir wollen kein Europa nach dem Vorbild der USA, sondern wir wollen ein Europa der Werte, wo die Vergangenheit noch etwas zählt. Vor allem aber wollen wir ein Europa der Regionen, wo die Verschiedenheit der einzelnen Regionen Platz haben muss. Kollege Seppi, Sie können sich doch nicht über jedes englische Wort aufregen! Der Begriff "Know How" wird auf der ganzen Welt gebraucht, und deshalb können wir uns nicht aufregen, wenn solche Begriffe auch bei uns zur Anwendung kommen. In Frankreich ist es ja fast verboten, einen englischen Begriff zu verwenden, aber früher oder später wird auch Frankreich auf den Boden der Realität zurückkommen müssen. Alles muss in einem gewissen Rahmen bleiben, ohne dass dabei die eigene Identität und Kultur aufgegeben wird. Selbstverständlich haben wir mit der Europaregion Tirol die Möglichkeit der internationalen Zusammenarbeit. Vergleichen Sie einmal das, was vor fünf Jahren da war, mit dem, was heute da ist, dann werden Sie selber sehen, welche enormen Fortschritte erzielt werden konnten. Wir müssen also von Europa reden! Wir müssen aber viel mehr Aufklärungsarbeit machen, denn wenn ich heute in Prettau oder Matsch bin, dann weiß mir der dortige Bauer keine Antwort auf die Frage zu geben, was ihm Europa bringt. Er wird sagen, dass ihm das nichts angehe, weil Europa viel zu weit weg sei. Deshalb werden wir mit den Leuten viel mehr über Europa reden müssen. Wir werden die Leute in die verschiedenen Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, einbinden müssen. Sonst wird das passieren, was auch in Frankreich und Holland passiert ist. Das, was dort geschehen ist, ist ein Ausdruck der Unsicherheit und zeugt davon, dass die Leute nicht wissen, was in Europa passiert. Die Europa-Abteilung wird in Zukunft noch mehr Sensibilisierungsarbeit leisten müssen, vor allem dann, wenn es darum geht, mit den zehn neuen EU-Ländern Programme zu erstellen.

Lassen Sie mich auch einige Worte über die Initiativen auf Staatsebene sagen. Auch diesbezüglich ist von Autonomie und von den jüngsten Entscheidungen bzw. Provokationen, die von Galan & Co. gemacht worden sind, geredet worden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch einige Worte zu dem sagen, was gestern anscheinend beschlossen sein soll. Ich habe die entsprechenden Unterlagen noch nicht bekommen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das Parlament wirklich so etwas Unverständliches und Groteskes beschließen könnte. Ich verstehe, dass die Regionen mit Normalstatut auf die Kompetenzen der Regionen mit Sonderstatut neidisch sind, aber man sollte nicht glauben, dass derjenige, der den einen um einen Kopf kürzer macht, dadurch um einen Kopf größer wird. Die römische Regierung redet ja immer wieder von Föderalismus, aber dann muss sie ihn eben auch endlich umsetzen. Galan würde besser daran tun, zu schauen, dass auch er diese Zuständigkeiten bekommt. Wir haben die Zuständigkeiten aufgrund international abgesicherter Rechte und Verträge zugesprochen bekommen! Es kann doch nicht sein, dass all jene Regionen, die an

Südtirol oder Trentino angrenzen, eine Sonderfinanzierung von zehn Millionen Euro bekommen sollen! Etwas Unverständlicheres gibt es wohl nicht! Sonderfinanzierungen müssen aufgrund objektiver Kriterien vergeben werden. Wir wissen ja, dass gerade dort, wo am meisten Geld hinkommt, am wenigsten getan wird. Ich bin davon überzeugt, dass der Verfassungsgerichtshof diesbezüglich in kürzester Zeit ein Urteil fällen wird, denn so etwas ist wirklich unmöglich. Galan und andere Kollegen sollten endlich einmal ihre falsche bzw. verfehlte Politik eingestehen. Sie investieren nur in die Zentren, da sie der Meinung sind, dass die Peripherie eh nichts bringt. Die Regierung täte wirklich gut daran, sich mit solchen Beschlüssen nicht international zu blamieren, denn wir werden nicht aufhören, die Regierung diesbezüglich entsprechend zu bewerten. Auf diese Art und Weise darf man Neidkomplexe sicher nicht abreagieren! Wir werden den entsprechenden Text abwarten und die Bestimmung dann anfechten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht angenehm zu regieren, wenn man bei jedem Finanzgesetz zittern muss. Man weiß nie, mit was man rechnen kann, denn jedes Mal wird das eine und andere in Zweifel gestellt. Dann muss man wieder betteln gehen und man bekommt es oder es wird anders ausgelegt und man bekommt es nicht. Wenn Italien den Stabilitätspakt einhalten muss, dann ist es selbstverständlich, dass auch wir unseren Beitrag dazu leisten. Deshalb verstehe ich, dass man auch von uns entsprechende Sparmaßnahmen verlangt, aber die Entscheidung, wie und wo eingespart wird, muss schon uns überlassen werden. Autonomie bedeutet ja, selber entscheiden zu können, aber auch selbst verantworten zu müssen. Es muss klare Verträge geben, die eingehalten werden müssen. Wir werden also weiterhin mit der Regierung verhandeln, um Einigungen zu finden, denn sonst werden wir vor den Verfassungsgerichtshof gehen.

Nun zu den Entscheidungen auf Landesebene, und dabei möchte ich mit der Sprache beginnen. Einige Rednerinnen und Redner haben vom Sprachgebrauch gesprochen. Es wurde gesagt, dass die Sprache in den Schulen nicht mehr ernst genommen würde und dass die Zweisprachigkeit nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form garantiert sei. Sie wissen, dass in der Zwischenzeit entsprechende Durchführungsbestimmungen erlassen worden sind. Jetzt ist es so, dass der Landeshauptmann oder der Regierungskommissar entsprechende Gleichstellungszertifikate erlassen kann. Wir werden in dieser Richtung weitergehen, aber die Matura bzw. Reifeprüfung wird sicher nicht als Zweisprachigkeitsnachweis gelten. Wir werden auch streng darauf achten, dass diejenigen, die diese Zertifikate bekommen, wirklich auch zweisprachig sind. Kollege Pahl, auch bezüglich der Hochsprache sind in letzter Zeit in den Schulen Fortschritte erzielt worden, wenngleich noch das eine und andere verbessert werden kann. Ich glaube aber, dass es in die richtige Richtung geht, und diesbezüglich hat uns die PISA-Studie ja kein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ich bin auch der Meinung, dass wir einen weiteren Schritt machen müssen, um die Unterwanderung des Proporz vermeiden zu können. Wir müssen versuchen, dass jeder, der sich einer Sprachgruppe zugehörig erklärt, bei öffentlichen Wettbewerben wenigstens eine Prüfung in der

Muttersprache ablegen muss. Wenn ein Richter aus Rom, der sich der deutschen Volksgruppe zugehörig erklärt, in Bozen Richter werden will, dann kann man von ihm schon verlangen, dass er wenigstens eine schriftliche Arbeit in der deutschen Sprache ablegt. Heute ist es ja so, dass man die Sprache des Wettbewerbes wählen kann. Es kann also sein, dass ein Italiener, der sich der deutschen Sprache zugehörig erklärt hat, die Wettbewerbsprüfungen in italienischer Sprache ablegt, dann die Stammrolle erhält und eine Stelle besetzt, die eigentlich für die deutsche Sprachgruppe reserviert wäre. Ich hoffe, dass die diesbezüglichen Verhandlungen weitergehen.

Zum Sozialbereich. Frau Kollegin Kury, ich bemühe mich schon, nach Möglichkeit eine halbwegs gerechte Politik zu betreiben. Sie können sicher sein, dass uns die Familienpolitik sehr am Herzen liegt. Während im Bereich des Sozialwesens in ganz Europa Kürzungen und Streichungen vorgenommen worden sind, haben wir im heurigen Jahr weitere 50 Millionen Euro von Seiten der Region und 25 Millionen Euro von Seiten des Landes für diesen Bereich bereitgestellt. Wir wollen, dass der neuzeitlichen Definition von Familie Rechnung getragen wird. Vor allem Familien mit Kindern muss geholfen werden, unabhängig davon, ob es dieses oder jenes Rechtsverhältnis gibt. Mit diesem Geld werden sicher nicht alle Probleme gelöst, aber wir sind schon der Meinung, dass es in die richtige Richtung geht. Auf Landesebene geben wir Familien mit Kindern mit einem Alter bis zu drei Jahren 80 Euro monatlich, und ich glaube schon, dass das eine Anerkennung der Familie ist! Wir fördern auch Strukturen und Einrichtungen, die für alle von größter Bedeutung sind. Außerdem kommen noch 50 Millionen Euro von der Region, und damit kann sicher vielen Familien geholfen werden. Seit dem 1. August dieses Jahres haben mehr als 26.000 Familien ein Gesuch eingereicht, was beweist, dass diese Maßnahme gut ankommt. Diese Maßnahme ist einkommensgebunden, und das ist wohl im Interesse von uns allen. Ich glaube, dass diese Maßnahme für die Familie nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir haben auch eine ganze Reihe anderer Dinge für die Familie gemacht. Das Institut für sozialen Wohnbau hat wohl noch nie so viele Sozialwohnungen gebaut wie heute. Auch wurden noch nie so viele Wohnungen, die von Genossenschaften oder Einzelpersonen errichtet werden, unterstützt. Dieses Sonderprogramm läuft bis zum Jahr 2007, und bis zu diesem Zeitpunkt möchten wir 10.000 Wohnungen finanzieren. Auf der anderen Seite möchten wir auch noch 1.000 Sozialwohnungen bauen. Natürlich werden wir das Wohnungsproblem damit nicht zur Gänze lösen, aber wir müssen schon zugeben, dass das einmalig ist. Sie können sagen, was Sie wollen: Das ist die einzige Möglichkeit, damit Wohnungen beim Kauf billiger werden und die Mietpreise sinken! Da können wir herumreden, wie wir wollen. Wenn wir nicht hergehen und mehr Wohnungen bauen, dann werden die Preise immer hoch bleiben. Wenn die Ankaufspreise hoch sind, dann sind automatisch auch die Mietpreise hoch. Deshalb sollten wir mit diesem Programm weiterfahren, und das ist auch im Interesse der Familien.

Der Kollege Leitner hat in diesem Zusammenhang gesagt, dass nur Ausländer Wohnungen bekommen würden. Er hat sogar gesagt, dass fast 50 Prozent der So-

zialwohnungen an Nicht-EU-Bürger gehen würden. Ich nehme die Zahlen her, die man hier heute gegeben hat, und ich bin davon überzeugt, dass niemand ein Interesse daran hat, sie zu fälschen. Wenn wir das Wohnbauinstitut hernehmen, so gibt es insgesamt 11.668 Wohnungen, von denen 338 von Nicht-EU-Bürgern besetzt sind. Deshalb kann niemand sagen, dass nur Ausländer Sozialwohnungen bekommen würden. Im Jahr 2004 haben 2.935 italienische Staatsbürger, 4 EU-Bürger und 36 Nicht-EU-Bürger ein Gesuch um eine Sozialwohnung eingereicht. Deshalb dürfen Sie auch hier nicht sagen, dass die Einheimischen überhaupt nichts mehr bekommen würden. Im Jahr 2004 sind 6.345 Gesuche um Wohngeld eingereicht worden. Davon stammen 1.580 von Nicht-EU-Bürgern. Bitte sprechen Sie also nicht von 50 Prozent! Wenn Sie so etwas sagen, so schüren Sie damit den Hass. In erster Linie müssen wir natürlich versuchen, den Leuten in ihren Heimatländern zu helfen und sie nicht hier herzulocken. Wir müssen auch neue Formen der Schule suchen, denn die Kinder müssen hier ja auch zur Schule gehen, aber diesbezüglich hat der Kollege Saurer schon etwas vorgelegt. Noch etwas, Kollege Leitner. Diese Personen kommen ja nicht zu uns, um hier Urlaub zu machen. Diese Leute haben in ihren Heimatländern nicht zu leben. Deshalb gehen sie dorthin, wo sie gebraucht werden. Natürlich müssen wir schauen, das richtige Maß zu finden, aber die Kollegin Gnecci wird jedes Jahr von den Wirtschaftstreibenden damit bombardiert, dass es mehr ausländische Arbeitskräfte brauche. Kollegin Klotz, es gibt eine Ansässigkeitsklausel, und zwar fast in jedem Bereich. Es kann doch nicht sein, dass jemand, der eine andere Hautfarbe hat als wir, für zwanzig Jahre keine Hilfe bekommen darf!

KLOTZ (UFS): *(unterbricht)*

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): In gewissen Bereichen sind es sogar fünf Jahre! Wenn der Kollege Leitner sagt, dass die Nicht-EU-Bürger in den Krankenhäusern eine kostenlose Betreuung bei der Zahnbehandlung bekommen würden, während die Einheimischen dafür zahlen müssen, so muss ich ihm Folgendes sagen: Ich habe mir die von Ihnen zitierte Einrichtung genau erklären lassen. Sie wissen, dass SARS und andere gefährliche Krankheiten herumschwirren, und deshalb ist es wohl klar, dass wir entsprechende Vorbeugemaßnahmen treffen müssen. Deshalb hat sich ein Kreis von Medizinerinnen zusammengetan, die diese Leute kostenlos untersuchen, und zwar in unserem Interesse. Dabei werden sowohl die Gemeldeten, als auch die Nicht-Gemeldeten untersucht, damit rechtzeitig festgestellt werden kann, ob eine Gefahr besteht oder nicht. Das sind wir unseren Bürgern schuldig! Wir stellen diesen Ärzten kostenlos einen entsprechenden Raum zur Verfügung, und mehr zahlen wir nicht. Wenn diese Gefahr gebannt ist, dann ist natürlich alles anders, aber zur Zeit würden wir fahrlässig handeln, wenn wir diesbezüglich nichts tun würden. Vielleicht haben Sie das nicht gewusst, Kollege Leitner, aber jetzt wissen Sie es, und deshalb sollten Sie es den Leuten sagen, denn sonst entsteht ein total falsches Bild.

Nun zu unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, für die wir, wie ich glaube, sehr viel getan haben. Denken Sie nur daran, wie viel für die Heimbetreuung und für die offene Altenbetreuung ausgegeben! Dasselbe gilt für die Altenwohnungen, Mensen, Altersheime, Langzeitkrankeneinrichtungen usw. Ich möchte nicht sagen, dass wir das Programm in diesem Bereich bereits fertiggestellt haben, denn wir bräuchten 4.900 Pflegebetten, und zur Zeit haben wir 3.600. Aber wir sind auf dem richtigen Weg, und ich glaube schon, dass wir bewiesen haben, dass wir für die alten Leute etwas tun. Ich habe auch gesagt, dass wahrscheinlich die Pflegeversicherung kommen müssen wird. Da können wir machen, was wir wollen. Wenn wir im Alter abgesichert sein wollen, dann werden wir uns darauf vorbereiten müssen. Das soll eine Zwangsversicherung sein, wobei für diejenigen, die unter einem gewissen Einkommen liegen, die Region bzw. das Land einspringen wird. Wir würden fahrlässig handeln, wenn wir jetzt nichts tun würden, nachdem wir wissen, wie es in Zukunft mit den Renten ausschauen wird.

Ein paar Worte auch zum Thema "soziale Armut". Es gibt die soziale Armut, und im Jänner wird die Landesregierung eine eigene Sitzung zu diesem Thema abhalten. Ich muss Ihnen allerdings sagen, dass man diese Armut schon auch hinterfragen muss, denn sie hängt vor allem auch damit zusammen, dass die Lebenshaltungskosten bei uns höher sind. In diesem Zusammenhang wurden auch die Einkaufszentren angesprochen. Ich bin der Meinung, dass wir in unserem Lande eine Struktur haben, die es ermöglicht, dass es noch in jedem Dorf ein Geschäft, eine Bar, ein Restaurant usw. gibt. Das ist Lebensqualität, und diese muss erhalten werden! Allerdings werden wir auch schauen müssen, dass die Strukturen vergrößert werden können, damit sie ein gewisses Angebot von Waren führen können. Wir werden auch einige größere Strukturen brauchen, denn wir sehen ja, dass die Leute nach der Reihe ins benachbarte Ausland zum Einkaufen fahren. Natürlich werden wir keine Einkaufszentren auf der grünen Wiese errichten, aber in den bewohnten Gebieten müssen wir unbedingt auch einige größere Strukturen zulassen. Die Landesregierung wird sich in den nächsten Monaten damit beschäftigen und dann festlegen, inwieweit größere Strukturen zugelassen werden können.

Nun zum Thema "Verkehr". Es ist schon gut und recht, wenn gesagt wird, dass man schauen muss, dass der Verkehr verschwindet bzw. auf ein Mindestmaß reduziert wird. Ich bin auch voll damit einverstanden, wenn gesagt wird, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen. Aber der Verkehr kann nicht weggeredet werden. Auch in der Schweiz hat man gesagt: "Wir haben ein Programm, das wir umsetzen wollen!" So ist es auch bei uns. Auch wir sind der Meinung, dass es keine weiteren alpenüberschreitenden Autobahnen mehr braucht. Es braucht auch keine dritte Autobahnspur. Wir sind auch der Meinung, dass wir die vorhandene Eisenbahnlinie vorwiegend für den lokalen Verkehr benötigen, aber wenn wir wollen, dass die Züge im Halbstundentakt verkehren, dann muss man auch sagen, dass auf der bestehenden Eisenbahnlinie derzeit nicht auch noch die Kapazität für den gesamten Güterverkehr besteht. Wir wis-

sen ja, dass der Verkehr durch die Entwicklung im Osten zunehmen wird. Wir müssen rechtzeitig reagieren, denn wenn wir erst dann reagieren, wenn der Kollaps bereits vorhanden ist, dann wird es nichts mehr nützen. Wir wollen in Südtirol eine zweite Eisenbahnlinie. Die bestehende Linie soll dem Personenverkehr dienen, die andere dem internationalen Verkehr. Alle schreien immer, dass die Dörfer umfahren werden müssten, und deshalb möchten wir eine große Umfahrung von ganz Südtirol erreichen. Der internationale Warentransport soll an unserem Land vorbeigeführt werden, wenn möglich unterirdisch, ohne dass wir ihn sehen, hören und riechen. Deshalb verstehe ich diejenigen, die gegen so etwas sind, nicht! Natürlich wird es während des Baus des Brennerbasistunnels Störungen geben, aber dann dürfte man ja auch nie ein Haus sanieren. Jeder, der einmal ein Haus saniert hat, weiß, dass es während der Sanierung die eine und andere Unannehmlichkeit gibt. Dann gibt es auch diejenigen, die sagen, dass es keine Sicherheit gibt, dass der Brennerbasistunnel dann auch für den Güterverkehr benützt wird. Kein Mensch der Welt wird hergehen und sagen: "Wir geben so und so viele Milliarden Euro aus, um diesen Tunnel zu bauen, aber benutzen tun wir ihn nicht." Natürlich braucht es auch Maßnahmen von Seiten des Staates und des Landes, denn wenn Zuständigkeiten vorhanden sind, dann kann man die Unternehmer ohne weiteres dazu verpflichten, die Güter auf der Schiene zu transportieren. Bei einem derartigen Großprojekt ist es wichtig, die Entscheidungen jetzt zu treffen. Natürlich müssen wir die Leute aufklären, Kollege Dello Sbarba. In jedem Dorf hat es Versammlungen zum Brennerbasistunnel gegeben, und in der Festung von Franzensfeste soll ja ein Info-Zentrum für den Brennerbasistunnel errichtet werden. Wir tun, was wir können! Auf jeden Fall müssen wir es so weit bringen, dass die Güter unterirdisch transportiert werden, und zwar sowohl im Eisacktal, als auch im Unterland. Das ist vor allem im Interesse der Bevölkerung, die an dieser Strecke wohnt. Wir werden auf jeden Fall in diese Richtung weiterarbeiten. Zur Zeit sind wir in der Planung. Wir haben die entsprechenden Zusagen, dass fünfzig Prozent der Geldmittel von Brüssel kommen. Als EU-Kommissar Barrot in Südtirol war, hat er die Zusage gemacht, dass die EU die Geldmittel für den Brennerbasistunnel von zwanzig auf fünfzig Prozent erhöhen werde. Wir werden uns bemühen, einen noch höheren Beitrag zu bekommen. Ich weiß schon, dass die Zulaufstrecken die schwache Stelle sind, denn ohne Zulaufstrecken braucht es auch keinen Brennerbasistunnel. Da müssen wir auch den Staat in die Mangel nehmen, denn der Staat kann nicht einfach hergehen und sagen: "Ich baue den Tunnel und der Rest geht mich nichts an." Der Teil bis Waidbruck muss unterirdisch verlaufen, denn sonst hätte der ganze Tunnel keinen Sinn. Dann geht es aber auch um die Umfahrung von Bozen und um das Unterland, und da müssen wir auch auf eine unterirdische Trasse bestehen. Ich war und bin sehr oft in Brüssel, und ich muss Ihnen sagen, dass der Brennerbasistunnel für Brüssel eines der wichtigsten Projekte Europas ist. Van Miert ist auch ein Garant dafür, dass sich in diesem Bereich etwas bewegen wird.

Die Straßen werden wir so ausbauen, wie es notwendig ist. Jemand, der sagt, dass die Pustertaler Straße nicht ausgebaut werden darf, lebt auf dem Mond! Schauen Sie sich die heutige Pustertaler Straße an! Wir wollen ja keine Rennstrecke, sondern wir wollen die Straße sicherer machen und sie so machen, dass die dortige Bevölkerung leben kann. Wir wollen die Pustertaler Straße internationalen Standards anpassen, und deshalb kann mir niemand sagen, dass das weiß Gott welche Schäden an der Landschaft hervorrufen würde. Die Umfahrungen von Vintl und Kiens müssen gemacht werden. Dasselbe gilt für den Vinschgau, denn auch dort werden wir einige Ortsumfahrungen machen müssen.

Noch etwas zu den Bahnhöfen. Wir sind dabei, Verträge mit den Gemeinden abzuschließen, damit die Gemeinden die Bahnhöfe für die nächsten 25 Jahre übernehmen können. Dann können die Bahnhöfe ausgebaut, Parkplätze geschaffen und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Zum Thema Energie. Die Konzessionen sind auf zehn Jahre verlängert worden. Sie wissen, dass man hier auf ein ganz falsches Dekret Bezug genommen hat, denn wir haben die Verlängerung der Konzessionen nicht aufgrund des Bersani-Dekretes, sondern aufgrund einer Durchführungsbestimmung erhalten. Auf jeden Fall werden wir das anfechten, denn man kann nicht sagen: "Ihr habt die Zuständigkeit, aber die Verlängerung machen wir." Deshalb werden wir uns hier vor dem Verfassungsgerichtshof treffen. Auch von der Alternativenergie war die Rede, und ich muss sagen, dass wir in Südtirol Alternativenergie brauchen. Vor allem aber brauchen wir erneuerbare Energie. Sie wissen, dass wir bestrebt sind, innerhalb der nächsten drei Jahre soweit zu sein, dass über 50 Prozent des notwendigen Energiebedarfes mit erneuerbarer Energie gedeckt werden können. Wir sind jetzt schon bei 42 Prozent, und dies ist eine tolle Sache, denn das gibt es in keinem einzigen europäischen Land. Bezüglich der Elektrizität müssen wir schauen, dass wir die Zuständigkeit bekommen. Ich teile die Meinung derjenigen, die sagen, dass wir nicht den letzten Tropfen aus den Bächen ableiten dürfen, aber wenn es umwelt- und landschaftskompatibel ist, müssen wir auch die Wasserkraft nutzen. Die Wasserkraft ist nicht für Spekulationen da. Wenn es darum ginge, die Stahlwerke in Bozen oder die MEMC in Sinich mit Strom zu beliefern, so würde sich sofort jemand finden. Wenn es aber darum ginge, einen Bergbauernhof in Walten mit Strom zu beliefern, dann würde man niemanden finden. Die MEMC konsumiert sicher mehr Strom als das ganze Passeiertal zusammen. Wenn die Konzessionen neu vergeben werden, dann werden wir auch die Restwassermenge berücksichtigen. Wir haben auch mit den Etschwerken längere Zeit verhandelt, wobei es aber noch zu keiner Einigung gekommen sind. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir zu einer Einigung kommen werden.

Ein Wort auch noch zu den Thermen von Meran bzw. zu deren Eröffnung. Es ist ein Blödsinn zu sagen, dass man ganz Südtirol hätte einladen sollen, denn wo hätten all die Leute Platz haben sollen? Aber die Mitglieder des Gemeinderates und des Landtages hätte man schon einladen können! Sie wissen, dass wir die Thermen

vom Staat übernommen haben, mit der Auflage, sie auszubauen. Wir haben die Thermen ausgebaut, und ich möchte dem Kollegen Pöder schon sagen, dass wir für die Thermen nicht 122 Millionen Euro ausgegeben haben. Wir haben 62 Millionen Euro ausgegeben, keinen Cent mehr! Für das Hotel und die Tiefgarage geben wir keinen einzigen Cent aus! Die Thermen sind unser Eigentum, und deshalb haben wir sie entsprechend ausgebaut. Sie werden auch noch einmal stolz auf die Thermen sein! Als der Botanische Garten in Meran eröffnet worden ist, hat der Kollege Pöder im "Morgentelefon" darüber gewettert, wie viel Geld dafür ausgegeben worden sei usw. Aber heute wird jeder zugeben müssen, dass der Botanische Garten eine Bereicherung für ganz Südtirol ist. Dasselbe gilt für die Thermen von Meran.

Stichwort "Fahrsicherheitszentrum". Sie alle wissen, dass wir ein Fahrsicherheitszentrum errichten wollen, und zwar im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Es gibt überall Fahrsicherheitszentren, und ich nehme einmal an, dass Sie sicher mit dem Betreiber des Nordtiroler Fahrsicherheitszentrums gesprochen haben. Derselbe hat gesagt, dass ein Fahrsicherheitszentrum ohne eine geeignete Teststrecke für Motorräder keinen Sinn habe, da die meisten Unfälle mit Motorrädern passieren würden. Kollege Pöder, damit ist natürlich nicht gemeint, dass Rennen veranstaltet werden. Ich bin gerne bereit, das in der entsprechenden Bestimmung zu präzisieren. Kürzlich waren Vertreter der Gemeinde Pfatten bei mir und haben gesagt, dass das Fahrsicherheitszentrum mit diesen Auflagen für sie in Ordnung gehe. Wir machen dieses Fahrsicherheitszentrum, um Leben zu retten und um nichts anderes! Ich bin davon überzeugt, dass diese Struktur, wenn sie seriös geführt wird, gut laufen und sich selber tragen wird. Ich bin auch gegen die Austragung von Rennen, aber ihr seht ja, wie es auf den Straßen zugeht. Wir geben jedes Jahr weiß Gott wie viele Tausend Euro aus, um Unfälle zu verhindern, aber ich glaube, es gibt wohl nichts Besseres, als in diesem Fahrsicherheitszentrum zu üben. Redet einmal mit Eltern, die Kinder durch Unfälle verloren haben! Zu den Panzern. Kein einziges Gerät wird in Bozen getestet, denn sie werden in der Industriezone getestet, und zwar in einer Zone, wo sich weitere Unternehmen ansiedeln könnten. Wenn die IVECO also bisher falsch produziert hat, dann wird sie auch in Zukunft falsch produzieren. Wir werden sicher nie dem Krieg das Wort reden, aber ihr wisst selber, was dort produziert wird. Ob diese Fahrzeuge nun in der Industriezone getestet werden oder auf einer bereits vorhandenen Piste, ...

PÖDER (UFS): *(unterbricht)*

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Ohne weiteres.

Abschließend noch ein Wort zum Ausverkauf der Heimat. Wir sind zur Zeit dabei, das Urbanistikgesetz zu überarbeiten. Dabei wollen wir vor allem Einschränkungen machen, aber wir müssen vor allem die Leute dafür sensibilisieren, dass sie die Regeln einhalten und den Einheimischen die Wohnungen verkaufen.

Die Zeit ist leider um, aber es gibt ja noch die Möglichkeit, im Rahmen der Artikeldebatte das Wort zu ergreifen.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Ha chiesto la parola il consigliere Leitner per fatto personale, ne ha facoltà.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich möchte noch kurz zum Thema Wohngeld sprechen. Herr Landeshauptmann, Sie zitieren mich in diesem Zusammenhang nie richtig, Sie hören nie zu. Ich habe nie von Wohnungen geredet, immer nur vom Wohngeld. ... Ja, aber offensichtlich hat der neue Präsident des Wohnbauinstitutes andere Zahlen als sie seine Vorgängerin hatte. Ich habe hier eine Anfrage vom Oktober 2005 und wiederhole, was ich damals gesagt habe: „Beim Wohngeld kassieren die Ausländer mittlerweile mehr als die italienische Volksgruppe.“ Stand 30. Juni 2005: die italienische Sprachgruppe hat 28,96 % und die Ausländer haben 29,50 % des insgesamt ausbezahlten Wohngeldes bekommen. Wenn ich die Mathematik richtig interpretiere, dann sind 29,50 % mehr als 28,96 %. Es geht mir hier darum, dass ich richtig zitiert werde. Ich habe nicht über die Wohnungen gesprochen, sondern über das Wohngeld! Seit es das Wohngeld gibt, beobachten wir diese Sache. Ich habe hier die entsprechenden Zahlen, beginnend mit dem Jahr 1987. Im Landtagswahlkampf von 2003 haben wir gesagt, dass die Ausländer 22 % kassieren. Ein Jahr später waren es 26 % und jetzt sind es 29 %. Ich zeige nur auf, wohin das führt. Dass man damit bei den Leuten nicht unbedingt auf Zustimmung trifft, haben Sie auch gesehen, sonst würden Sie ja keine Änderung vorschlagen. Sie haben selbst gesagt, das Land gäbe 22 Mio. Euro aus. Im 'Alto Adige' vom 15. Oktober d.J. sagten Sie, das wären „troppi“! Wir machen diese Anfragen regelmäßig, Jahr für Jahr und haben beobachtet, wie sich das entwickelt. Beim regionalen Familiengeld werden wir dasselbe erleben. Es ist einfach logisch: Wer mehr Kinder hat, bekommt mehr Kindergeld! Dass das zu einem sozialen Konfliktstoff führt, brauche ich Ihnen wahrscheinlich nicht zu sagen. Ich möchte, dass man auf das repliziert, was ich gesagt habe, und nicht auf das, was ich nicht gesagt habe. Zu den Wohnungen für Ausländer habe ich nichts gesagt. Das ist auf dem Tonband auch sicherlich so verewigt. ...

Also, es handelt sich hier schon um eine Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit, wenn ich hier falsch zitiert werde. Ich lasse mir nicht sagen, dass ich falsche Dinge in Umlauf bringen würde. Es handelt sich um Zahlen, die mir die ehemalige Präsidentin des Wohnbauinstitutes mitgeteilt hat. Vielleicht hat der neue Präsident jetzt andere Zahlen!

PRESIDENTE: Interrompo brevemente la seduta e convoco i capigruppo per parlare dell'ordine dei lavori.

ORE 16.33 UHR

ORE 17.06 UHR

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Drⁱⁿ VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder eröffnet.
Wir beginnen mit der Behandlung der Tagesordnungen.
Tagesordnung Nr. 1 ist zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Benzinpreise – alternative Treibstoffe.

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente il prezzo della benzina e i carburanti alternativi.

Angesichts der ständig steigenden Preise bei Benzin und Diesel nimmt der sogenannte Tanktourismus ebenso zu wie der gleichzeitige Abfluss von Steuereinnahmen. Andere Regionen des Staates nehmen seit Jahren eine staatliche Bestimmung in Anspruch, in grenznahen Gebieten die Steuern auf Treibstoffe zu senken. So können die Aostaner jährlich einen Freibetrag gratis tanken, die Lombardei gewährt in grenznahen Zonen Preisnachlässe und das Friaul arbeitet mit Bonuskarten. Wie die Preisbeobachtungsstelle des Industrieministeriums neulich festgestellt hat, werden in Südtirol mit die höchsten Preise für Benzin und Diesel verlangt. In Triest zahlt man demnach für 50 Liter Benzin um rund 10 Euro weniger als in Südtirol.

Rund zwei Drittel des Benzinpreises machen die verschiedenen Steuern aus. Aufgrund der geltenden Finanzregelung zwischen Land und Staat fließen 90 Prozent der Verbrauchersteuer und 70 Prozent der Mehrwertsteuer auf Treibstoff in den Landeshaushalt. Auf diese Weise kassiert das Land je Liter bleifreies Benzin rund 55 Prozent des Preises an der Zapfsäule und rund 50 Prozent für einen Liter Diesel.

Die aktuellen Treibstoffpreise beruhen auf drei Faktoren: der enormen Steuerlast, dem hohen Ölpreis und der Preistreiberei der Mineralölgesellschaften. Während das Land bei den beiden ersten Faktoren wohl keine Einflussmöglichkeit hat, ist dies beim Faktor Steuern sehr wohl möglich.

Eine weitere Ungereimtheit bilden die im Benzinpreis enthaltenen "einmaligen Steuern" (Kosten für den Abessinienkrieg, für die Suezkrise, für die Überschwemmung von Florenz, für das Erdbeben von Friaul usw). Diese als "una tantum" eingeführten Steuern betrug im Jahre 2000 noch 425 Lire je Liter Benzin.

Die Bürger haben sehr wohl Verständnis dafür, dass fossile Energieträger besteuert werden. Voraussetzung für dieses Verständnis ist

aber der Einsatz der Mittel für eine Verbesserung der Umwelt, für eine effektive Kostenwahrheit und nicht für das Löcherstopfen maroder Kassen.

Neben der Förderung bzw. Steuererleichterung von methangasbetriebenen Autos und von Autos mit Partikelfiltern sollte das Land auch nicht fossile Treibstoffe fördern. Ein Beispiel dafür ist mit Sicherheit das Rapsöl, das in verstärktem Maße auch in Südtirol zum Einsatz kommen könnte.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
DER SÜDTIROLER LANDTAG
die Landesregierung,

1. die Steuer auf Benzin und Diesel in dem Maße zu senken, wie es die geltenden staatlichen Bestimmungen zulassen;
2. bei der italienischen Regierung einzuwirken, dass die im Treibstoffpreis enthaltenen sogenannten "einmaligen Steuern" abgeschafft oder zumindest reduziert werden;
3. Versuche zu unterstützen, damit auch in Südtirol Rapsöl oder andere nicht fossile Energieträger als alternativer Treibstoff zum Einsatz gelangen.

Visto il continuo aumento del prezzo di benzina e gasolio, sono sempre più coloro che fanno rifornimento all'estero con conseguente diminuzione delle entrate fiscali. In altre regioni italiane si applica da anni una norma statale che consente di ridurre la tassazione dei carburanti nelle zone vicine alla frontiera. In Valle d'Aosta i residenti ricevono annualmente gratis una determinata quantità di benzina, la Regione Lombardia concede riduzioni nelle zone di confine e in Friuli è stato introdotto un sistema di buoni benzina. Stando ai dati rilevati dall'Osservatorio Prezzi del Ministero dell'Industria in Alto Adige si registrano i prezzi più alti per benzina e gasolio, per cui rispetto all'Alto Adige a Trieste per 50 litri di benzina si pagano circa 10 euro in meno.

Circa due terzi del prezzo della benzina sono tasse. In base all'attuale ordinamento finanziario il 90% delle imposte di consumo e il 70% dell'IVA sui carburanti ritorna nelle casse della Provincia. In questo modo la Provincia incassa ca. il 55% del prezzo alla pompa di ogni litro di benzina senza piombo e ca. il 50% di ogni litro di gasolio.

Gli attuali prezzi dei carburanti sono dovuti a tre fattori: il pesante carico fiscale, l'alto prezzo del petrolio e il gioco al rialzo delle compagnie petrolifere. Se su due di questi fattori la Provincia non ha modo di influire, può invece sicuramente fare qualcosa per quanto riguarda le imposte.

Un'altra cosa "strana" sono le varie una tantum contenute nel prezzo della benzina come le accise per finanziare la guerra di Abissinia, per la crisi di Suez, per far fronte all'alluvione di Firenze, per il terremoto del Friuli ecc. che nel 2000 ammontavano ancora complessivamente a 425 lire per ogni litro di benzina.

I cittadini capiscono e accettano che le fonti di energia fossile debbano essere tassate, ma a patto che il gettito sia destinato a favore di interventi per il miglioramento dell'ambiente, per un'effettiva verità dei costi e non per tappare i buchi di casse deficitarie.

Accanto agli incentivi o agli sgravi fiscali per automobili alimentate a metano e le automobili dotate di filtro FAP la Provincia dovrebbe favorire anche i carburanti non fossili. Un esempio è sicuramente l'olio di colza che potrebbe essere introdotto su vasta scala anche in Alto Adige.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale

- 1. a ridurre le tasse su benzina e gasolio, così come consentono le norme statali attualmente in vigore;*
- 2. a intervenire presso il Governo, affinché vengano abolite o almeno ridotte tutte le cosiddette una tantum contenute nel prezzo dei carburanti;*
- 3. a favorire i tentativi di introdurre anche in Alto Adige carburanti alternativi come l'olio di colza o altre fonti di energia non fossile.*

Das Wort hat Abgeordneter Leitner zur Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke Frau Präsidentin! Der Antrag ist klar gestellt und ist auch nicht neu, aber nach unserem Dafürhalten dringender denn je. Wir kennen alle die Belastungen für die Familien und wenn man einen Haushalt erstellt, bei dem man die Vorgabe gemacht hat, dass man vor allem im sozialen Bereich Entlastungen und Verbesserungen anstrebt, so denke ich, ist eines der grundsätzlichen Themen der Energieverbrauch, auch der Treibstoffverbrauch, nicht im Sinne von Verschwendung, sondern im Sinne von Erfüllung elementarer Bedürfnisse. Für viele Menschen ist das Auto eine Notwendigkeit. Letzthin haben wir auch über die Erhöhung der Pendlerzulage geredet. Es gäbe eine Reihe von Maßnahmen, die das Land, natürlich im Rahmen seiner Zuständigkeit und seiner Möglichkeit, setzen könnte. Wir wissen, dass die Steuer auf Benzin und Diesel natürlich eine Staatsangelegenheit ist, das Land hat aber einen gewissen Spielraum. Andere Regionen nützen diesen bereits aus. Wir möchten die Landesregierung ersuchen bzw. sie dazu verpflichten, die Steuern in dem Maße zu senken, wie es die geltenden Bestimmungen zulassen. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger. Man könnte vor allem darauf einwirken, indem die sogenannten ‚Una tantum-Steuern‘ endlich einmal abgeschafft werden, weil das mit einer Verbesserung der Straßensituation wirklich gar nichts zu tun. Wenn, dann sollte man diese Steuern über einen anderen Bereich einheben, aber nicht über die Steuer auf Benzin und Diesel. Weiters sollte man Versuche unterstützen, damit auch in Südtirol Rapsöl oder andere nichtfossile Energieträger als alternative Treibstoffe zum Einsatz gelangen. Ich erinnere daran, dass ein Schwerpunkt dieses Haushaltes Innovation ist. Junge Südtiroler haben sich, gerade was die Verwendung von Rapsöl anbelangt - vor wenigen Wochen im ‚Wirtschaftskurier der Dolomiten‘ groß dargestellt - bemüht, innovativ zu sein, sie forschen und entwickeln, und deshalb sollte die Landesregierung, wenn sie ihrem eigenen Auftrag gerecht werden will, das auch unterstützen. Das ist mit diesem

Beschlussantrag beabsichtigt: die steuergeplagten Bürger so weit als möglich zu entlasten!

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke Frau Präsidentin! Aus unserer Sicht ist es ziemlich klar, dass wir diesen Beschlussantrag nicht mittragen können. Wir denken, dass die hohen Benzinpreise sicher das Budget zahlreicher Autofahrer und damit Familien belasten - keine Frage! Zugleich sind aber auch hohe Benzinpreise ein wichtiges Korrektiv gegen ein Übermaß an Individualmotorisierung und wir wissen sehr genau, dass es andere Möglichkeiten gibt, um den Benzinkonsum bei den Autos und damit auch die Kosten zu senken. Wenn effizientes Fahren und bestimmte Fahrweisen eingeführt werden, lassen sich problemlos damit 20 bis 30 % Kraftstoff einsparen. Von daher glauben wir, dass dies der falsche Ansatz ist. Der aktuelle Benzinpreis ist sicher für den Staat und das Land eine zusätzliche und wohl auch unverdiente Einnahmequelle. Wir wissen aber auch, wie viele Südtirolerinnen und Südtiroler die Gelegenheit nutzen, um im benachbarten Ausland die Tanks aufzufüllen. Von Brixen nordwärts und vom mittleren Vinschgau aufwärts gibt es in dieser Hinsicht genügend Möglichkeiten. Wir glauben, dass dieser Ansatz zwar sicher gut gemeint ist und sozial entlastend wirken soll, können ihm aber wirklich nicht zustimmen. Wir denken auch, dass es sinnvoller wäre, wenn die Landesregierung einen Teil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der Verbrauchssteuer systematisch in ökologische Bereiche einsetzen würde. Das wäre ein guter und zielführender Ansatz! Die Frage der Verwendung von Rapsöl ist zwar in den letzten Tagen und Wochen öfters diskutiert worden, aber die Umweltfreundlichkeit des sogenannten Biodiesels ist bisher noch sehr stark umstritten. Auch von dieser Seite würden wir ein problemloses Einschwenken in diese Richtung nicht anstreben. Wir sind hier relativ entschieden gegen diesen Beschlussantrag.

FRICK (Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr – SVP): Wir sind gegen die Annahme dieses Beschlussantrages. Wesentlich für mich dabei ist zu unterstreichen, dass die Möglichkeit, von der der Einbringer hier spricht, durch autonome Entscheidungen etwas an der Steuerlast im Zusammenhang mit dem Benzin zu ändern, in Wirklichkeit, nach guter Prüfung der Sachlage, nicht gegeben ist. Hier gibt es eben diesen Unterschied zu anderen Regionen mit Normalstatut. Es hat auch schon die Gelegenheit gegeben, im Landtag darüber zu reden, und in der Zwischenzeit haben wir die Angelegenheit nochmals überprüft, aber es bleibt bei dieser rechtlichen Auskunft, dass wir keine Möglichkeit der Herabsetzung dieser Steuer haben.

Das andere Thema ist das Rapsöl. Ich möchte darauf verweisen, dass wir entsprechende Informationen eingeholt haben, die ergeben haben, dass das Rapsöl im Gegenteil zu dem, was man so vermuten würde, und im Gegenteil zu dem, was in manchen Zeitungen steht, sich nicht so eindeutig gut eignet, d.h. es gibt eine gewisse

technische Skepsis im Bezug auf die starke Verwendung von Rapsöl. Es bleibt aber dabei, dass wir dieses Thema weiter verfolgen und einen abschließenden Bericht dazu geben werden, sobald es technisch möglich ist.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 ab: mit 3 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Tagesordnungen Nr. 3 und 4 sind zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Partikelfilter für Dieselfahrzeuge – Feinstaubbelastung.

Ordine del giorno n. 5, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente i filtri antiparticolato per gli autoveicoli diesel e l'inquinamento da polveri sottili.

Noch vor wenigen Jahren wurde die Bevölkerung zum Kauf von Dieselfahrzeugen angeregt. Vor allem der im Verhältnis zu Benzinmotoren niedrigere Treibstoffverbrauch wurde als Argument ins Feld geführt. Aber auch der Unterschied beim Preis des Treibstoffes spielte eine Rolle. Seit wissenschaftliche Studien belegen, dass Dieselfahrzeuge in besonderer Weise für die Feinstaubbelastung verantwortlich sind, setzt ein Umdenken ein. Vor allem Ärzte warnen vor den Folgen der Belastung durch Feinstaub. Partikelfilter sind eine Möglichkeit, um den gefährlichen Schadstoffausstoß zu vermindern. Allerdings gibt es bei der Nachrüstung große Schwierigkeiten und nicht alle können sich ein neues Auto leisten, das mit einem Partikelfilter serienmäßig ausgestattet ist.

Während für die methangasbetriebenen Autos eine dreijährige Steuerbefreiung gilt, wird für Autos mit Partikelfilter nur für ein Jahr die Steuer erlassen. Diese Ermäßigung ist angesichts der Kosten für eine Nachrüstung nicht dazu angetan, viele Bürger zu einer Nachrüstung zu bewegen. Für die rund 300 methangasbetriebenen Fahrzeuge in Südtirol gibt es immer noch eine einzige Tankstelle im ganzen Land.

Der Südtiroler Landtag ist grundsätzlich überzeugt, dass die Gesundheit der Menschen vor wirtschaftliche Interessen zu stellen ist. Er drückt aber auch die Überzeugung aus, dass Maßnahmen zur Luftreinhaltung sozial ausgewogen sein müssen.

Um einen Anreiz und die finanzielle Möglichkeit für Bürger zur Anschaffung von Partikelfiltern zu schaffen, wird

*die Landesregierung
verpflichtet,*

die Steuerbefreiung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter auf drei Jahre auszudehnen.

Fino a pochi anni fa si incoraggiava la gente ad acquistare autoveicoli diesel facendo leva principalmente sul minore consumo di carburante rispetto alle auto a benzina ma anche sulla convenienza del gasolio.

Da quando tuttavia studi scientifici hanno dimostrato che i motori diesel sono una delle principali cause delle polveri sottili e da quando i medici mettono in guardia contro le conseguenze di questo tipo di inquinamento, le cose sono cambiate. Per ridurre queste emissioni pericolose si possono utilizzare i filtri antiparticolato, la cui installazione sui veicoli già in circolazione comporta tuttavia grossi problemi, e del resto non tutti possono permettersi di acquistare una macchina nuova munita di filtro antiparticolato di serie.

Mentre le auto a metano godono di un'esenzione fiscale triennale, le auto munite di filtro antiparticolato hanno solo un anno di sconto fiscale, il che alla luce dei costi di adeguamento del veicolo non costituisce un vero incentivo all'installazione del filtro. Va poi ricordato che per i circa 300 veicoli alimentati a metano immatricolati in Alto Adige c'è ancora un solo distributore in tutta la provincia.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ritiene in linea di principio che la salute delle persone venga prima degli interessi economici, ma è anche convinto del fatto che i provvedimenti contro l'inquinamento dell'aria debbano essere socialmente equilibrati.

Allo scopo di incentivare i cittadini e le cittadine a munire la propria autovettura di filtro antiparticolato,

si impegna

la Giunta provinciale

ad aumentare a tre anni l'esenzione fiscale per i veicoli diesel con filtro antiparticolato.

Das Wort hat Abgeordneter Leitner zur Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Ich werde mich auch hier sehr kurz halten. Zum einen möchte ich sagen, dass die Zahl von 300 methangasbetriebenen Fahrzeugen und einer Tankstelle nicht mehr stimmt. Gott sei Dank gibt es in der Zwischenzeit mehr Tankstellen. Bei Autos mit Erdgasantrieb und bei Hybridautos gibt es eine Steuerbefreiung von drei Jahren und deshalb sollte es bei den Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern auch eine dreijährige Steuerbefreiung geben, um wirklich einen Anreiz zur Umrüstung zu schaffen. Die Landesregierung geht mit dem Finanzgesetz einen Schritt weiter und hebt die Befreiung bei Dieselfahrzeugen mit Partikelfilter von einem auf zwei Jahre an, aber man sollte, um eine Gleichstellung zu den anderen Energieträgern zu erreichen, auch bei diesen Fahrzeugen die Steuerbefreiung auf drei Jahre anheben. Warum? Ein Partikelfilter kostet ungefähr 700 - 800 Euro, je nach Fahrzeugtyp. Wenn die Jahresautosteuer jährlich ungefähr 200 Euro beträgt, dann kommt man in etwa 3 Jahren - das sind dann ca. 600 Euro - auf die Summe, die die Nachrüstung kostet. Dann ist das auch wirklich ein Anreiz!

Es freut mich, dass auch der Landessozialausschuss der Volkspartei jetzt endlich dieses Thema aufgegriffen hat. Was nämlich am 8. Dezember geschehen ist, wo man das Fahrverbot aufgehoben hat, damit die Touristen alle in die Stadt strömen konnten, war zuviel des Guten. Wer das erfunden hat, der muss wirklich mit Nebel beschlagen sein! So eine unsoziale Bestimmung zu erlassen, haut dem Fass den Boden

nun wirklich aus! Man kann den Landsleuten doch nicht vormachen, dass sie das Auto stehen lassen sollen, weil die Luft ansonsten zu sehr verpestet wird, dann aber, wenn die Gäste von außen kommen - gegen die ich im Prinzip nichts habe, nur gegen die Ungleichbehandlung der Einheimischen und Gästen habe ich etwas - den Verkehr plötzlich dulden und das Fahrverbot für einen Tag aufheben. Wenn man wirklich eine Luftverbesserung will, dann darf man nicht jene bestrafen, die das Auto auch wirklich brauchen. Diesen wird ja die Steuer für die Zeit, in der sie nicht fahren dürfen, auch nicht erlassen! Ich weiß nicht, ob das vor dem Verfassungsgerichtshof halten würde, obwohl sich wahrscheinlich kein Bürger mit dieser Angelegenheit an den Verfassungsgerichtshof wenden würde. Wenn ich eine Steuer zahle, damit ich Auto fahren kann, und mir dann der Gesetzgeber das Fahren verbietet, obwohl ich die Steuer dafür schon bezahlt habe, dann ist das ungerecht! Für mich ist das auch ungesetzlich! Für mein Rechtsverständnis ist das im Prinzip gar nicht möglich. Die Menschen haben sehr wohl Verständnis dafür, ihren Beitrag zu leisten, aber es muss in einem richtigen Ausmaß gemacht werden. Wir wissen, dass der Hauptverursacher der Verkehr auf der Autobahn ist, auf der immer gefahren werden darf, der Hausbrand ist dann der zweite, wenn nicht vielleicht sogar der erste Hauptverursacher, und der Autoverkehr in der Stadt kommt erst irgendwann einmal auf der Liste der Hauptverursacher. Diese Autofahrer alleine zur Kasse zu bitten, ist weder klug noch sinnvoll und schon gar nicht gerecht!

Grundsätzlich schlagen wir vor, dass Fahrzeuge, ob alt oder neu, die mit einem Partikelfilter ausgerüstet sind, eine dreijährige Steuerbefreiung erhalten, um das vorgegebene Ziel auch leichter erreichen zu können.

PÖDER (UFS): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Es kann schon gut sein, dass man die Steuerbefreiung auf drei Jahre ausdehnt, trotzdem ist es im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen eine gewaltige Summe, die man für den Einbau des Partikelfilters aufwenden muss. Ich habe das gerade erst selbst bei meinem Fahrzeug machen lassen, und habe gesehen, dass das gar nicht so einfach ist. Es mag schon sein, dass es mittlerweile eine ganze Reihe von zugelassenen Partikelfiltern gibt, aber so einfach ist die Geschichte letztlich auch wieder nicht. Die Kosten für die Umrüstung des Fahrzeuges sind relativ hoch. Es ist auch die Frage des Versicherungsschutzes gestellt worden. Ich denke, dass dieser weiterhin gegeben ist, weil eine Versicherung bei einem Unfall nicht sagen kann, dass der Unfall aufgrund des nachträglich eingebauten Partikelfilters passiert ist. Wenn jemand ein Auto hat, das noch unter der sogenannten Garantie steht, und sich in dieses einen Partikelfilter einbauen lässt, wird die Sache dann problematisch, wenn wirklich irgendetwas am Motor fehlen sollte. In diesem Fall verfällt natürlich die Garantieleistung. Das ist ein Problem! Mit dieser Nachrüstung geht man schon auch eine Reihe von Risiken ein. Wie viele Leute im Land sind imstande, so mir nichts dir nichts 700 bis 800 Euro aus der Geldtasche zu zaubern, um diesen Partikelfilter einbauen zu lassen? Letztlich besteht unterm Strich die Frage:

Welche Vorteile bringt der Russpartikelfilter denn? Der Techniker, der den Einbau bei meinem Fahrzeug gemacht hat, hat mir bestätigt, dass dieser Russpartikelfilter hinsichtlich der Feinstaubwerte schon einen Vorteil bringt. Feinstaub entsteht aber auch durch Straßenabrieb, durch das Bremsen usw., und deshalb wird damit nicht das ganze Problem behoben.

Man kann jetzt fast alle Autos mit Partikelfilter ausstatten, wie die Leute aber das Geld beschaffen sollen und ob sie dann letztlich doch nicht fahren dürfen, sagt man den Leuten nicht. Zum Glück hat es bei der ganzen Geschichte ‚Fahrverbote‘ eine Änderung gegeben, nämlich, dass Autos mit Partikelfilter immer fahren dürfen, auch wenn die letzte Zahl beim Autokennzeichen am Mittwoch keine gerade und am Donnerstag keine ungerade Zahl ist. Es ist aber doch nicht der Sinn der Sache, nur deshalb den Partikelfilter einbauen zu lassen, um immer fahren zu dürfen! Man sollte diesen Einbau für die Umwelt und Gesundheit tätigen.

Ich denke, man hat hier eine Maßnahme getroffen, die auf der einen Seite durchaus sinnvoll sein kann, aber auf der anderen Seite ist die finanzielle Entlastung in Folge der ein- oder zweijährigen Steuerbefreiung zu gering. Auch ich bin der Meinung, dass auch hier die dreijährige Steuerbefreiung eingeführt werden muss. Es bleibt aber ein Fakt, dass jemand jetzt schon diese 700 bis 800 Euro bezahlen muss und erst in drei Jahren - falls dieser Beschlussantrag angenommen wird - einen Teil der Ausgabe wieder hereingebracht hat. Handelt es sich um ein neueres Auto, hat man in der Zwischenzeit die Garantieleistung aufs Spiel gesetzt. Insgesamt hat man damit die gesamte Problematik Feinstaub auch nicht in den Griff bekommen.

Als Land Südtirol werden wir das nicht schaffen, aber eine weitaus höhere Ebene müsste auf die Autohersteller Druck ausüben, denn da liegt ja immer noch der Hund begraben. Es gibt ja immer noch sehr wenige Automodelle, die serienmäßig mit einem Partikelfilter ausgestattet sind. Warum kann der zuständige Gesetzgeber, wenn das Problem schon auf europäischer Ebene erkannt wurde, nicht einfach festlegen, dass Dieselaautos ohne Partikelfilter nicht mehr verkauft werden dürfen? Warum nicht? Unter diesem Druck würden die Autohersteller ihre Produktion sehr schnell umstellen.

FRICK (Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr – SVP): Frau Präsidentin, werte Damen und Herren! Wir kommen mit dem vorliegenden Text ein Stück des Weges in die Richtung, die verlangt wurde. Ich glaube, dass das für das Durchstarten, das wir alle erwarten und wünschen, ausreichen muss und kann. Der Start war langsam, auch wegen der Nichtverfügbarkeit der massenhaft notwendigen Partikelfilter. Das ist jetzt korrigiert worden. Es sind einige Risiken und Unsicherheiten überwunden worden, gerade im Zusammenhang mit dem Versicherungsschutz. Mit Freude konnten wir feststellen, dass in nur vier Wochen die Anträge auf Steuerbefreiung um das Fünffache gestiegen sind - es gibt jetzt über 1500 Anträge. Jetzt brauchen wir aber noch einen Schub, denn nur darauf zu warten, dass die älteren Autos ausgetauscht werden, ist angesichts der momentanen finanziellen Situation si-

cher nicht tragbar. Alles in allem ist sicher ein großer Anreiz gegeben, wenn wir von 60- bis 70-prozentigen Kostenreduzierung durch das Einsparen der Steuern sprechen. Ein gewisser Vorteil und ein gewisses Umweltbewusstsein sind da, Verantwortungsbewusstsein ist den Südtirolern eigen und deshalb glaube ich, werden diese zwei Jahre Steuerbefreiung - so wie wir sie vorgeschlagen haben - genügen.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 ab: mit 7 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Beschlussanträge Nr. 6 und Nr. 8 werden von dem Abgeordneten Minniti kurzfristig ausgesetzt.

Beschlussantrag Nr. 7 ist zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Heizkostenscheck – Stärkung der Kaufkraft.

Ordine del giorno n. 9, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente l'assegno per le spese di riscaldamento e il rafforzamento del potere d'acquisto.

Die Kaufkraft der Südtiroler Familien hat in den vergangenen Monaten merklich abgenommen. Dies beweist auch der Umstand, dass vor allem junge Familien mit mehreren Kindern immer öfter in die Nachbarprovinzen oder nach Österreich und die Schweiz zum Einkaufen fahren. Laut einer ASTAT-Studie haben heuer ein Drittel aller Südtiroler Haushalte außerhalb des Landes eingekauft. Von besonderer Aussagekraft ist dabei, dass drei Viertel der Familien aufgrund von Preisvorteilen außerhalb von Südtirol einkaufen.

Aus einer Erhebung des Arbeitsförderungsinstituts (AFI) vom September d.J. geht hervor, dass 26,3 Prozent der Südtiroler Arbeitnehmer ein Nettogehalt von weniger als 1.000 Euro beziehen. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol gaben 35 Prozent an, das Einkommen sei "überhaupt nicht" oder "kaum" dem Bedarf der Familie angemessen. 31,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten gaben an, zwischen 1.200 und 1.500 Euro zu verdienen. Unter 800 Euro verdienen nach eigenen Angaben 2,1 Prozent der Befragten, über 2.000 Euro 12 Prozent der Arbeitnehmer. Der Ruf nach territorialen Tarifverträgen wird immer lauter. Immerhin gaben 40 Prozent der Beschäftigten der Privatwirtschaft an, mit dem staatlich festgelegten Mindestlohn auskommen zu müssen. 61,9 Prozent sprachen sich für die Einführung von Einkaufszentren aus, weil diese dazu beitragen würden, die Preise zu senken.

Laut einer Studie der Caritas leben in Südtirol rund 72.000 Menschen unter der relativen Armutsgrenze. Fast gleichzeitig veröffentlichte das staatliche Institut für Statistik (ISTAT) Datenmaterial, wonach in Südtirol eine Familie im Schnitt 3.100 Euro ausgibt, mehr als die Familien im restlichen Staatsgebiet.

Eine besondere Belastung erfahren die Familien derzeit wegen der ständig steigenden Heizöl- und Gaspreise. Das Heizöl ist bekanntlich innerhalb eines Jahres um über 40 Prozent gestiegen. Angesichts des statistischen Zahlenmaterials ist zu befürchten, dass sich Familien nicht mehr ausreichend mit Heizmaterial versorgen können und riskieren, im kommenden Winter frieren zu müssen.

Dies vorausgeschickt und festgestellt, dass es Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft braucht,

beauftragt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die Einführung eines Heizkostenschecks im Ausmaß von 250 Euro für jene Familien, die weniger als 1.000 Euro netto im Monat verdienen.

Negli ultimi mesi il potere d'acquisto delle famiglie sudtirolesi è notevolmente diminuito. Lo dimostra anche il fatto che soprattutto giovani famiglie con più figli vanno sempre più spesso nelle province limitrofe o in Austria o in Svizzera per fare acquisti. Secondo uno studio ASTAT quest'anno un terzo di tutte le famiglie sudtirolesi ha fatto acquisti fuori provincia. Particolarmente indicativo è il fatto che tre quarti delle famiglie va fuori provincia, perché lì si trovano prezzi più vantaggiosi.

Da una rilevazione dell'Istituto per la Promozione dei Lavoratori (IPL) del settembre di quest'anno risulta che in Sudtirolo il 26,3% dei lavoratori ha uno stipendio netto inferiore a 1000 euro. Considerato l'alto costo della vita in Sudtirolo il 35% degli intervistati ritiene che con il proprio reddito riesce "per niente" o "appena" a coprire il fabbisogno della famiglia. Il 31,7% dei lavoratori a tempo pieno ha dichiarato di guadagnare dai 1200 ai 1500 euro e il 2,1% meno di 800 euro, mentre il 12% guadagna più di 2000 euro. Si fa sempre più forte la richiesta di contratti tariffari territoriali. Il 40% dei lavoratori dipendenti del settore privato ha dichiarato di vivere con il salario minimo stabilito dallo Stato. Il 61,9% è a favore dell'apertura di centri commerciali, perché contribuirebbero a far calare i prezzi.

Stando a uno studio della Caritas in Sudtirolo circa 72000 persone vivono sotto la soglia di povertà relativa. Quasi contemporaneamente l'Istituto Nazionale di Statistica (ISTAT) ha pubblicato una serie di dati secondo cui in Sudtirolo una famiglia spende in media 3100 euro, più delle famiglie nel resto d'Italia.

Attualmente sulle casse delle famiglie incidono in modo particolare il prezzo di gas e gasolio per riscaldamento che sono in costante aumento. Come tutti sanno in un anno il prezzo del gasolio per riscaldamento è aumentato di più del 40%. Considerando tutti questi dati statistici c'è il rischio che alcune famiglie non riescano più a procurarsi tutto il combustibile necessario, rischiando così di dover patire il freddo negli ormai prossimi mesi invernali.

Ciò premesso e constatato che sono necessarie misure per rafforzare il potere d'acquisto,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

incarica

la Giunta provinciale

di introdurre un assegno di 250 euro per contribuire alle spese di riscaldamento, da destinare alle famiglie con un reddito netto inferiore ai 1000 euro mensili.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Verehrte Frau Präsidentin! Um den Zielsetzungen der Landesregierung gerecht zu werden, haben wir versucht, besondere soziale Akzente zu setzen. Auch der Landesregierung ist bewusst geworden, dass sich immer mehr Menschen schwer tun, mit ihrem Einkommen auszukommen. Hier geht es um den Bereich ‚Stärkung der Kaufkraft‘ als Oberbegriff und um den spezifischen Bereich der Heizkosten. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 40 % angestiegen. Solche Steigerungsraten haben wir in keinem anderen Bereich zu verzeichnen! Es gibt Menschen, die sich wirklich schwer tun und nicht wissen, wie sie im kommenden Winter die Heizkosten bezahlen sollen. Deshalb schlagen wir vor, einen sogenannten Heizkostenzuschuss im Ausmaß von 250 Euro für jene Familien, die weniger als 1000 Euro netto im Monat verdienen, zu gewähren.

Es ist interessant, dass nach Einreichen dieses Beschlussantrages sogar die Tageszeitung ‚Dolomiten‘ auf dieses Thema eingegangen ist und die Situation genauso skizziert hat, wie auch wir sie darstellen. Wir sind hier nicht alleinige Rufer in der Wüste. Das Problem ist allen bekannt. Bis jetzt hatten wir einen sehr kalten Dezember, und wenn der Jänner und Februar auch so kalt werden, dann möchte ich wissen, wie viele Menschen über die Runden kommen. Das ist jetzt beinhart ausgedrückt, aber für diejenigen, die es betrifft, ist es eine (unter Anführungszeichen) „arschkalte Angelegenheit“. Das sollte man nicht so einfach beiseite schieben, denn die Leute, denen es wirklich schlecht geht und die Probleme haben, sind mehr, als wir uns ausmalen können.

Der Landeshauptmann hat schon Recht, wenn er sagt, man müsse die Zahlen immer von allen Seiten sehen. Wenn ich mir die Zahl anschau, die besagt, dass jeder Südtiroler durchschnittlich mit 29.000 Euro verschuldet ist, kann ich das aber auch mit dem Ersparten gegenrechnen. Das ist mir schon klar. Wir wissen alle ganz genau, dass es immer mehr Menschen gibt, vor allem Pensionisten und -innen, die sich sehr schwer tun, mit ihrem Geld bis zum Monatsende auszukommen. Wenn ich selbst mitansehe, wie eine alte Frau den Karossenkanister schleppen muss, das letzte Geld zusammenkratzt und eine Woche später vielleicht nicht einmal mehr welches hat, sollte uns das schon zu denken geben. In einem sogenannten Wohlstandsland, das, wie wir vorgeben, Südtirol ist, sollten wir nicht zusehen, dass Leute möglicherweise wirklich erfrieren.

PÖDER (UFS): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich bin nicht sicher, dass diese Maßnahme letztlich möglich ist. Man kann aber durchaus darüber nachdenken, in irgendeiner Weise einen Heizkostenzuschuss einzuführen. Es ist wahr, dass gerade die Heizkosten, die Gesamtausgaben der einzelnen Familien nach oben drücken - man

rechnet in diesem Jahr mit 800 bis 900 Euro Mehrausgaben für jeden Haushalt - aber es ist auch wahr, dass der Landeshaushalt von den Einnahmen in Sachen Treibstoff und Heizöl profitiert. Deshalb ist auch das Weinen, Jammern, Lärmen von Seiten der Verantwortlichen der Landesregierung über die steigenden Heizkosten- und Treibstoffpreise ausgeblieben, weil man ja weiß, dass auf Umwegen wieder Geld in die Kassen kommt. Es wird weiterhin bestritten, dass man mit Gesetz die Treibstoffkosten in irgendeiner Form senken könnte, dass man die vom Staatsgesetz gegebenen Möglichkeiten, die Heizkosten in irgendeiner Weise zu senken, in Anspruch nehmen könnte. Das wird abgestritten, indem man sagt, im Rahmen der Autonomie eine ganz andere Finanzregelung und andere Abkommen zu haben. Gerade für die autonomen Regionen bzw. Provinzen ist dieses Gesetz gemacht und es ist ausdrücklich festgehalten, dass das Staatsgesetz die Möglichkeit gibt, Steuern zu senken! Es wird bei den Heizkosten nicht möglich sein, und deshalb kann man dort nicht mit irgendwelchen Senkungen und Vergünstigungen arbeiten, aber man müsste da mit direkten Zuschüssen arbeiten. Es kann schon angebracht sein, dass man etwas dazugibt. Wenn wir in den letzten Tagen hier im Landtag auf der einen Seite gehört haben, welche schwieriger Situation mittlerweile sehr viele Leute ausgesetzt sind, auf der anderen Seite aber wieder von großen Summen hören und lesen, die von der öffentlichen Hand für verschiedene Projekte ausgegeben werden, dann denke ich, könnten die betroffenen Personen durchaus berechtigterweise fragen, warum man das Geld nicht für solche Maßnahmen ausgeben könne. Diese Maßnahme würde für viele Leute eine Erleichterung gerade im Zusammenhang mit den Ausgaben für Heizkosten, die dermaßen in die Höhe geschwungen sind, bringen. Ich denke, es ist schon gerechtfertigt, über solche Maßnahmen nachzudenken.

FRICK (Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr – SVP): Ich darf inhaltlich die Rede sowie die Replik des Landeshauptmannes wiederholen, nämlich, dass es wirklich diesen Schwerpunkt ‚Soziales‘ gibt, nicht nur deshalb, weil wir diese Tradition haben, sondern weil gerade im Haushalt 2006 das Wachstum des Sozialbereiches deutlich über dem Wachstum des gesamten Haushaltes liegt. Wir sind also der Meinung, dass wir mit den gegebenen Instrumenten die Zusammenhänge sehen und imstande sind, eine Gesamtbewertung zu erstellen, um die schwierige Situation mancher Familien zu verbessern. Das heißt, wir glauben nicht, dass Einzelmaßnahmen für einzelne spezifische Ausgabenkategorien in diesem Zusammenhang notwendig und zweckmäßig sind. Die soziale Situation und finanziell schwierige Situation sollen in einer Gesamtsicht betrachtet werden. Das machen wir gemeinsam mit den Instrumentarien, die das Sozialassessorat zur Verfügung hat, und mit den Gemeinden und Gemeindenverbänden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 ab: mit 2 Stimmenthaltungen, 6 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Beschlussanträge (Tagesordnungen) Nr. 8 und Nr. 10 werden vom Abgeordneten Minniti zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 ist auch zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 ist vom Abgeordneten Leitner zurückgezogen.

Abgeordnete Biancofiore ist abwesend, somit werden die Beschlussanträge (Tagesordnungen) Nr. 12 und Nr. 13 nicht behandelt.

Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin, darf ich Sie ersuchen, den Beschlussantrag Nr. 14 vorerst auszusetzen? Ich habe soeben einen Vorschlag des Fraktionssprechers der SVP erhalten und kann ihn in diesem Augenblick noch nicht bewerten.

PRÄSIDENTIN: In Ordnung. Beschlussantrag Nr. 15 auch? Gut, die Beschlussanträge Nr. 14 und Nr. 15 werden vorläufig ausgesetzt. Die Beschlussanträge Nr. 16, Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 19 sind auch zurückgezogen.

Das Wort hat Frau Kury, bitte.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Frau Präsidentin, zum Fortgang der Arbeiten. Geben Sie uns bitte drei Minuten Zeit, um mit Fraktionssprecher Baumgartner zu sprechen, nachdem jetzt unsere Beschlussanträge an die Reihe kommen?

PRÄSIDENTIN: Gut.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo verde – Grupa vërda): Wir ziehen den Beschlussantrag Nr. 20 zurück und bitten um Behandlung des Beschlussantrages Nr. 21.

PRÄSIDENTIN: Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 21, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Dello Sbarba: Es braucht dringend kontinuierliche Lärmmessungen längs der Autobahn.

Ordine del giorno n. 21, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba, concernente le misurazioni del rumore lungo l'autostrada.

Lärm macht krank. Dies belegen eine ganze Reihe von Studien. Deshalb ist es dringend notwendig, die Lärmquellen einzuschränken bzw. die Bevölkerung vor Lärm zu schützen.

Eine besondere Lärmbelästigung geht vom Verkehrslärm aus. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf den Lärm zu legen, der von der Autobahn erzeugt wird und der Tag und Nacht Anrainer und vor allem höher gelegene Ortschaften belastet. Hier braucht es dringend Abhilfe.

Zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung ist es deshalb notwendig,

*a) den Lärmpegel längs der Autobahn kontinuierlich zu erfassen und
b) bei einer eventuellen Überschreitung der Grenzwerte, wie sie vom Staat oder der europäischen Union vorgeschrieben sind, Maßnahmen zur Lärmeinschränkung zu ergreifen.*

Selbstverständlich ist dabei auf ein mit den Nachbarländern koordiniertes Vorgehen zu achten. Bei der Tagung "Monitraf" der Alpenländer, die kürzlich in Luzern stattgefunden hat und die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Erhebungen und die Maßnahmen im Alpenverkehr zu koordinieren, ist bedauert worden, dass Südtirol im Gegensatz zu anderen Regionen über keine brauchbaren Daten bezüglich der Lärmemissionen des motorisierten Verkehrs an den Hauptachsen verfügt.

Da nun sowohl in Schrambach im Eisacktal als auch in Neumarkt eine Messstation zur Erhebung der Luftwerte eingerichtet worden ist, dürfte es kein großes Problem darstellen, diese Messstellen so zu erweitern, dass auch die Lärmwerte kontinuierlich erhoben werden können.

Deshalb

*beauftragt
DER SÜDTIROLER LANDTAG
die Landesregierung,*

dafür Sorge zu tragen, dass möglichst bald - im besten Fall bereits zu Beginn des nächsten Jahres - die Lärmwerte längs der Autobahn kontinuierlich erhoben werden.

Il rumore fa ammalare. Lo dimostra tutta una serie di studi. Perciò è necessario e urgente limitare le fonti di rumore ovvero proteggere la popolazione da esso.

Il traffico è una causa particolarmente grave d'inquinamento acustico. In quest'ambito si deve prestare un'attenzione particolare al rumore provocato dall'autostrada, che grava giorno e notte sui confinanti e soprattutto sulle località a quota più alta. Qui servono misure urgenti. Pertanto, a tutela della salute pubblica è necessario

a) registrare il livello del rumore lungo l'autostrada in modo continuato e

b) in caso di superamento dei valori massimi stabiliti dallo Stato o dall'Unione europea, prendere misure per limitare l'inquinamento acustico.

Naturalmente ciò deve avvenire in modo coordinato coi Paesi vicini. Recentemente si è tenuto a Lucerna il convegno "Monitraf" dei Paesi alpini, al fine di coordinare rilevazioni e misure da prendere riguardo al transito nelle Alpi. In quella sede è stato lamentato il fatto che diversamente dalle altre regioni, l'Alto Adige non dispone di dati utili sulle fonti di rumore del traffico motorizzato sulle arterie principali.

Ora, dato che sia a San Pietro Mezzomonte in val d'Isarco sia a Egna sono state realizzate stazioni di rilevazione della qualità dell'aria, non

dovrebbe essere molto difficile estenderne le funzioni per rilevare in modo continuato anche i dati sull'inquinamento acustico.

Pertanto

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

incarica

la Giunta provinciale

di far sì che al più presto - meglio se fin dall'inizio dell'anno prossimo - siano rilevati in modo continuato i dati sulle fonti di rumore lungo l'autostrada.

Frau Kury, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Frau Präsidentin! Ich bitte Sie, auf Wunsch des Fraktionssprechers der SVP, Herrn Baumgartner, aus dem beschließenden Teil den Wortlaut „- *im besten Fall bereits zu Beginn des nächsten Jahres* -“, zu streichen. Es bleibt also nur mehr folgender Wortlaut im beschließenden Teil bestehen: „*dafür Sorge zu tragen, dass möglichst bald die Lärmwerte längs der Autobahn kontinuierlich erhoben werden.*“ Wir wissen, dass es für die Gesundheit unserer Menschen aufgrund des Autoverkehrs zwei große Probleme gibt: Eines ist die Luftverschmutzung, das andere ist die Lärmbelästigung. Vor allem dort, wo kein Nachtfahrverbot herrscht, gibt es die Lärmbelästigung Tag und Nacht. Es gibt diese lobenswerte Initiative, die sich Monitraf nennt, also ein „monitoraggio“, eine Erfassung der Daten in den Alpenländern, um gemeinsame Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung und -verlagerung anzustreben. Bei der ersten Tagung dieser Monitraf, wo auch die EURAC als Organisatorin mit dabei war, sind die Daten verglichen worden. Es wurde vor allem festgestellt, dass gerade in Südtirol die Daten bezüglich des Lärms nicht kontinuierlich, sondern nur stichprobenartig erfasst werden. Nun haben wir uns gedacht, dass es absolut notwendig wäre, diese Lärmdaten kontinuierlich zu erfassen. Zumal wir nur zwei Messstellen haben, eine in Schrambach und eine in Neumarkt, denke ich, dass es keine großen technischen Probleme geben dürfte, diese Messstellen so zu erweitern und zu adaptieren, dass die Lärmdaten kontinuierlich erfasst werden und somit festzustellen ist, ob die Jahresmittelwerte auf europäischer Ebene eingehalten werden oder nicht. Sollten sie nicht eingehalten werden - wie ich annehme -, dann haben wir auch die legale Grundlage dafür, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb ersuchen wir die Landesregierung, so bald wie möglich diese Lärmdaten kontinuierlich und systematisch zu erfassen. Danke schön!

SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Für uns geht dieser so abgeänderte Beschlussantrag in Ordnung.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den im beschließenden Teil abgeänderten Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 21 ab. Der beschließende Teil heißt jetzt: „*dafür Sorge zu tragen, dass möglichst bald die Lärmwerte längs der Autobahn kontinu-*

ierlich erhoben werden.“ Il testo impegnativo viene modificato quanto segue: „di far sì che al più presto siano rilevati in modo continuato i dati sulle fonti di rumore lungo l'autostrada.“ Der Beschlussantrag ist einstimmig genehmigt.

Beschlussantrag Nr. 22 ist zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 23, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend: Das Land Südtirol ist aufgerufen, Hilfsmaßnahmen für die vom Erdbeben heimgesuchte Bevölkerung Pakistans zu treffen.

Ordine del giorno n. 23, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente l'intervento della Provincia autonoma di Bolzano in aiuto delle popolazioni colpite dal terremoto in Pakistan.

Vorausgeschickt:

- dass die im Norden Pakistans und Indiens gelegene Bergregion Kaschmir am 8. Oktober 2005 von einem sehr starken Erdbeben verwüstet wurde, welches laut den Seismographen der Stufe 7,6 der Richterskala zugeordnet wird und auf das zahlreiche ebenfalls sehr starke Nachbeben folgten. Dabei wurde das Gebiet um das Epizentrum praktisch dem Erdboden gleichgemacht, wobei Wohnungen, Straßen, Wasserleitungen usw. größtenteils zerstört wurden. Neben den riesigen materiellen Schäden hat das Beben – direkt oder indirekt – leider den Tod Tausender Bewohner zur Folge. Laut Schätzungen der Regierung, des Roten Kreuzes und der Vereinten Nationen gab es allein in Pakistan rund 80.000 Tote (in Indien war die Opferbilanz weit geringer), davon anscheinend mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche im Schulalter. Der erste starke Erdstoß ereignete sich am Samstag morgens, als die Schulen voller Kinder waren. Der Einsturz der Schulgebäude hat somit buchstäblich eine Generation ausgelöscht – so der Präsident Pakistans -, womit die Bilanz des Bebens noch tragischer und dramatischer wird. Nun steht die Bevölkerung Kaschmirs – vor allem in Pakistan, aber auch in Indien – vor riesigen Problemen: Obdachlosigkeit, Medikamenten- und Lebensmittelmangel. Und dies kurz vor Einbruch des Winters, der aufgrund der geographischen Gegebenheiten der Erdbebengebiete äußerst hart sein wird, was womöglich weitere Todesopfer fordern wird;

- dass die Bevölkerung Kaschmirs, des höchsten Kriegsschauplatzes der Welt (die Front zieht sich bis auf 7000 - 8000 m hohe Berge mit Militärstützpunkten auf über 5000 m), seit Jahrzehnten aufgrund ihrer geopolitischen Lage völlig isoliert ist. Es handelt sich um ein Bergvolk - Verwahrer von wichtigen Kenntnissen und althergebrachten Traditionen -, welches viel mit der Bevölkerung in unserer Region gemein hat und welches auch aus diesen Gründen unserer Hilfe und Solidarität bedarf;

- dass unsere Bevölkerung seit jeher ein offenes Ohr für Völker, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, gezeigt hat, das letzte Mal, als am vergangenen 26. Dezember ein Tsunami den Südosten Asiens verwüstet und mehr als 200.000 Menschen getötet hat, wes-

halb sie Hilfsmaßnahmen seitens der Lokalkörperschaften sicherlich wohlwollend gegenüberstehen wird;

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

den Landeshauptmann,

auf der Grundlage von konkreten Projekten, die auf Initiative einer Organisation vorgelegt werden, einen angemessenen Beitrag bereitzustellen, der gegebenenfalls über das Internationale Rote Kreuz oder in Kaschmir tätige Nichtregierungsorganisationen ausbezahlt wird und für konkrete Projekte zur Unterstützung der vom Erdbeben betroffenen Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen und Kinder, die das Beben überlebt haben, zu verwenden ist.

Premesso che:

- la regione montuosa del Kashmir, situata nella parte settentrionale del Pakistan e dell'India è stata devastata l'8 ottobre 2005 da un fortissimo terremoto che i sismografi hanno registrato di grado 7,6 della scala Richter, cui sono seguite numerosissime scosse di assestamento di fortissima intensità. L'area prossima all'epicentro è stata praticamente rasa al suolo dagli effetti del sisma, il quale ha distrutto gran parte delle abitazioni, strade, acquedotti, eccetera. Purtroppo, in aggiunta ai pesantissimi danni materiali il sisma ha provocato, direttamente o indirettamente, la morte di migliaia di abitanti. Le stime fornite da fonti governative, dalla Croce Rossa e dalle Nazioni Unite parlano di quasi 80 mila morti nel solo Pakistan (il bilancio delle vittime in India è molto più contenuto), dei quali oltre 20 mila sarebbero bambini e giovani in età scolare. La prima violenta scossa di terremoto è infatti avvenuta sabato mattina, in orario di scuola, quando gli istituti erano pieni di bambini. Il crollo degli edifici scolastici ha dunque letteralmente "spazzato via" una generazione, come ha dichiarato il Presidente pachistano, rendendo il bilancio del terremoto ancor più tragico e drammatico. Ora le popolazioni del Kashmir - in particolare in Pakistan, ma anche in India - si trovano a dover affrontare problemi enormi: dalla mancanza di un tetto, alla carenza di medicinali e viveri. Tutto ciò all'inizio della stagione invernale, che stante le condizioni geografiche delle regioni colpite dal sisma si preannuncia molto rigida, accentuando così il rischio di ulteriori morti dovute alle condizioni climatiche;

- la popolazione del Kashmir, area che comprende la zona di guerra più alta del mondo (il fronte corre fino alle montagne di 7-8000 metri, con presidi militari fin oltre i 5 mila metri), è da decenni vittima dell'isolamento derivante dalla situazione geopolitica. Si tratta di una popolazione montanara, custode di importanti saperi e tradizioni, che ha molto in comune con le popolazioni che abitano la nostra regione e che anche per questi motivi necessiterebbe del nostro aiuto e della nostra solidarietà;

- la comunità regionale si è sempre dimostrata molto attenta e solidale nei confronti delle popolazioni colpite da catastrofi naturali, ultima in ordine di tempo lo tsunami del 26 dicembre scorso che ha devastato il Sud est asiatico uccidendo oltre 200 mila persone e certamente apprezza e condivide analogo impegno dimostrato dagli Enti pubblici locali;

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

il Presidente della Giunta provinciale

a stanziare un adeguato contributo finanziario attraverso progetti concreti presentati su richiesta di un'organizzazione, da erogarsi eventualmente attraverso la Croce Rossa Internazionale o ONG operanti in Kashmir da utilizzare per concreti progetti a sostegno della popolazione colpita dal terremoto, e in particolare dei giovani e dei bambini sopravvissuti al sisma.

Abgeordneter Dello Sbarba hat das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Si tratta di una richiesta di intervento, con un contributo che la Giunta provinciale definirà, per aiutare le popolazioni colpite in Pakistan dal terremoto dell'8 ottobre 2005, un terremoto che ha fatto 80 mila morti nel solo Pakistan, ma che soprattutto ha colpito i bambini perché, come si sa, è caduto sfortunatamente un sabato mattina nella seconda ora di lezione delle scuole, e il presidente del Pakistan ha affermato che è stata cancellata una generazione.

Una mozione di questo tenore è stata anche approvata in Consiglio regionale. Il presidente Durnwalder ha ricevuto dall'associazione "Immigrants", associazione di immigrati pakistani che risiede presso la Caritas in via Renon, una lettera in cui si chiede un ulteriore intervento sia della Regione - e quello c'è - sia della Provincia, la Provincia che, si ricorda in questa lettera, già contribuisce in un distretto del Pakistan alla ricostruzione di una scuola media, ma adesso il numero delle scuole medie che è stato raso al suolo è di diverse centinaia. Questa organizzazione ha anche stilato un elenco di numerose scuole che andrebbero ricostruire.

Ho qui un comunicato stampa del 7 dicembre 2005 firmato dai due direttori della Caritas Randi e Schweigkofler, in cui ringraziano le 2.500 persone di tutti i paesi del Sudtirolo per aver offerto volontariamente 450 mila euro con cui la Caritas ha stilato un primo programma di emergenza. Però i due nostri apprezzati presidenti della Caritas dicono in questo comunicato stampa che la raccolta di fondi prosegue per poter assicurare il proseguimento dei previsti interventi, destinati ad assistere e aiutare le persone del Kashmir nei prossimi duri mesi invernali. Si tratta di rispondere a questi appelli. La Provincia non si è mai tirata indietro anche in altri casi simili. In questo caso veramente la situazione è drammatica, ha scosso tutta l'opinione pubblica internazionale. Il coinvolgimento di migliaia di bambini nel terremoto è un motivo in più, quindi mi attendo una risposta positiva a questa nostra mozione.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin, nachdem der Wille besteht, die Behandlung des Haushaltes schnell abzuschließen, werde auch ich mich kurz fassen. Bereits im Regionalrat haben wir über dieses Thema gesprochen. Auch dort hat man gesagt, dass dieser Antrag richtig und wichtig ist. Es kann nicht sein, dass man abwägt, welche

Katastrophe schwerwiegender war oder wo es mehr Tote gab. Trotzdem glaube ich, dass man vorher darüber reden muss, weil es in diesem Zusammenhang wahrscheinlich schon Hilfe gegeben hat. Das Rad der Hilfe oder Entwicklungshilfe wird ja nicht erst jetzt erfunden. Das soll nicht heißen, dass es nicht noch eine zusätzliche Maßnahme geben sollte und dass wir nicht noch eine zusätzliche Unterstützung gewähren sollten. Die Wintersituation ist ja jetzt ganz besonders problematisch, die Leute frieren und es gibt noch sehr viele Obdachlose. Aber ich hätte doch gerne erfahren, welche Hilfe es bisher bereits gegeben hat und wie man gedenkt - falls dieser Beschlussantrag genehmigt werden sollte -, diese dann umzusetzen. Der Inhalt des Beschlussantrages ist sicher unterstützens- und zustimmenswert.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Fürwahr ist es so, wie Kollege Pöder gesagt hat, dass bereits vor einigen Tagen in einer Sitzung darüber beraten wurde, wie man der Bevölkerung in diesem Gebiet helfen kann. Wir möchten ein Programm unterstützen, das vor allem dem Wiederaufbau dient. Zur Zeit ist es so, dass eine Menge von Hilfsmittel gewährt werden, die aber nur kurzfristig gewährt werden. Die Bevölkerung aber möchte nicht nur in Zelten leben und nicht nur von heute auf morgen versorgt werden, sondern bereits gleich an den Wiederaufbau denken. Deshalb werden wir mit der Caritas, mit dem Roten Kreuz und mit der Caritas in Wien Kontakt aufnehmen, um zu schauen, ob wir in einem größeren Rahmen tätig sein können, und dann ein Projekt herausgreifen, das eben ganz besonders geeignet ist. Sollten von Seiten der No/profit-Organisationen entsprechende Anträge kommen, die unseren Vorstellungen entsprechen, sind wir selbstverständlich bereit, ein diesbezügliches Projekt zu unterstützen. Ich bin überzeugt, dass es sich sogar um mehrere Projekte handeln wird. Die Landesregierung hat mit der Unterstützung bereits begonnen. Wir sind aber gerne bereit, diesen Beschlussantrag anzunehmen, um eben nicht nur eines, sondern auch mehrere Projekte zu unterstützen.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 23 ab: einstimmig genehmigt.

Die Beschlussanträge Nr. 24, Nr. 25, Nr. 26, Nr. 27, Nr. 28 und Nr. 29 sind zurückgezogen.

Dann kommen wir zur Behandlung des ausgesetzten Beschlussantrages Nr. 6. Wir unterbrechen kurz, bis die restlichen Beschlussanträge verteilt sind.

ORE 18.06 UHR

ORE 18.14 UHR

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì betreffend: Punktezuweisung durch das Wohnbauinstitut.

Ordine del giorno n. 6, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente i punteggi Ipes.

Der Notwendigkeit unserer Bevölkerung, über eine genügende Anzahl an öffentlichen Wohnungen zu verfügen, ist noch nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Hunderte von Familien füllen die Rangordnungen des Instituts für sozialen Wohnbau ohne Aussicht, dass ihre Gesuche angenommen werden. Familien mit Zwangsräumung befinden sich in einer auswegslosen Situation. Mit Durchführungsverordnung hat die Landesregierung fünf zusätzliche Punkte für überfüllte Wohnungen vorgesehen. Darin wird die Überfüllung einer Wohnung sehr hoch bewertet: bis zu vier Punkte je nach Anzahl der Personen, die in der Wohnung bzw. in jedem Raum leben; hinzu kommen weitere fünf Punkte, je nachdem, seit wann dieser Zustand andauert. Wenn man bedenkt, dass ein Zwangsdelogierter, der also nicht einmal eine Wohnung hat, nur drei Punkte erhält, wird verständlich, dass die Überbelegung einer Wohnung eindeutig zu hoch bewertet wird. Eine von den Unterzeichnern durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass in den letzten Jahren auf zwei Zuweisungen an Bürger der italienischen Sprachgruppe durchschnittlich eine Wohnungszuweisung an Nicht-EU-Bürger kommt, obwohl die italienischsprachige Bevölkerung über 26 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, die Nicht-EU-Bürger jedoch nur 3 %, also um neun mal weniger. Dies bedeutet wiederum, dass dank dieser Verordnung die Nicht-EU-Bürger gegenüber der einheimischen Bevölkerung bevorzugt behandelt werden. Eine zweite Überlegung geht von folgendem Beispiel aus: Eine Südtiroler Durchschnittsfamilie, bestehend aus vier zusammenlebenden Personen und alle zu Lasten des Antragstellers, würde nach 25 Jahren Ansässigkeit elf Punkte für die Ansässigkeit plus acht Punkte für die Anzahl der Familienmitglieder erhalten, also insgesamt neunzehn Punkte: diese Familie würde niemals eine Volkswohnung zugewiesen bekommen. Eine aus fünf Personen bestehende Durchschnittsfamilie von Nicht-EU-Bürgern hingegen hat nach 14 Jahren Ansässigkeit in Südtirol die Sicherheit, eine Wohnung zu erhalten. Gesetzt den Fall, sie bewohnt eine kleine Wohnung, würde sie folgende Punkte erhalten: neun Punkte für die Überfüllung, zehn für die Anzahl der Familienmitglieder und sechs für die 14 Jahre Ansässigkeit. Insgesamt 25 Punkte und somit die Gewissheit, die Wohnung zu bekommen. Dazu kommen die Punkte für das Einkommen (bis zu zehn), das, wie mehrmals aufgezeigt, bei Nicht-EU-Bürgern sowie Roma und Sinti viel geringer ist, da ein Teil des Einkommens, wenn nicht das gesamte, nicht versteuert wird. Auf diese Weise besteht die Garantie, in weniger als zehn Jahren eine Institutswohnung zu erhalten. Unabhängig davon, dass den Bedürfnissen jener, die in Südtirol leben, Rechnung getragen werden muss, fällt ins Auge, dass die Überfüllung einer Wohnung höher bewertet wird als eine Zwangsräumung

(bis zu neun Punkten gegenüber drei Punkten). Zudem erscheint es nicht richtig, und ist sicher auch Gegenstand von Protesten und Klagen, dass dank dieser Verordnung Nicht-EU-Bürger und Sinti und Roma eine Vorzugsbehandlung gegenüber denjenigen genießen, die in Südtirol geboren sind und seit jeher dort leben und mit ihrem Einkommen und ihrer Arbeit zum Reichtum des Landes beitragen, mit welchem u.a. die Volkswohnungen gebaut werden.

Dies vorausgeschickt und aufgrund der praktischen Auswirkungen der geltenden Verordnung auf den sozialen Wohnbau,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die geltende Durchführungsverordnung abzuändern und für die Überfüllung nur so viele Punkte zu vergeben wie für die Zwangsräumung sowie auch für die in Südtirol geleisteten Arbeitsjahre Punkte zuzuerkennen.

La necessità della nostra comunità di disporre di un adeguato patrimonio abitativo pubblico non è ancora stata soddisfatta. Centinaia di famiglie affollano le graduatorie dell'Ipes e non hanno, in concreto, le possibilità di ottenere l'accoglimento delle loro richieste. Situazioni gravissime di famiglie con sfratto esecutivo non riescono a trovare sbocco. Con un proprio regolamento la Giunta provinciale ha predisposto un punteggio aggiuntivo per gli alloggi sovraffollati attribuendo ben cinque punti. Con l'attuale regolamento viene sopravvalutato il sovraffollamento di un'abitazione in quanto possono essere assegnati fino a quattro punti in relazione al numero di persone occupanti l'alloggio e comunque ogni stanza; a questi si possono aggiungere fino a un massimo di altri cinque punti, per l'anzianità di disagio.

Se si tiene conto che uno sfrattato, quindi che non ha neppure un'abitazione, ottiene soltanto tre punti, si comprende facilmente che la considerazione, ai fini del punteggio, del sovraffollamento, è decisamente sovradimensionata.

Da una ricerca effettuata dagli interroganti è emerso che negli ultimi anni per ogni due assegnazioni a cittadini del gruppo linguistico italiano, viene mediamente assegnato un alloggio anche a extracomunitari. Il fatto è che la popolazione di lingua italiana costituisce oltre il 26% della popolazione mentre gli extracomunitari soltanto il 3%, quindi nove volte di meno. Ciò ci porta ad affermare che grazie a questo regolamento gli extracomunitari hanno un trattamento decisamente privilegiato rispetto alla popolazione locale.

Una seconda considerazione può essere fatta, partendo da questo esempio. Una famiglia media altoatesina composta da quattro persone conviventi e tutte a carico del richiedente dopo 25 anni di residenza otterrebbe undici punti per la residenza più otto punti per il nucleo familiare, per un totale di diciannove punti: questa famiglia non otterrebbe mai un alloggio popolare.

Una famiglia media di extracomunitari composta da cinque persone, invece, dopo 14 anni di residenza in Alto Adige ha la garanzia di ottenere la casa. Occupando un alloggio di dimensione ridotte, otterrebbe il seguente punteggio: nove punti per il sovraffollamento, dieci per il

nucleo familiare e sei per i 14 anni di residenza. In totale 25 punti, ovvero la sicurezza di ottenere l'alloggio popolare.

A questo punteggio bisogna aggiungere i punti relativi al reddito - fino a dieci - che, come è stato dimostrato in più occasioni, è largamente inferiore per le famiglie extracomunitarie e nomadi, in quanto una parte del reddito, se non tutto, spesso viene eluso. In questo modo l'alloggio Ipes è garantito in meno di dieci anni.

Pur considerando il fatto che le esigenze di coloro che vivono in Alto Adige devono essere rispettate, stride molto il fatto che si sia considerato il sovraffollamento ben al di sopra di uno sfratto (fino a un massimo di nove punti contro tre). Inoltre non appare giusto, ed è sicuramente fonte di proteste e lamentele diffuse, il fatto che in virtù di questo regolamento i cittadini extracomunitari e nomadi abbiano un trattamento decisamente di favore rispetto a coloro che sono nati e vissuti in Alto Adige contribuendo con il loro reddito e con il loro lavoro a formare la ricchezza locale con la quale, tra l'altro, si realizzano gli alloggi popolari.

Ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
preso atto delle ripercussioni pratiche create dall'attuale regolamento
sull'edilizia sociale,*

impegna

la Giunta provinciale

a modificare il regolamento vigente riducendo i punti per il sovraffollamento, parificandolo di fatto allo sfratto e a riconoscere un punteggio relativo agli anni di lavoro svolti in provincia.

Ich verlese den Abänderungsantrag, eingebracht vom Abgeordneter Minniti, der wie folgt lautet: „Der verpflichtende Teil wird wie folgt ersetzt:

"die Möglichkeit zu prüfen, die geltende Durchführungsverordnung abzuändern und für die Überfüllung nur so viele Punkte zu vergeben wie für die Zwangsräumung und für die in Südtirol geleisteten Arbeitsjahre Punkte zuzuerkennen."

La parte impegnativa è così sostituita: "a studiare l'effettiva possibilità di modificare il regolamento vigente riducendo i punti per il sovraffollamento e per riconoscere un punteggio relativo agli anni di lavoro svolti in provincia."

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): Non vorrei dilungarmi molto nell'esposizione di questo ordine del giorno. E' una battaglia che Alleanza Nazionale sta conducendo ormai da anni, ovvero quella di riconsegnare anche agli altoatesini la possibilità di poter in qualche maniera disporre e ottenere un alloggio Ipes con una certa agevolazione. Diciamo sempre che gli alloggi devono essere sì sociali, dell'edilizia agevolata, ma si deve anche agevolare l'accesso agli alloggi stessi. E' noto che sempre più spesso si è assistito ad una notevole incidenza di alloggi Ipes, che vengono assegnati a cittadini stranieri extracomunitari. Se non ricordo male nel 1998 erano 11 le famiglie straniere che otte-

nevano alloggi Ipes, che erano poi diventate 88 nel 2000, che avevano addirittura superato i 340 nello scorso anno. Questo ovviamente comporta una riduzione di possibilità alla popolazione altoatesina di qualsiasi gruppo linguistico, italiano, tedesco e ladino, nonostante anche queste famiglie vivano una realtà e soprattutto contribuiscano ad arricchire la realtà altoatesina anche con il loro lavoro.

Ciò avviene perché in linea di massima i cittadini, le famiglie extracomunitarie riescono ad ottenere un punteggio maggiore rispetto a una famiglia altoatesina sia per quanto riguarda la riduzione dei redditi, sia perché vivono in situazioni di sovrappollamento, avendo numerosa prole a proprio carico, magari in un ambiente piccolo. Di conseguenza un certo punteggio nelle graduatorie, una volta che si ha anche la residenza, fa schizzare la famiglia extracomunitaria in avanti e fa loro beneficiare dell'alloggio Ipes. Così facendo però rimangono svantaggiati gli altoatesini di tutti e tre i gruppi linguistici, che magari però lavorano in provincia di Bolzano e contribuiscono ad arricchire questa provincia.

Con questo ordine del giorno chiediamo che la Provincia studi l'effettiva possibilità - è un tema non nuovo che abbiamo rilanciato e che è sempre stato un po' nelle parole sia della maggioranza come di molti esponenti dell'opposizione - a studiare l'effettiva possibilità di modificare il regolamento vigente dell'Ipes riducendo comunque i punti relativi al sovrappollamento e riconoscendo un punteggio - questo è un passaggio importante - relativo agli anni di lavoro prodotti in provincia, in maniera che un altoatesino che ha lavorato in questa provincia, che ha contribuito allo sviluppo e alla crescita in questa provincia, in qualche maniera veda riconosciuto questo impegno che ha assunto nel bene di questa terra.

KLOTZ (UFS): Vielleicht war Mauro Minniti damals noch nicht im Landtag, aber wenn ich mich recht erinnere, dann war es vor allem seine Bewegung bzw. waren es seine Vorgänger, die eben gerade diese Regelung wollten, nämlich, dass die Überfüllung der Wohnung Pluspunkte bringt. Sie wollten immer diese Lösung und nicht so sehr die proporzmäßige Aufteilung. ... Frag Mitolo, frag Montali! ...

Ich möchte bei der Gegenwart bleiben. Es ist sicherlich notwendig, hier umzudenken, denn wie bereits auch gestern in der Generaldebatte gesagt, macht das böses Blut und man muss die Stimmen der jeweils sozial Schwachen ernst nehmen. Es kommen immer mehr Mieter, auch deutschsprachige Mieter, von Institutswohnungen, die sich über die Präpotenz und die Provokationen seitens der Einwanderer beklagen - sicherlich gibt es auch präpotente Südtiroler in Institutswohnungen. Es ist dies teilweise die primitivste Art, wonach Familien, die erst seit wenigen Jahren hier sind, nach dem sechsten noch ein siebtes Kind erwarten und dann noch den Mut haben, den deutschen und italienischen Familien mit Stolz zu zeigen, dass sie so zu den Wohnungen kommen. Das ist keine Erfindung meinerseits, dazu bin ich zu ehrlich. Das macht aber böses Blut! Gestern habe ich den Herrn Landesrat eindringlichst gebeten, sich darüber Gedanken zu machen. Ich zitiere nocheinmal den früheren langjährigen grü-

nen EU-Kommissar Carlo Ripa De Meana, der gesagt hat: *„Alles, was an Einwanderung die 5, höchstens 6 % überschreitet, ist sozial nicht verträglich.“* Das sollten wir uns schon zu Herzen nehmen. Ripa De Meana sagt weiter: *„Es sind nämlich nicht die Politiker, die Besserverdienenden, die sozial besser Gestellten, die dann mit diesem Problem zu Rande kommen müssen, sondern es sind eben die sozial Schwächsten und damit auch die weniger gebildeten Schichten, die oft auch nicht wissen, wie man mit Provokationen umgeht.“* Deshalb ist hier ein Riegel vorzuschieben! Ich glaube, dass das Alarmzeichen sind und wenn man diese nicht ernst nimmt und ihnen nicht Rechnung trägt, dann handelt man fahrlässig.

SEPMI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Collega Klotz, se avesse attaccato Alleanza Nazionale non mi sentirei di doverla difendere, ma se attacca il Movimento Sociale di Montali, mi sento di dover rispondere. Quando Lei dice che il Movimento Sociale aveva delle idee diverse in questo ambito, ha perfettamente ragione, ma siccome il mondo cambia, le circostanze pure, si possono anche cambiare determinate posizioni, perché sono cambiate le situazioni, non perché uno cambia idea. Ma se cambia ciò che ci sta intorno, evidentemente devono cambiare anche le posizioni politiche. Gli extracomunitari evidentemente per voi erano considerati gli italiani fino all'altro giorno, e siccome gli extracomunitari non sono mai stati gli italiani, perché in questa terra loro ci sono venuti a pieno titolo, a volte sono venuti anche non volendo, non li possiamo paragonare agli extracomunitari. Bisogna fare un certo distinguo, le cose sono cambiate e di conseguenza oggi ci posizioniamo in questa situazione. E' chiaro quindi che mi riconosco in questo documento.

L'unica cosa in cui mi discosto è questo tentativo, forse può essere giusto, ma la materia è talmente problematica che porre già delle risposte con *“parificando di fatto lo sfratto”* - che poi ha eliminato con l'emendamento, aggiungendo *“riconoscendo un punteggio per gli anni di lavoro svolti in provincia”* non va bene. Stia attento, perché possono esserci delle giovani famiglie i cui componenti hanno 27, 28 anni, che non hanno chissà quanti anni di lavoro e magari sono altoatesini dalla nascita. Penso che le case popolari non le chiede uno di 50 anni, quindi starei attento anche con gli anni di lavoro. Io mi fermerei semplicemente ad un documento nel quale si chiede di modificare il regolamento vigente riducendo i punti per il sovraffollamento, e cercherei poi assieme tutte le soluzioni. Non escludo che quelle esposte siano anche quelle giuste, ma mi sembra troppo affrettato parlo in questi termini.

Il problema c'è, va riconosciuto e va fatta anche una certa presa di posizione nei confronti dell'assessore competente che ci ha sempre detto che non è colpa sua se la legge Bossi-Fini parifica gli extracomunitari agli italiani, nel senso che il diritto che hanno gli extracomunitari ce li abbiamo anche noi. Però, assessore, se le opposizioni si sono sforzate di trovare delle risposte - io ho fatto anche un'altra proposta; pur rimanendo nella evidente situazione che costituzionalmente gli extracomunitari hanno gli stessi diritti degli italiani, abbiamo cercato di trovare delle risposte andando a modifi-

care l'attuale palinsesto che assegna i punteggi per le case - non ho capito perché questi sforzi non vengono dall'assessorato.

Il ragionamento che fa il collega Minniti non fa una piega, lo pensiamo anche noi. Poi non so se è parificandolo allo sfratto e quindi al punteggio ad esso assegnato, o riconoscendo un punteggio relativo agli anni di lavoro svolto in provincia che ne usciamo, può darsi di sì. Ho paura che le giovani coppie gli anni non li abbiano, potrebbero averne meno di qualche extracomunitario, perché non è che uno chieda la casa a 60 anni. Starei attento a questo tipo di soluzione. Io mi fermerei alla necessità immediata di modificare il regolamento vigente riducendo i punti per il sovraffollamento, proprio per creare delle condizioni affinché prima si possano dare le case a chi lavora qua da una vita e poi agli extracomunitari, perché non possiamo scatenare guerre fra i poveri e dobbiamo essere attenti affinché le esigenze sociali della nostra gente venga assolta. Ci sono persone che s'ini in lista di attesa da dieci anni. Un anno manca loro un punto, un anno dopo arrivano altri 50 che le sorpassano in graduatoria. Abbiamo valutato prima anche con i contributi per gli affitti nel 2005. Al di là di quello che dice l'assessora Gnechchi, ha ragione il collega Pius Leitner che dice che hanno preso più soldi per integrare l'affitto famiglie extracomunitarie che non famiglie italiane, e quando dico famiglie italiane intendo dichiaratesi di madrelingua italiana, ma il problema quando è arrivato a questo punto ha superato gli argini. Ci sono situazioni che vanno monitorate immediatamente, anche in considerazione di una problematica sempre più evidente e pressante. Dobbiamo metterci a risolvere questo problema tenendo presente che se la legge Bossi-Fini e la Costituzione e il diritto ci impongono di pensare che gli extracomunitari hanno gli stessi diritti degli altri, ci potranno essere nel regolamento delle condizioni che ci permettano di fare in modo che non lo siano, o per lo meno fare in modo che gli italiani vengano prima degli altri, perché questa è una necessità assoluta, immediata.

Sono d'accordo con questo documento. Ripeto che è un po' azzardato cercare delle soluzioni. Comunque riconoscere un punteggio relativo agli anni di lavoro trascorsi in provincia può essere un passo avanti, ma non è l'unico, quindi sarei un po' cauto nel dare soluzioni. Denunciamo il problema, chiediamo l'immediata necessità - come è richiesta - di ridurre i punti per il sovraffollamento, poi altre soluzioni riterrei opportuno valutarle in altra sede e in maniera più approfondita. Sta di fatto che voterò questo documento.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Die Thematik ist bekannt und es ist eigentlich klar, dass man früher oder später zu diesen Analysen kommen musste, d.h. man gibt sie auch endlich zu. Wie auch bei anderen Gelegenheiten, möchte ich nur an eines appellieren: Man darf die Geduld und die Güte des Südtiroler nicht überstrapazieren! Die Südtiroler sind ein sehr geduldiges Volk, auch sehr sozial und haben Verständnis dafür, dass man Leuten, denen es nicht gut geht, hilft. Aber leider haben wir derzeit einen Fördermechanismus, der unsere Leute gegenüber den Zu-

wanderern immer mehr benachteiligt. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Familienmitglieder eine große Rolle spielt und unsere Leute immer weniger Kinder haben. Wie es auch Kollegin Klotz gesagt hat, müssen wir ja nichts erfinden. Gestern war eine 66-jährige Frau aus Eppan bei mir, die in einer Wohnung lebt, die 20 m² groß ist. Die Wohnung besteht aus einem einzigen Raum und einem Bad. Die Frau ist Pensionistin, alleinstehend, bekommt 450 Euro Rente, bezahlt 200 Euro für die Wohnung, wartet seit 6 Jahren auf eine größere Wohnung, hat dazu aber keine Chance. Wenn sie in die Gemeinde geht, um in die Rangordnungen der BewerberInnen Einsicht zu nehmen, sieht sie, dass immer mehr Wohnungen den Einwanderern zugesprochen werden. Dass man sich darüber nicht freut, ist verständlich. Wenn man die Kriterien für die Zuweisung einer Wohnung nicht ändert, dann werden wir bei den Wohnungen in einigen Jahren dasselbe Bild haben wie beim Wohngeld. Die Entwicklung geht genau in diese Richtung! Dazu braucht man kein Hellseher zu sein, das ist einfach so. Man stellt sich auch immer wieder die Frage der Illegalität. Es ist nicht lange her, dass man in Brixen in einem Zimmer 8 Personen vorgefunden hat, wovon natürlich nur eine einzige gemeldet war. Die übrigen sieben hat man aber nicht abgeschoben, sondern einfach auf andere Unterkünfte aufgeteilt. Das geht natürlich zu Lasten der Einheimischen!

Ich möchte einfach nicht, dass wir einer Entwicklung entgegen gehen, die wir aus anderen Ländern kennen und die dann zu ganz anderen Auswirkungen geführt haben. Man kann davor nur warnen! Ich denke auch, dass niemand von uns solche Auswirkungen will.

Trotzdem stimme ich diesem Antrag zu, weil er das beinhaltet, was wir seit Jahren einfordern.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Purtroppo in questa Italia si passa da una elezione all'altra, quindi non finisce mai la campagna elettorale. Mi pare che questo sia argomento da campagna elettorale più che una riflessione pacata, invece credo che cose simili vadano discusse in modo oggettivo e senza fare le sparate piuttosto populistiche.

“I nostri”, quelli che sono nati qua, sono già protetti da una norma che prevede, per l'accesso alle case, cinque anni di residenza, che loro a cinque anni già maturano. Invece chi viene dall'estero, che magari viene qua a 25 anni, deve aspettare nel momento della sua vita in cui della casa ne ha bisogno, perché credo che un “nostro” di cinque anni la casa ce l'abbia, che siano maturati i cinque anni. Quindi questa norma dei cinque anni di residenza, che poi è stata applicata a tutte le prestazioni sociali ecc. protegge già abbastanza i nostri. Può darsi che per quanto riguarda le graduatorie ci sia qualcosa da rivedere nei punteggi, però non credo che il sistema sia quello di sparare su bersagli ben particolari, additandoli come capri espiatori, quando qui non ha senso che ci siano. Non si può prendere di mira ora un gruppo ora l'altro, di solito quelli meno potenti. In particolare gli stranieri che vivono da noi hanno una particolarità,

cioè non hanno diritto di voto, per cui sparare su quelli è come sparare sulla Croce Rossa, su persone che non hanno nessuna possibilità di farsi sentire dal sistema politico. Per questo vengono presi volta per volta come bersaglio. Se c'è qualcosa da riformare nel sistema dei punteggi va analizzato nell'intero sistema, sulla base di dati oggettivi. Questa proposta di riforma dell'edilizia sociale prima o poi arriverà, e quindi lì sarà il momento di riflettere su questo. Per noi i criteri sono chiari, in questa situazione il primo criterio è quello del bisogno. Chi ha bisogno e chi ha diritto, quindi le persone che risiedono nella nostra provincia, devono avere la precedenza.

Infine vorrei ripetere i dati, me li sono ritagliati e li tengo sempre con me, tanto in Consiglio provinciale ogni volta c'è qualcuno che li tira fuori. Gli alloggi Ipes attualmente occupati sono oltre 11 mila, di cui 5.777 da famiglie italiane, 5.306 da famiglie di lingua tedesca, e 338 da famiglie extracomunitarie, pari al 2,89%. Nel 2003-2004, i due anni di cui abbiamo i dati, sono stati assegnati 1.294 alloggi, di cui 166 a famiglie di extracomunitari. Ogni volta che questo problema viene posto bisogna ripetere questi dati, e lo farò ogni volta, perché o si discute su cose reali, oppure agitare dei fantasmi e dei capri espiatori mi sembra un modo sbagliato per affrontare il problema.

CIGOLLA (Assessore alla Cultura italiana, edilizia abitativa – Il Centro): Per essere concreti e andare immediatamente ad un risultato di tecnica legislativa, premetto che la seconda parte della parte impegnativa di questo ordine del giorno, cioè il riconoscere gli anni di lavoro svolti in provincia, è già previsto nell'articolo 45, lettera a) della legge provinciale n. 13/1998. Quindi quanto detto da consigliere Seppi non occorre neanche prenderlo in considerazione, è un di più, quindi non è un ostacolo.

Per quanto riguarda la simulazione riguardante questi punti che potrebbero essere modificati in relazione al requisito del sovraffollamento, è stato già fatto da parte dell'Ipes un apposito prospetto. E' all'attenzione del nuovo presidente una modifica in questo senso e approderà nel mese di gennaio all'attenzione della Giunta come modifica al secondo regolamento Ipes alla legge n. 13/98.

Per quanto riguarda questo ordine del giorno, la Giunta chiede la votazione separata tra le premesse e la parte dispositiva, perchè per circa metà delle premesse si parla di punteggio relativo al reddito e si fa presente che, per quanto riguarda le famiglie extracomunitarie, una parte del reddito, se non addirittura tutto, spesso verrebbe eluso. Qui abbiamo la Guardia di finanza che ci ha smentito ben quattro volte, quindi è meglio che almeno la Giunta rimanga in una zona di neutralità.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über die Prämissen des Beschlussantrages (Tagesordnung) Nr. 6 ab: mit 3 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den geänderten verpflichtenden Teil ab: mit 2 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Alle weiteren Beschlussanträge der Grünen und die zwei restlichen von Alleanza Nazionale sind zurückgezogen, Es handelt sich dabei um die Beschlussanträge Nr. 30, Nr. 31, Nr. 33, Nr. 34, Nr. 35, Nr. 36, Nr. 37, Nr. 38, Nr. 39 und Nr. 40. Es kommen jetzt also die Beschlussanträge des Abgeordneten Pöder zur Behandlung. Der erste zu behandelnde Beschlussantrag ist Beschlussantrag Nr. 14.

PÖDER (UFS): Ich schlage vor, nachdem ich derzeit nicht in der Lage bin zu sagen, ob ich die Kompromissvorschläge der Südtiroler Volkspartei akzeptieren kann oder nicht, den Antrag heute gegebenenfalls nur zu verlesen, dann die heutige Sitzung zu unterbrechen und mit der Behandlung des Beschlussantrages morgen fortzufahren.

PRÄSIDENTIN: Genehmigt. Wir verlesen den Beschlussantrag Nr. 14.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 14, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend: Kein Motorsportzentrum und keine Panzerübungen in der Frizzi Au.

Ordine del giorno n. 14, presentato dal consigliere Pöder concernente l'opposizione al centro di motociclismo sportivo e ai test dei carri armati a Ischia Frizzi.

In der Frizzi Au soll ein Motorsportzentrum, ein Fahrsicherheitszentrum sowie ein Panzerübungsgelände errichtet werden. Zahlreiche Organisationen sowie viele betroffene Anrainer haben wiederholt gegen die Verbauung der Frizzi Au, gegen die Errichtung von Motorsportanlagen und gegen Panzerübungen protestiert.

Dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG:

- 1. Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die Errichtung von Motorsportanlagen in der Frizzi Au aus.*
- 2. Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die Errichtung eines Panzerübungsgeländes und gegen Panzerübungen in der Frizzi Au aus.*
- 3. Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung diesen Beschluss unverzüglich umzusetzen und alle nötigen Schritte zur Verhinderung der Errichtung von Motorsportanlagen in der Frizzi Au und von Übungen mit Panzerfahrzeugen in der Frizzi Au zu setzen.*

Nell'areale Ischia Frizzi è prevista la realizzazione di un centro di motociclismo sportivo, di un centro di guida sicura nonché di un'area per i test dei carri armati. Sia numerose organizzazioni sia i confinanti hanno già protestato ripetutamente contro l'edificazione dell'area, contro la realizzazione di impianti per il motociclismo sportivo e contro i test dei carri armati.

Ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
delibera*

- 1. di dichiararsi contrario alla realizzazione di impianti per il motociclismo sportivo a Ischia Frizzi;*
- 2. di dichiararsi contrario alla realizzazione di un'area per i test dei carri armati a Ischia Frizzi;*
- 3. di incaricare la Giunta provinciale di attuare al più presto la presente deliberazione e di fare quanto necessario per impedire la realizzazione di impianti di motociclismo sportivo e lo svolgimento di test di carri armati a Ischia Frizzi.*

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Behandlung dieses Beschlussantrages morgen fort. Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.45 UHR

SITZUNG 77. SEDUTA

15.12.2005

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (41)

CIGOLLA (83)

DELLO SBARBA (27, 74, 82)

DURNWALDER (46, 51, 55, 75)

FRICK (60, 64, 68)

HEISS (4, 60)

HOLZMANN (36)

KLOTZ (51, 79)

KURY (4, 41, 69, 71)

LEITNER (56, 59, 62, 67, 81)

MINNITI (78)

PÖDER (55, 63, 67, 69, 74, 84)

SAURER (71)

SEPPI (80)

URZÍ (16)